Volt

UNSERE LÖSUNGEN FÜR RHEINLAND-PFALZ

PROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2026

Volt

Volt Rheinland-Pfalz
Bleichstraße 5, 55218 Ingelheim am Rhein
voltrlp.org

Vorstand: Alexandra Barsuhn, Ron-David Röder,
Sebastian Gerhard, Anett Schneeweiß-Hachimi,
Dennis Niegel, Verena Sekinger, Dominik Springer

Redaktion: Anne Niegel, Lewin Albrecht, Verena Sekinger und Dominik Springer

Verfasser:innen: Jörg Bremond, Patrick Kuntze, Ursula Ottlingshaus,
Annett Schneeweiss-Hachimi, Simon Modery, Thomas Cohnen, Holger Erkens,
Katja Bühring, Sarah Dohren, Sascha Ruffer, Dominik Seitz,
Jule Dabars, Heiko Kunz, Noelle Walter

Gestaltung und Satz: Adrian Nantscheff

Volt Rheinland-Pfalz ist ein Landesverband der Partei Volt Deutschland,
das nationale Chapter von Volt Europa A.I.S.B.L
Copyright © Volt Deutschland Landesverband Rheinland-Pfalz

UNSERE VISION FÜR RHEINLAND-PFALZ

Volt steht für ein selbstbewusstes, eigenständiges Europa – und für ein Rheinland-Pfalz, das Truppen autokratischer Staaten keine Heimat sein kann. Wir kämpfen für die Weiterentwicklung der europäischen Idee, die uns von unseren Vorfahren geschenkt wurde: Ein solidarisches Europa ohne Binnengrenzen, das sich selbst schützt und an der Seite der Ukraine steht.

Doch Europa ist mehr als Außenpolitik – es ist auch ein Versprechen für unseren Alltag. Für ein Leben in Sicherheit, Wohlstand und Freiheit, das nicht auf Abhängigkeit von Autokraten, fossilen Importen oder veralteten Strukturen basiert.

Dieses Versprechen wollen wir hier in Rheinland-Pfalz einlösen.

Stell dir einen Tag im Volt-Rheinland-Pfalz vor:

Du wachst morgens in einem Zuhause auf, dessen Miete bezahlbar bleibt, weil Wohnraum so organisiert ist wie in Wien – sozial, sicher und hochwertig. Du bringst dein Kind in eine Schule, in der alle Kinder so inklusiv und individuell gefördert werden wie in Finnland. Du entscheidest frei, wie du unterwegs bist: Mit dem Fahrrad – auf Wegen, die so sicher gestaltet sind wie in Kopenhagen, mit dem Auto – ohne Stau, da die kurzen Wege die Verkehrsdichte entlasten, oder mit dem ticketlosen Nahverkehr, wie in Luxemburg.

Mobilität ist hier keine Frage des Entweder-oder - sie funktioniert einfach.

Die Stadt ist ruhig, weil die Straßen so strukturiert sind wie die Superblocks in Barcelona: Weniger Durchgangsverkehr, mehr Platz für Menschen – aber jede Adresse bleibt erreichbar, Lieferverkehr funktioniert, das Leben fließt. Hier genießt du die Stadtbegrünung wie in Ljubljana (Slowenien) und erledigst deinen Behördengang digital aus dem Café, so unkompliziert wie in Estland. Mittags genießt du regionale, frische Küche – inspiriert von der italienischen Slow-Food-Kultur, bevor du am Nachmittag flexibel von zu Hause arbeitest, weil die digitale Infrastruktur das möglich macht. Nebenbei recherchierst du noch etwas in der Datenbank deiner Gemeinde, weil der Grundsatz “Public Money, Public Data” wie in Kanada umgesetzt wurde. Am Abend nimmst du an einer lokalen Abstimmung teil, weil Demokratie nicht mehr abstrakt ist, sondern wie in der Schweiz zum Alltag gehört.

UNSERE VISION FÜR RHEINLAND-PFALZ

Über all dem steht eine Energieversorgung, die erneuerbar, dezentral und unabhängig ist. Sie gibt uns Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und die Freiheit, selbst zu entscheiden, wohin wir wollen.

Diese Vision ist keine Utopie - sie entsteht bereits an vielen Orten auf der Welt. Wir bringen die besten Ideen zusammen, um sie in Rheinland-Pfalz Wirklichkeit werden zu lassen.

Lass uns gemeinsam ein Rheinland-Pfalz gestalten, das europäisch denkt, mutig neue Wege geht und für Demokratie, Freiheit und Vielfalt einsteht. Wenn das deine Vision ist, dann bist du hier genau richtig. Lies weiter und erfahre mehr über unsere gemeinsame Vision.

KAPITEL 1

BILDUNG, DIE ZUKUNFT BAUT

Volt versteht Bildung als Fundament einer gerechten, demokratischen und zukunftsfähigen Gesellschaft – und als Investition in das Potenzial jedes einzelnen Kindes. In einer Zeit, in der Herkunft noch immer Bildungswege bestimmt, zu viele Kinder mit sprachlichen und sozialen Defiziten starten und Lehrkräfte an strukturellen Grenzen scheitern, braucht unser Bildungssystem einen grundlegenden Wandel. Das selektive Schulsystem, fehlende Ganztagsangebote und zu wenig individualisiertes Lernen verhindern Chancengleichheit und lassen Talente ungenutzt.

Volt setzt deshalb auf eine ganzheitliche Bildungsvision – von der frühen Förderung in der Kita bis zur flexiblen Berufs- oder Studienwahl. Bildung soll allen Kindern, unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder Förderbedarf, gleiche Chancen eröffnen. Dafür braucht es multiprofessionelle Teams, bessere Betreuungsrelationen, verzahnte Übergänge zwischen Bildungsstufen und gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse.

Zentrale Elemente sind eine inklusiv gedachte Schule mit individueller Förderung, flächendeckend rhythmisierte Ganztagsangebote, kostenloses Mittagessen und eine Lehrkräfteausbildung, die auf Lernbegleitung statt reiner Wissensvermittlung setzt. Erfolgreiche Best Practices aus Deutschland, Europa und weltweit – ob bei Inklusion oder digitaler Bildung – dienen als Orientierung.

Auch soziale und handwerkliche Ausbildungsberufe verdienen strukturelle Aufwertung und gesellschaftliche Anerkennung. Sie sichern Versorgung, Zusammenhalt und Lebensqualität – ebenso wie ein Studium, das Vielfalt, Verantwortung und praxisnahe Kompetenzen fördert.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Betreuung verbessern

Wir wollen eine quantitative und qualitativ verbesserte Betreuung in der frühkindlichen Bildung im inklusiven Setting.

- **Betreuungsschlüssel anpassen:** Einführung eines verbesserten Betreuungsschlüssels von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und 1:7,5 für Kinder zwischen zwei und sechs Jahren, mit einer maximalen Gruppengröße von 12 bzw. 15 Kindern.
- **Multiprofessionelle Teams aufbauen:** Bildung von Teams aus Erziehungskräften, Sozialassistentenzen, Tagespflegepersonen, sozialpädagogischen Personen und Integrationskräften. Regelmäßige Schulungen zu interkultureller Kompetenz und inklusiver Pädagogik werden verpflichtend.
- **Flexible Fachkräfteverwendung:** Durchführung einer aktuellen Bedarfsanalyse zum flexiblen Einsatz von Fachkräften, unter Einbeziehung der Eltern und Zusammenarbeit mit externen Fachleuten wie therapeutisches Fachpersonal, psychologische Fachkräfte und Fachkraft für Logopädie.

Faire Startchancen für alle Kinder

Wir wollen die Startchancen für alle Kinder durch Angleichung der sprachlichen und sozialen Ausgangslagen verbessern.

- **Frühzeitige Sprachstandserhebung:** Einführung eines verpflichtenden Sprachtests für Kinder im Alter von vier Jahren, eingebunden in die U8-Vorsorgeuntersuchung. Bei festgestellten Defiziten sollen Eltern für diese Thematik sensibilisiert und gezielte Sprachförderangebote in der Kita bereitgestellt werden.
- **Verpflichtendes „Vorschuljahr“**: Einführung eines verpflichtenden Kindergartenjahres für alle Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung.
- **Kostenfreies, gesundes Mittagessen:** schrittweise flächendeckende Einführung für alle Kinder, orientiert an DGE-Standards (Deutsche Gesellschaft für Ernährung), dafür Einrichtung eines Landesfonds „Gesunde Schule und Kita“ gespeist aus Landesmitteln, kommunalen Beiträgen und EU-Programmen.

Ziel ist es, allen Kindern unabhängig von Herkunft und sozialen Voraussetzungen gerechte Startchancen zu ermöglichen und sie in ihrer individuellen Entwicklung bestmöglich zu unterstützen.

BEST PRACTICES

Finnland: Die frühkindliche Bildung und Betreuung in Finnland zeigt, wie durch hohe Qualitätsstandards, angemessene Betreuungsschlüssel und kostenfreie Mahlzeiten Chancengleichheit gefördert werden kann[1].

Erfolgreiche Modelle: Verschiedene Ansätze in anderen Ländern (Kanada, Schweden, Schweiz), die die Integration von Sprachförderung und individueller Betreuung kombinieren, zeigen positive Effekte auf die Entwicklung von Kindern mit unterschiedlichen Hintergründen[2].

PRIMARSTUFE

Längeres gemeinsames Lernen

Wir wollen längeres gemeinsames Lernen aller Kinder im gemeinsamen Klassenverband.

- **Längere gemeinsame Grundschulzeit:** Umstellung auf sechsjährige Grundschulzeit (als wirksamer Zwischenschritt zum zehnjährigen gemeinsamen Lernen).
- **Zügiger Rückbau der Sonderstrukturen zugunsten der Inklusion in die Regelschule:** Zusammenführung von Förder- und Regelschulen zu inklusiven Bildungseinrichtungen. Umverteilung personeller Ressourcen zugunsten multiprofessioneller Teams in Regelschulen. Umverteilung finanzieller Ressourcen. Beginnend mit Schwerpunkt-Grundschulen.
- **Reform der Lehrkräfteausbildung:** Verankerung inklusiver Didaktik und Diagnostik in allen Phasen der Lehramtsausbildung. Pflichtmodule zu Diversität, Förderpädagogik und kooperativem Arbeiten mit multiprofessionellen Teams. Ausbau praxisnaher Ausbildungs-Formate, z.B. als Duales Studium an inklusiven Schulen und Ganztagseinrichtungen.
- **Aufwertung des Lehrerberufs:** Angleichung der Besoldung von Grundschullehrkräften an die Gehälter der Lehrkräfte weiterführender Schulen. Einführung von Zulagen für zusätzliche Aufgaben wie Inklusion, Ganztagsbetreuung und Teamkoordination. Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Fokussierung auf Kernaufgaben.

Zu frühe Selektion verstärkt benachteiligende Effekte für Kinder mit ungünstigen Lernvoraussetzungen. Längeres gemeinsames Lernen aller Kinder fördert nachweislich soziale Kompetenzen und Chancengleichheit. Mit der 6-jährigen Grundschule werden die Klassenstufen 5 und 6 zu einer echten Orientierungsstufe vor der weiterführenden Schule. Umverteilung finanzieller und personeller Ressourcen vereinfacht dabei den Rückbau von Sonderstrukturen und die Umstellung auf eine Regelschule für alle. Die Pisa-Studie zeigt außerdem, dass längeres gemeinsames Lernen nicht mit Leistungsabfall einhergehen muss. Tatsächlich ist die 4-jährige Grundschulzeit im internationalen Vergleich die Ausnahme, und einige OECD-Länder mit standardmäßig mindestens 6-jähriger Grundschulzeit erzielen regelmäßig Spitzenwerte in den Studien.

BEST PRACTICES

Berlin/Brandenburg: Sechs Jahre Grundschule[3].

Italien: Über 99 % der Kinder – mit und ohne Behinderung – lernen gemeinsam in Regelschulen. Individuelle Bildungspläne, angepasste Bewertungen und zusätzliche Unterstützung sind gesetzlich verankert[4].

Frankreich: Das Prinzip der „Schule für alle“ basiert auf dem Gesetz zur Chancengleichheit von 2005. Kinder mit Behinderung werden je nach Bedarf in Regelschulen integriert, unterstützt durch lokale Einheiten für Schulische Inklusion (Ulis) und individuelle Begleitung.

Kanada: Inklusive Bildung ist bis zur 9. Klasse Standard. Jede Klasse wird von Lehrkräften, sowie sonderpädagogischen Fachkräften und Assistenzen begleitet. Barrierefreiheit und individuelle Förderung sind fest im System verankert[5].

Entwicklungsgemäßes Lernen

Wir wollen entwicklungsgemäßes Lernen durch stärkere Gewichtung der individuellen Voraussetzungen.

- **Bedarfsgerechter Einsatz von Fachkräften:** Teams bestehen nach Bedarf aus grund- und (förderschul-) pädagogischen Fachkräften, schulpsychologischen Fachkräften, Personen in der Schulsozialarbeit, Fachkräften aus der Sprachvermittlung, therapeutischen Fachkräften, Mitarbeitende in der Sozialpädagogik und Personen die in der Ergotherapie tätig sind), ggf. auch aus Interessensvertretungen in Kooperation mit z.B. Sportvereinen, Musikschulen, Bibliotheken etc.

- **Ausweitung der Familiengrundschulzentren:** Verbesserung der Vernetzung von schulischem und familiärem Bereich, niedrigschwelliger Zugang zu Förderangeboten.

Ziel ist die Entlastung der einzelnen Lehrkraft durch Fachexpertise anderer Disziplinen, so dass sie sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.

Schulautonomie stärken

Wir wollen mehr Autonomie für Schulen durch Budgetierung und eigenständige Personalgewinnung.

- **Zuweisung eines festen Schulbudgets:** Schulen erhalten ein eigenes, bedarfsorientiertes Budget zur freien Verfügung für Personal, Ausstattung und pädagogische Projekte.

Durch eine eigenständige Budgetverantwortung könnten Schulen finanzielle Mittel gezielt und bedarfsgerecht einsetzen – etwa für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, von passgenauen Förderangeboten oder für hochwertige Fortbildungen. Gleichzeitig würde die pädagogische Gestaltungsfreiheit deutlich gestärkt: Schulen erhielten die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen, innovative Unterrichtsformate zu erproben und externe Partner wie Vereine oder kulturelle Einrichtungen aktiv in den Schulalltag einzubinden. Dies fördert nicht nur mehr Eigenverantwortung und schulische Entwicklung, sondern auch eine gesteigerte Innovationsfreude. In der Folge entstehen bessere Lernbedingungen, höhere Zufriedenheit bei Lehrkräften und langfristig verbesserte Lernergebnisse.

BEST PRACTICES

Niederlande: Schulen setzen eigene pädagogische Schwerpunkte und gestalten Unterrichtsmodelle selbst. Innovationskraft durch flexible Kooperationen mit externen Partnern. Rechenschaftspflicht durch regelmäßige Evaluationen und Qualitätskontrollen.

Italien: Seit 2000 gilt ein Schulautonomiegesetz („Autonomia scolastica"). Schulen erhalten rechtlich verankerte Handlungsspielräume[6].

Großbritannien: Einführung sogenannter „Academies" mit weitreichender Autonomie. Schulen entscheiden eigenständig über Personal, Finanzen und Lehrpläne.

Schweden: Schulen verfügen über hohe Eigenverantwortung bei Budget und Personal. Lokale Schulträger entscheiden über Ressourcenverteilung.

SEKUNDARSTUFE

Das mehrgliedrige Schulsystem stufenweise aufheben

- **Gestaffelte Einführung einer gemeinschaftlichen Schule für alle bis zur 10. Jahrgangsstufe**: Schrittweise Zusammenführung der weiterführenden Schulen zu einer gemeinsamen Schulform. Damit einhergehendes gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft, Leistungsstand oder Förderbedarf. Einführung eines verbindlichen Orientierungsrahmens für pädagogische Konzepte, die individuelle Förderung und Differenzierung ermöglichen.
- **Reform der Lehrkräfteausbildung und gezielte Fortbildung**: Verankerung inklusiver Didaktik, Diagnostik und Teamarbeit in allen Phasen der Lehramtsausbildung. Pflichtmodule zu Diversität, Förderpädagogik und kooperativem Arbeiten mit multiprofessionellen Teams. Ausbau praxisnaher Ausbildungsformate, z. B. duales Studium in inklusiven Schulen und Ganztagseinrichtungen. Fortbildungsangebote für bereits tätige Lehrkräfte zur inklusiven Unterrichtsgestaltung und zur Arbeit in heterogenen Lerngruppen.
- **Einrichtung multiprofessioneller Teams**: Aufbau von Teams aus Lehrkräften verschiedener Fachrichtungen, Schulpsycholog:innen, Schulsozialarbeiter:innen, Therapeut:innen, Übersetzer:innen und weiteren Fachkräften. Bedarfsgerechter Einsatz dieser Teams zur Unterstützung individueller Lernprozesse, zur Konfliktprävention und zur Förderung sozialer Kompetenzen. Kooperation mit externen Partnern wie Sportvereinen, Musikschulen, Bibliotheken und ehrenamtlichen Initiativen zur ganzheitlichen Bildungsförderung.

Ein längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse fördert nachweislich soziale Kompetenzen, Chancengerechtigkeit und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Durch individuelle Förderung, multiprofessionelle Teams und eine reformierte Lehrkräfteausbildung entsteht ein inklusives Bildungssystem, das alle Schüler:innen unabhängig von Herkunft und individuellen Voraussetzungen bestmöglich fördert.

BEST PRACTICES

Finnland: Etwa ein Jahr später als in Deutschland kommen die Kinder in Finnland in die Einheitsschule, die von der 1. bis zur 9. Klasse geht. Danach besuchen fast alle Schüler:innen für drei Jahre entweder eine allgemeinbildende (entspricht dem deutschen Abitur) oder eine berufsbildende weiterführende Schule. Absolventen beider Schultypen steht der Zugang zu Hochschulen offen. Schulpflicht besteht für alle unter 18-jährigen oder bis zur Qualifikation durch eine weiterführende Schule[7].

Kanada & Japan[8]: Nach der 6-jährigen Grundschule besuchen alle Schüler:innen eine 3-jährige Mittelschule (Junior High School). Nach der 9. Klasse folgt die 3-jährige Oberschule (Senior High School), die von fast allen Schüler:innen besucht wird. Das Absolvieren der Oberschule kommt etwa dem Abitur gleich. In Japan gibt es aber keine Abschlussprüfung. Stattdessen qualifizieren sich die Absolventen durch anspruchsvolle Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen selbst.

Individuellen Lernvoraussetzungen gerecht werden

Wir wollen den individuellen Lernvoraussetzungen aller Schüler:innen auf weiterführenden Schulen gerecht werden.

- **Flächendeckendes Angebot von rhythmisierten Ganztagsschulen:** Umbau hin zu einer Tagesstruktur, die Lern- und Freizeitphasen sinnvoll miteinander verzahnt. Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung mit zusätzlichen pädagogischen Fachkräften, modernen kindgerechten Räumen für Freizeit, Bewegung und Rückzug. Sicherstellen einer gesunden Mittagsverpflegung. Sportvereine, Musikschulen, Bibliotheken und andere außerschulische Einrichtungen sollen aktiv in den Schulalltag eingebunden werden.

- **Einführung eines späteren Schulbeginns ab Klasse 7:** Ab der Sekundarstufe I soll der Unterrichtsbeginn schrittweise nach hinten verlegt werden – z. B. durch ein Gleitzeitmodell, bei dem Schüler:innen zwischen mehreren Startzeiten wählen können.

Erfahrungen aus der Schulforschung zeigen die Vorteile der rhythmisierten Ganztagsschule gegenüber der Ganztagsschule in Angebotsform. Ein flächendeckendes Angebot rhythmisierter Ganztagsschulen verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für berufstätige Eltern. Gleichzeitig profitieren Kinder von stabilen Tagesstrukturen, regelmäßiger Bewegung und sozialem Austausch. Die Kombination aus individueller Förderung und gemeinschaftlichem Lernen stärkt soziale Kompetenzen, verbessert die Lernbedingungen und trägt zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei.

Die Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen bereichert das Bildungsangebot, fördert Talente und stärkt die Verbindung zwischen Schule und Gesellschaft. Studien zeigen[9], dass Jugendliche biologisch bedingt später einschlafen und später leistungsfähig sind. Ein späterer Schulbeginn fördert daher nachweislich die Gesundheit und das Wohlbefinden von Jugendlichen. Er verbessert die Konzentrationsfähigkeit, steigert die Leistungsbereitschaft und reduziert stressbedingte Belastungen. Indem die Schule den natürlichen Schlafzyklen Rechnung trägt, entsteht ein lernförderliches Umfeld, das sowohl die schulischen Leistungen als auch die psychische Stabilität der Schüler:innen stärkt.

BEST PRACTICES

Nordrhein-Westfalen: Rhythmisierte Ganztagsschulen mit festen Tagesstrukturen und integrierten Lern- und Freizeitphasen – als Qualitätsmerkmal moderner Schulentwicklung.

Demokratie im Schulalltag leben

Wir möchten unsere Schulen zu lebendigen Begegnungsorten weiterentwickeln, an denen Demokratie nicht nur gelehrt, sondern gemeinsam gelebt wird.

- **Einführung von Schüler:innen-Parlamenten:** Umbau hin zu einer Tagesstruktur, die Lern- und Freizeitphasen sinnvoll miteinander verzahnt. Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung mit zusätzlichen pädagogischen Fachkräften, modernen kindgerechten Räumen für Freizeit, Bewegung und Rückzug. Sicherstellen einer gesunden Mittagsverpflegung. Sportvereine, Musikschulen, Bibliotheken und andere außerschulische Einrichtungen sollen aktiv in den Schulalltag eingebunden werden.
- **Beteiligung an der Schulentwicklung:** Lernende Personen sollen aktiv in Entwicklungsprozesse der Schule eingebunden werden – z. B. bei der Erstellung von Leitbildern, der Auswahl pädagogischer Schwerpunkte oder der Planung von Projekttagen. Beteiligung wird nicht nur ermöglicht, sondern strukturell verankert.
- **Integration demokratischer Prinzipien in den Unterricht:** Demokratiebildung soll fächerübergreifend stattfinden – durch projektorientiertes Lernen, Diskussionen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen, Rollenspiele und die kritische Auseinandersetzung mit Werten wie Selbstbestimmung, Gleichheit und Solidarität. Lehrkräfte werden dafür gezielt fortgebildet.
- **Lehrkräfte als Vorbilder und Role Models für demokratisches Engagement:** Lehrkräfte sollen gezielt ermutigt und unterstützt werden, ihrer demokratischen Verantwortung gerecht zu werden, u.a. durch Vernetzung mit anderen Schulen und Initiativen, partizipative Schulentwicklung, Freistellung und Anerkennung für ehrenamtliches Engagement.

Demokratie muss erlebt werden, um verstanden zu werden. Schulen sind zentrale Orte der Sozialisation und sollten jungen Menschen ermöglichen, demokratische Prozesse aktiv zu erfahren und mitzugestalten. Die Förderung von politischer Bildung und Partizipation stärkt das demokratische Bewusstsein, die Verantwortungsbereitschaft und die Fähigkeit zur konstruktiven Auseinandersetzung. So werden Schüler:innen auf ein aktives, mündiges Leben in einer pluralistischen Gesellschaft vorbereitet.

BEST PRACTICES

Helene-Lange-Schule Wiesbaden[10]: Rhythmisierte Ganztagsschulen mit festen Tagesstrukturen und integrierten Lern- und Freizeitphasen – als Qualitätsmerkmal moderner Schulentwicklung.

Lehrerinitiative Schule ohne Rassismus: Selbstverpflichtungserklärung von Mitgliedsschulen zu aktivem Einschreiten bei Diskriminierung und jährlichem Projekttag zum Thema

NRW: Schüler:innen aus Schulen können Genossenschaften gründen, z.B. Führung einer eigenständig organisierten Mensa.

Schüler:innenmitverantwortung (SMV) in Bayern[11]: Schüler:innen aus Schulen können Genossenschaften gründen, z.B. Führung einer eigenständig organisierten Mensa.

aula - Schule gemeinsam gestalten: Beteiligungskonzepte für Schüler:innen in Schulen[12].

Projekttag "Schule als Staat" am Gymnasium am Kurfürstlichen Schloss Mainz: Schulgemeinschaft spielt für einige Tage die Grundprinzipien eines Staates durch.

Digitale Kompetenzen nachhaltig vermitteln

Wir wollen eine nachhaltige Vermittlung digitaler Kompetenzen.

- **Stärkere Integration digitaler Bildung in den Lehrplan:** Digitale Kompetenzen sollen systematisch und altersgerecht in allen Schulformen und Fächern verankert werden. Dazu gehören Grundlagen der Mediennutzung, Datenschutz, Informationsbewertung, digitale Kommunikation sowie erste Programmierkenntnisse. Die digitale Bildung wird als Querschnittsthema verstanden und nicht auf einzelne Fächer beschränkt.
- **Förderung der digitalen Souveränität im Umgang mit KI:** Lernende sollen befähigt werden, digitale Technologien – insbesondere Künstliche Intelligenz – kritisch und reflektiert zu nutzen. Dazu gehören Kenntnisse über Funktionsweisen, ethische Fragestellungen, Chancen und Risiken.
- **Fortbildungen für Lehrkräfte zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen:** Dazu gehören Schulungen zu Lernplattformen, kollaborativen Tools, KI-gestützten Anwendungen und

medienpädagogischen Konzepten. Digitale Affinität soll als Qualitätsmerkmal pädagogischer Professionalität gestärkt werden.

- **Nachhaltige Finanzierung:** Schulen dürfen durch die fortschreitende Digitalisierung nicht mit zusätzlichen laufenden Kosten belastet werden, die über ihre regulären Budgets hinausgehen (z. B. für Wartung, Lizenzen, IT-Support, Personal). Kommunen, die diese Kosten nicht tragen können, erhalten eine anteilige, verhältnismäßige Unterstützung durch das Land.

Die digitale Transformation verändert alle Lebensbereiche – Schule muss darauf reagieren. Eine ausgewogene Vermittlung digitaler Kompetenzen bereitet lernende Personen auf die Anforderungen der modernen Arbeitswelt und Gesellschaft vor. Sie stärkt die Medienkompetenz, fördert den kritischen Umgang mit digitalen Informationen und schützt vor Desinformation. Gleichzeitig verbessert sie die Lehrqualität, wenn Lehrkräfte digitale Werkzeuge souverän und didaktisch sinnvoll einsetzen. So entsteht ein zukunftsfähiges Bildungssystem, welches Teilhabe, Selbstbestimmung und Innovationsfähigkeit fördert. Es muss aber ganz klar Qualität vor Quantität und Nachhaltigkeit vor Geschwindigkeit gelten.

BEST PRACTICES

Skandinavische Länder: Die skandinavischen Länder galten lange als Vorreiter in Sachen digitaler Bildung. Wir müssen aber auch aus ihren Fehlern lernen. Mittlerweile werden die dortigen Konzepte wieder angepasst, um den negativen Effekten der radikalen Umstellung auf digitale Hilfsmittel Rechnung zu tragen[13].

SCHULEN MEHR HANDLUNGSSPIELRAUM GEBEN

Wir wollen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Schulen und ihrer Handlungsspielräume.

- **Einsatz im Bundesrat für die Aufhebung des Kooperationsverbots:** Wir setzen uns im Bundesrat für eine verfassungsrechtliche Änderung ein, die dem Bund ermöglicht, sich dauerhaft und gestaltend an der Bildungsfinanzierung und -entwicklung zu beteiligen – insbesondere bei bundesweiten Herausforderungen wie Digitalisierung, Inklusion und Fachkräftemangel.
- **Abschaffung des Bildungsföderalismus:** Wir setzen uns im Bundesrat für eine verfassungsrechtliche Änderung ein, um den Bildungsföderalismus aufzuheben und damit

Chancengleichheit sowie eine bedarfsgerechte, leistungsfähige Bildung für alle zu gewährleisten.

- **Erhöhung der stetigen Bildungsausgaben:** Verstetigung der Fördergelder des Digitalpakts. Einsatz auf Ebene des Bundesrats für die Erhöhung der Bildungsausgaben um 2 % des BIP. Langfristige Deckung von anhaltenden Mehrkosten mit Hilfe von Landesmitteln.
- **Ausschöpfung bestehender Förderprogramme:** Unterstützung bei und Vereinfachung der Antragsverfahren.
- **Vereinfachung von Verwaltungsprozessen und Abbau bürokratischer Hürden:** Schulen und Bildungseinrichtungen sollen von überkomplexen Antragsverfahren, Berichtspflichten und Genehmigungsprozessen entlastet werden. Fördermittel müssen einfacher abrufbar sein, digitale Verwaltungsprozesse ausgebaut und Entscheidungswege verkürzt werden.
- **Umverteilung personeller und finanzieller Ressourcen durch den Rückbau von Sonderstrukturen:** Unterstützung bei und Vereinfachung der Antragsverfahren.
- **Dauerhafte und sichere Anstellungsverhältnisse für Referendar:innen:** Die angewandte Praxis, Referendar:innen nach Abschluss ihrer Ausbildung zu Beginn der Sommerferien zu entlassen bzw. ihre Verträge auslaufen zu lassen und diese erst zu Beginn des neuen Schuljahres wieder anzustellen, wird beendet. Ist vorhandener Personalbedarf und somit eine Wiedereinstellung zum nächsten Schuljahr absehbar, muss eine durchgehende Einstellung auch über die Ferienzeit hinweg sichergestellt werden.

Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen verhindert gemeinsame Strategien und Investitionen. Ein modernes Bildungssystem braucht schnelle, wirksame Reformen – nicht lähmende Zuständigkeitsdebatten. Eine hochwertige Bildung für alle erfordert verlässliche finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen. Deshalb ist eine substanzielle Steigerung der öffentlichen Investitionen in Bildung notwendig, auch um bestehende strukturelle Defizite zu beheben.

Viele Schulen und Bildungseinrichtungen können vorhandene Mittel nicht abrufen, weil die Verfahren zu bürokratisch und komplex sind. Dabei müssen sie unterstützt werden. Der Abbau von Bürokratie und Blockaden beschleunigt Innovationen, entlastet Schulen und Lehrkräfte und stärkt die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige, gerechte und leistungsstarke Bildungslandschaft.

Statt separater Fördersysteme braucht es inklusive Teamstrukturen: Lehrkräfte, Förderschullehrkräfte, Fachkräfte aus der Schulsozialarbeit und weitere Fachkräfte arbeiten kooperativ in multiprofessionellen Teams. Der Rückbau von Sonderstrukturen setzt finanzielle und personelle Ressourcen frei, die in neue inklusive Strukturen und multiprofessionelle Teams an Regelschulen investiert werden können.

BEST PRACTICES

Finnland[14]: Erfolgreiche Bildungsreform und weniger Bürokratie.

BERUFSAUSBILDUNG UND STUDIUM

Wir wollen, dass die sozialen und handwerklichen Ausbildungsberufe aufgewertet werden.

- **Erweiterung des Bildungsfreistellungs-Katalogs:** Erweiterung um alle ehrenamtlichen Tätigkeiten, die im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.
- **Verbesserte Ausbildungsvergütung:** Erhöhung der Vergütung für soziale und handwerkliche Berufe mit systemrelevanten Charakter.
- **Ausländische Fachkräfte weniger ausbremsen:** Stärkere Unterstützung beim Anerkennungsprozess ausländischer Bildungsabschlüsse, Ergänzungsprüfungen und Kurzlehrgänge.

Durch bessere Ausbildungsvergütungen, faire Gebührenregelungen, vereinfachte Anerkennungsverfahren und erweiterte Bildungsfreistellung schaffen wir echte Chancengleichheit und stärken das Vertrauen in berufliche Bildungswege. So fördern wir nicht nur die individuelle Entwicklung, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die Innovationskraft unseres Landes.

Gerade hochqualifizierte Berufe im sozialen und handwerklichen Bereich gewinnen angesichts des technologischen Wandels an Bedeutung. Denn während KI vor allem akademische Routinetätigkeiten und niedrigqualifizierte Arbeiten ersetzt oder verändert, bleiben menschliche Expertise, praktische Erfahrung und soziale Kompetenz unverzichtbar. Berufliche Bildung ist damit ein Schlüssel zur Zukunft – für Wirtschaft, Gesellschaft und gerechte Teilhabe.

BEST PRACTICES

Belgien: Das „Congé-éducation payé"-Modell[15] erlaubt, bezahlte Bildungsfreistellung für berufliche und gesellschaftliche Weiterbildung, inkl. Ehrenamt.

Kanada: Das „Foreign Credential Recognition Program" bietet gezielte Unterstützung für Migrant:innen, inkl. Beratung, Prüfungen und Brückenprogrammen[16].

Österreich: Die Meisterprüfung ist seit 2020 kostenfrei, gefördert durch das Bundesprogramm „Qualifikationsförderung für das Handwerk"[17].

STUDIUM DER ZUKUNFT: INKLUSIV & MODERN

Wir wollen ein offenes, modernes Studium in Rheinland-Pfalz – für alle Studierenden, für die Zukunft.

- **Einführung einer Passerelle für RLP:** Ein einjähriger Bildungsgang soll beruflich Qualifizierten den Zugang zu Universitäten und Pädagogischen Hochschulen vereinfachen.
- **Garantiertes Auslandssemester für alle Studierenden:** Internationale Mobilität soll fester Bestandteil jedes Studiengangs werden. Mindestens EU-weit muss ein garantiertes Auslandssemester möglich sein.
- **Gezielte Förderung naturwissenschaftlicher Studienplätze:** Besonders für unterrepräsentierte Gruppen sollen geförderte Plätze geschaffen werden.
- **Hochschulen befähigen, KI-kompetentes Studieren zu gestalten:** Fakultäten sollen Lehrformate und Prüfungen an den Einsatz von KI anpassen. Notwendige Voraussetzungen muss der Gesetzgeber zeitnah schaffen.
- **Selbstbestimmung der Hochschulen stärken:** Mehr Autonomie in Budget- und Personalfragen gewähren. Notwendige Voraussetzungen muss der Gesetzgeber zeitnah schaffen.
- **BAföG-Reform im Bundesrat vorantreiben:** Einsatz auf Ebene des Bundesrates für Reform des BAföG mit dem Ziel, dieses sozial gerechter, elternunabhängiger und digital zugänglicher zu gestalten.
- **Ausweitung der "Landarztquote" auf weitere Fachrichtungen:** Regionale Studienplatzquoten auch für HNO, Augenheilkunde, Gynäkologie u.a.

Ein modernes Studium muss vielfältige Bildungswege ermöglichen, digitale Kompetenzen stärken und internationale Erfahrungen fördern. Mit der Passerelle, einem garantierten Auslandssemester und gezielter Förderung in MINT-Fächern schaffen wir mehr Chancengleichheit und Innovationskraft. Autonome Hochschulen, eine BAföG-Reform und regionale Studienplatzquoten sichern Teilhabe und Versorgung – für ein Studium, das Zukunft gestaltet.

BEST PRACTICES

Schweiz: Die Ergänzungsprüfung Passerelle[18] ermöglicht seit Jahren erfolgreich den Übergang von Berufsbildung zu akademischen Studiengängen und fördert Bildungsdurchlässigkeit.

Erasmus+ (EU): Das Programm zeigt, wie geförderte Mobilität soziale Barrieren abbaut und interkulturelle Kompetenzen stärkt.

Finnland[19]: Die Meisterprüfung ist seit 2020 kostenfrei, gefördert durch das Bundesprogramm „Qualifikationsförderung für das Handwerk“[20].

Italien: Das Schul-Autonomiegesetz („Autonomia scolastica“)[21] stärkt die Gestaltungskraft von Bildungseinrichtungen und fördert lokale Innovationsprojekte.

AUSBLICK

Stell dir vor, du lebst in einem Rheinland-Pfalz, in dem jedes Kind die Chance hat, seine Stärken zu entdecken – egal, woher es kommt. In diesem Szenario arbeiten Lehrkräfte nicht mehr allein, sondern in multiprofessionellen Teams, die gemeinsam Lern- und Betreuungsangebote planen. Die KiTa ist eng mit der Grundschule verknüpft, sodass der Übergang nahtlos verläuft und Sprachförderung bereits im vierten Lebensjahr beginnt. Ganztagsangebote sind flächendeckend und klar strukturiert, sodass du als Elternteil deine beruflichen Verpflichtungen leichter mit der Betreuung deiner Kinder vereinbaren kannst.

KAPITEL 2

IDEEN ENTFALTEN

Forschung für Freiheit und Fortschritt

Forschung und Innovation sind die Grundlage für Fortschritt und Aufklärung. In Zeiten von Klimawandel, KI und gesellschaftlichen Veränderungen braucht es dafür ein zukunftsgerichtetes und starkes Umfeld. Finanziert durch die Allgemeinheit, besteht der Anspruch, dass Forschung zielführend und ökonomisch verantwortungsbewusst durchgeführt wird. Zugleich lebt sie von Sorgfalt, Kreativität und Zufall. Deshalb kann der Nutzen von Forschungsprojekten oft nicht in ökonomischen Zahlen ausgedrückt werden. Selten ist vorhersehbar, wann es zu Durchbrüchen kommt.

In diesem Sinne setzen wir uns für die bewusste und verstärkte Förderung der Forschung aus öffentlicher Hand und mehr Transparenz bei Drittmittel ein, um exzellente Qualität zu gewährleisten und gleichzeitig Unabhängigkeit zu erhalten. Dies schließt eine Basisforschungsförderung für etablierte Mitarbeiter ein.

Das derzeitige Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) zieht seine Daseinsberechtigung aus den besonderen Gegebenheiten des Wissenschaftssystems und reflektiert die arbeitsmarktpolitische Besonderheit, dass wissenschaftliches Personal hoher Fluktuation ausgesetzt ist. Eine planbare Personalstruktur sowie Karrierewege für wissenschaftliches Personal gewährleistet es allerdings nicht. Gleichzeitig ist das WissZeitVG mit übermäßig viel Bürokratie verbunden und verhindert verlässliche Rahmenbedingungen, die den Forscher:innen notwendige Autonomie und Planungssicherheit zugestehen.

KAPITEL 2

Wir erkennen an, dass es keine Lösung gibt, die alle Beteiligten gleichermaßen zufriedenstellt. Deshalb wird sich Volt auf Ebene des Bundesrates zunächst für eine zügige Reform des WissZeitVG einsetzen. Gleichzeitig muss es Veränderungen auf Landesebene geben: Um Karrieren in der Wissenschaft attraktiv zu gestalten, fordern wir mehr Transparenz bei akademischen Karrierewegen, Erhöhung der unbefristeten Stellen im akademischen Mittelbau, sowie Regelanpassungen bei der Vertragsvergabe für Doktoranden und Post-Docs.

Innovationsträger sind nicht nur Forschungseinrichtungen, sondern auch Unternehmen, Landeseinrichtungen, Förderbanken, Technologie- und Gründerzentren. Der Ausbau zentraler Strukturen für Wissenstransfer, Patent- und Innovationsförderung stärkt Synergien durch die Intensivierung der Vernetzung dieser Akteure. Gründer:innen sind heute essentielle Innovationstreiber indem sie aktuelle Forschung in den Markt tragen. Dabei müssen sie besser unterstützt werden. Um Rheinland-Pfalz als nachhaltigen Start-Up Standort zu etablieren, braucht es allen voran mehr privates und staatliches Wagniskapital und mehr Sichtbarkeit. Zusätzlich fordert Volt mehr innovative Forschung im Bereich Nachhaltigkeit.

FORSCHUNG

Wir wollen Qualität und Unabhängigkeit der Forschung an Hochschulen langfristig sicherstellen.

- **Transparentes Drittmittelregister:** Aufbau eines digitalen öffentlich zugänglichen Registers, in welchem alle Drittmittelförderungen an Hochschulen offengelegt werden müssen.
- **Grundbudget für Forschung (GBF) für Forschende ab der Post-Doc-Phase:** Einführung einer Grundförderung für forschungsnahe Ausgaben. Anspruchsberechtigt sind alle Wissenschaftler:innen an Hochschulen, die innerhalb der letzten drei Jahren folgende Bedingungen erfüllt haben: wissenschaftliches Publizieren, Betreuung einer Promotion, Bemühung um Drittmittel.

Drittmittel sind ein wichtiger Anteil der Finanzierung von Forschung und Lehre an Hochschulen. Durch einen hohen Drittmittelanteil aus der privaten Wirtschaft besteht jedoch die Gefahr einer Abhängigkeit von Unternehmen und privaten Spender:innen und damit eine Kommerzialisierung des Forschungs- sowie Lehrbetriebs. Eine transparente Dokumentation aller Fördermittel gewährleistet Überblick und Handlungsmöglichkeit.

Das GBF reduziert die Abhängigkeit von Drittmitteln und schafft so mehr Planungssicherheit. Aufwändige und intransparente Antragsverfahren und Bürokratie werden reduziert.

BEST PRACTICES

Universität Gent: 2024 führte die Universität Gent eine pauschale Basis-Forschungsförderung (BOF) ein. Die Höhe ist für alle anspruchsberechtigten Wissenschaftler:innen gleich und entspricht einer halben Doktorandenstelle plus Betriebskosten (ca. 30.000 €/Jahr). Das Budget darf nur für forschungsnahe Ausgaben verwendet werden. Mehrere wissenschaftliche Arbeitskräfte können ihre Förderung bündeln.

MODERNES ARBEITSUMFELD

Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und berufliche Sicherheit in der akademischen Forschung.

- **Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG):** Einsatz auf Ebene des Bundesrats für eine zügige Reform des WissZeitVG mit folgenden Schwerpunkten:

a. Mindestvertragslaufzeit für Promovierende von drei Jahren mit einmaliger Verlängerungszusage für ein Jahr und den Fall, dass Promotionen noch nicht abgeschlossen sind.

b. Mindestvertragslaufzeit für den Erstvertrag nach der Promotion von drei Jahren.

c. Befristeter Anschlussvertrag für Postdocs von maximal drei weiteren Jahren nur mit Entfristungszusage. Die Entfristungszusage führt entweder zu einer Dauerstelle im Mittelbau oder zu einer Tenure-Track Professur.

d. Ersatzlose Aufhebung der Tarifsperre.

e. Verbindlicher Nachteilsausgleich für alle Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen egal ob Hausstelle oder Drittmittelfinanziert.

f. Mindestvertragslaufzeit für studentische Beschäftigte von einem Jahr ohne Höchstbefristungsdauer.

- **Absicherung von Drittmittelbeschäftigten:** Absicherung durch z.B. Drittmittel-Pooling und Überbrückungsfonds. Auf lange Sicht eine Anpassung der Drittmittelvergabepraxis an die Promotionsdauer.aben: wissenschaftliches Publizieren, Betreuung einer Promotion, Bemühung um Drittmittel.
- **Mehr unbefristete Stellen im akademischen Mittelbau:** Aufbau zusätzlicher unbefristeter Stellen für promovierte Wissenschaftler:innen an Universitäten und Forschungsinstituten.
- **Mehr Transparenz bei akademischen Karrierewegen:** Landesweites Strategieprogramm zu einheitlichen Leitlinien für unbefristete Stellen in der Wissenschaft neben der Professur (Researcher, Lecturer, Scientific Manager). Anpassung notwendiger Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber.
- **Einführung eines landesweiten Zertifikatsprogramms für wissenschaftlichen Nachwuchs:** Vorbereitung auf akademische Karriere nach den genannten Leitlinien-Profilen.

Das aktuelle Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) führt dazu, dass Nachwuchswissenschaftler:innen häufig mehrfach befristet werden, obwohl ihre Forschungstätigkeit langfristig und planbar sein muss. Die fehlende Mindestvertragslaufzeit für Promovierende erhöht das Risiko, dass Doktorand:innen ihre Promotion aus finanziellen Gründen abbrechen oder außerhalb einer gesicherten Anstellung abschließen müssen, was nicht nur die individuelle Karriere, sondern auch den Wissenstransfer im Lehrstuhl gefährdet. Auch nach der Promotion bleiben junge Wissenschaftler:innen häufig in kurzen Anschlussverträgen, ohne Aussicht auf eine dauerhafte Position.

Die derzeitige Tarifsperre und das Fehlen eines einheitlichen Nachteilsausgleichs verschärfen Ungleichheiten zwischen hausfinanzierten und Drittmittel-beschäftigten Forschenden. Diese strukturellen Defizite machen eine Reform notwendig, die verlässliche Vertragsgrundlagen schafft, die Kontinuität von Forschungs- und Lehrtätigkeiten sichert und damit die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschaftsstandorts langfristig stärkt.

Direkte Einflussmöglichkeit besteht allerdings nur auf Ebene des Bundesrates, was eine Reform langwierig macht. Auf Landesebene sind der Aufbau von mehr unbefristeten Stellen für wissenschaftlich Mitarbeitende und die Einführung von definierten Stellenprofilen (Leitlinienprogramm) zwei Schritte in die richtige Richtung, die sofort gegangen werden können.

BEST PRACTICES

Rollenprofile an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU): Seit 2025 gelten an der HHU für alle unbefristeten wissenschaftlichen Stellen Leitlinien für den Tätigkeitsbereich und Auswahlkriterien für die Einstellung. Bereits bestehende Stellen werden modifiziert. Es gibt folgende drei Stellenprofile[22]:

a. Forschende übernehmen überwiegend die Aufgaben in der Forschung. Mindestens 50% ihrer Arbeitszeit investieren sie in die Forschung selbst, engagieren sich aber auch in der Lehre. Übernehmen sie auch Aufgaben im Bereich der Forschungsinfrastruktur, kann der Anteil in der Lehre geringer ausfallen.

b. Lecturer übernehmen schwerpunktmäßig die Aufgaben in der Lehre. Sie investieren mindestens 50% ihrer Arbeitszeit in Lehrveranstaltungen. Darüber hinaus engagieren sie sich in der Forschung.

c. Scientific Manager übernehmen hauptsächlich die Aufgaben im Wissenschaftsmanagement und befinden sich an der Schnittstelle zwischen Forschung, Lehre und Hochschuladministration. Etwa 20% ihrer Arbeitszeit verwenden sie auf Forschung und/oder Lehre.

Düsseldorfer Weg an der HHU[23]: Die HHU bietet Promovierenden und neuen Postdocs eine zertifizierte Weiterbildungsmaßnahme in zwei Phasen an.

a. In der Orientierungsphase setzen sich die Teilnehmenden mit den möglichen Karrierewegen auseinander und erhalten ein Basiszertifikat für die Aneignung von grundlegenden Fähigkeiten für alle Leitlinien-Profile.

b. In der Spezialisierungsphase wird sich dann auf eins der drei Leitlinien-Profile fokussiert.

INNOVATION

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Gründer:innen in Rheinland-Pfalz verbessern und unseren Start-up-Standort auf eine selbstverstärkende, innovationsgetriebene Entwicklungsstufe heben.

- **Übersichtlichkeit von Fördermöglichkeiten verbessern:** Vereinfachung des digitalen Zugangs zu Informationen über bestehende Förderprogramme.

- **Erhöhung staatlicher Fördermittel besonders für die Skalierungsphase:** Grundsätzliche Erhöhung der Fördermittel, um mehr Gründerinnen unterstützen zu können. Aufbau eines Wachstumsfonds der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB).
- **Unterstützung von Forschungseinrichtungen bei Innovation und Gründung:** Stärkung landesweiter Zugangsmodelle und Netzwerke für Forschungseinrichtungen, denen die Möglichkeit eines eigenen Innovationszentrums fehlt.
- **Innovationsfähigkeit in der Fläche erhöhen:** Förderung von Co-Working Räumen und Innovationsberatung für den ländlichen Raum.
- **Erhöhung der Sichtbarkeit:** Stärken besser vermarkten (Landesförderung, niedrige Lebenshaltungskosten, geographische Lage, Straßeninfrastruktur).
- **Investitionen in die Infrastruktur:** Ausbau der Elektro-Ladeinfrastruktur. Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, vor allem auf dem Land. Investitionen in Erhalt und Modernisierung der Straßeninfrastruktur.
- **Innovationsnetzwerke stärken:** Proaktive Kommunikation zur Rolle von Business Angels. Unterstützung der Hochschulen bei der Förderung von Gründer:innen.
- **Ermutigung von privatem Wagniskapital:** Aufbau eines Co-Investitionsfonds mit Privatinvestoren.
- **Chancengleicheit für Gründerinnen garantieren:** Aufbau spezieller Förderprogramme mit zusätzlichem Kapital für Frauen, um die Ungleichheiten beim Risikokapital abzubauen.

Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland ohne wirtschaftsstarke Metropole mit Strahlkraft. Um für Start-ups attraktiv zu sein, müssen unsere Stärken besser ausgespielt und unsere Schwächen behoben oder ausgeglichen werden. Rheinland-Pfalz punktet bei den Lebenshaltungskosten, der guten Lage sowie der Straßeninfrastruktur und vielen staatlichen Förderprogrammen. Es muss aber sowohl die generelle Sichtbarkeit als Start-up Standort als auch die Übersichtlichkeit der staatlichen Programme verbessert werden. Gründer:innen müssen schnell und zielgerichtet die für sie relevanten Förderprogramme finden können. Außerdem hat Rheinland-Pfalz vor allem im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs Nachholbedarf. Lücken existieren besonders bei der Förderung in der Skalierungsphase von jungen Unternehmen und dem Anziehen von privatem Wagniskapital. Ausgebaute Innovationsnetzwerke haben einen sich selbst verstärkenden Effekt.

BEST PRACTICES

Co-investment Fund II (Litauen)[24]: Programm des Ministerium für Wirtschaft und Innovationen der Republik Litauen zur Gewinnung von privatem Risikokapital für Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen.

ERP-EIF Co-Investment Growth Facility (Deutschland)[26]: Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Gewinnung von privatem Risikokapital für die Wachstumsphase von Unternehmen in Deutschland.

Wir fordern eine intensivere Vernetzung aller relevanten Innovationsträger und eine erleichterte Teilhabe an Technologietransfer, Patent- und Innovationsförderung.

- **Aufbau eines einheitlichen zentralen Portals für Technologietransfer, Patent- und Innovationsförderung:** Bündelung und Ausweitung bestehender Programme. Vereinfachte Antragstellung. Gezielte Unterstützung für kleine Hochschulen und Start-ups. Proaktive Kommunikation für mehr Transparenz.
- **Digitalisierung vorantreiben:** Gestaltung einer Digitalstrategie, die alle Innovationsträger mit einbezieht.
- **OECD-inspiriertes Experimentallabor:** (2024 EIPA, Maastricht, The Role of Innovation Labs in Public Sector: Concepts and Conditions for Successful Transformation)[25] Gründung eines Innovationslabors, in dem Gründer:innen, Forscher:innen und Unternehmen neuartige Ansätze erproben. In Kooperation zwischen:
    a) Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
    b) Hochschulen & Forschungsinstituten
    c) ISB
    d) Wirtschaftskammern

Patente schützen Innovationen und fördern Investitionen in neue Technologien. Ein effektiver Technologietransfer erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Dies ist entscheidend für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen in zukunftsträchtigen Branchen in der Region. Durch den Aufbau eines zentralen Förderportals und eine umfassende Digitalisierungsstrategie werden kleine Hochschulen und Start-ups unterstützt, was Forschung und Gründertum in der Fläche fördert. Außerdem verstärkt es die Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Wirtschaft. Die Errichtung eines eigenen Innovationslabors kann neue Ansätze erarbeiten, welche, die in Rheinland-Pfalz herrschenden, Bedingungen mit einbeziehen.

BEST PRACTICES

Bayern Innovativ GmbH[27]: Im Auftrag des Bayerisches Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie entwickelt Bayern Innovativ Innovationsnetzwerke und bietet viele Innovationsservices, wie Technologietransfer und Förderung, an. Durch die Inte-

gration des Patentzentrums Bayern wird seit 2020 auch im Bereich Patentförderung unterstützt.

Wir fordern mehr Innovation im Bereich Nachhaltigkeit.

- **Stärkere Unterstützung von Forschungsprojekten:** Erhöhung der Forschungsförderung zu nachhaltigen Technologien und ressourcenschonenden Verfahren.

Investitionen in Umwelttechnologien tragen zur Bekämpfung des Klimawandels bei und fördern gleichzeitig die Schaffung von Arbeitsplätzen in einem wachsenden Sektor.

AUSBLICK

Stell dir vor, du lebst in einem Rheinland-Pfalz, in der Forschung und Innovation nicht nur abstrakte Konzepte sind, sondern konkrete Grundlagen für eine bessere Zukunft. In diesem Szenario wird öffentliche Forschung bewusst und verstärkt gefördert, während Drittmittel transparent offengelegt werden, um Exzellenz und Unabhängigkeit zu sichern. Die Wissenschaft genießt hohes Ansehen und wird als parteilose Errungenschaft in gesellschaftlichen Debatten gehört.

KAPITEL 3

EINE STARKE WIRTSCHAFT

Nachhaltig, Souverän , Digital vernetzt

Klimakrise, Ressourcenknappheit und Artensterben zeigen uns klar: Wirtschaft ohne Nachhaltigkeit hat keine Zukunft. Rheinland-Pfalz braucht eine Wirtschaft, die ökologisch verantwortungsvoll, sozial gerecht und innovativ ist – eine moderne soziale Marktwirtschaft, die Wohlstand mit Gemeinwohl verbindet.

Unternehmen brauchen dafür einen funktionierenden und digitalen Staat, der unnötige Bürokratie vermeidet. Die Bevölkerung muss sich dennoch darauf verlassen können, dass soziale und Umweltstandards eingehalten werden.

Unser Ziel ist eine Transformation, die Wachstum, technologische Innovation und ökologische Grenzen in Einklang bringt. Digitalisierung, Automatisierung und Künstliche Intelligenz eröffnen enorme Chancen, die wir aktiv gestalten wollen – mit klaren Rahmenbedingungen durch einen handlungsfähigen Staat. Rheinland-Pfalz kann so zum Vorreiter einer Wirtschaft werden, die Klima und Umwelt schützt, Wohlstand sichert und Chancengerechtigkeit schafft.

RHEINLAND-PFALZ ALS VORREITER NACHHALTIGER ENTWICKLUNGEN

Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem Labor für Nachhaltigkeit machen – dort, wo Ökologie, Forschung und Wirtschaft zukunftsweisend zusammenwirken.

- **Forschungs- und Wirtschaftsnetzwerke stärken:** Aufbau eines interdisziplinären Netzwerks, das Antworten auf zentrale Zukunftsfragen entwickelt.
- **Brücken bauen:** Enge Vernetzung von Forschung, Start-ups und etablierten Unternehmen für zielgerichtete Förderprogramme.
- **Nachhaltigkeit belohnen:** Vorrang für nachhaltige Unternehmen bei Infrastrukturprojekten und Kreditvergaben.
- **Mit gutem Beispiel vorangehen:** Nachhaltigkeit sollte bei Ausschreibungen soweit möglich eingefordert werden. Beispielsweise sollten soweit möglich Recyclingmaterialien eingefordert werden.
- **Wirtschaft nachhaltiger machen:** Förderung der Transformation zu nachhaltigen Unternehmen

Wer Nachhaltigkeit als Standard setzt, sichert dauerhaft Arbeitsplätze, Wohlstand und Stabilität. Rheinland-Pfalz kann so Lösungen hervorbringen, die weit über die Landesgrenzen hinaus wirken.

Bedingungen für Gründer:innen & KMU verbessern

Wir schaffen beste Bedingungen für Gründer:innen, kleine und mittlere Unternehmen – vor allem für nachhaltige Ideen.

- **Finanzierung sichern:** Wir fordern, dass das Land ein mehrstufiges Fördermodell etabliert – einerseits durch staatliche Fonds (Zuschüsse, zinsgünstige Darlehen, Bürgschaften) und andererseits durch eine landeseigene Beteiligungsgesellschaft, die Risikokapital bereitstellt – zur Unterstützung von Start-ups, KMU und zukunftsweisenden Technologien, mit gesonderten Förderprogrammen speziell für von Frauen gegründete Unternehmen.
- **Europäische Vernetzung:** Aufbau von Mittelstands- und Gründungszentren für Beratung und Kooperation in Europa.

- **Digital OneStopShop:** Digitale zentrale Plattform für Gründung und Behördenkontakte..
- **Nachhaltigkeit belohnen:** Förderung von Unternehmen, die nachhaltige Geschäftsmodelle entwickeln, durch finanzielle Anreize und Beratungsangebote.
- **Unternehmer von morgen:** Unternehmertum stärker in die schulische Bildung integrieren
- **Infrastruktur für digitale Geschäftsmodelle:**
  Ausbau der digitalen Infrastruktur, einschließlich Hochgeschwindigkeitsinternet und Rechenzentren.
  Förderung von Initiativen zur Entwicklung digitaler Plattformen für lokale Unternehmen.

Gemeinwohl und individuelle Freiheit sind Motoren für eine lebendige, resiliente Gesellschaft. Durch Shareconomy können vielfältige positive ökonomische, soziale und ökologische Effekte erzielt werden.

Moderne Arbeitswelt

Wir schaffen moderne Arbeitsbedingungen, die Flexibilität, Familienfreundlichkeit und Nachhaltigkeit vereinen.

- **Recht auf Homeoffice:** Möglichkeit für Verwaltungs- und Außendienstmitarbeitende, regelmäßig mobil zu arbeiten – tariflich abgesichert
- **Flexible Lebensarbeitszeitmodelle:** Mehr Gestaltungsspielraum über Arbeitszeitkonten und flexible Modelle.
- **Vier-Tage-Woche erproben:** Einführung einer 32-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst als Vorbild für die Privatwirtschaft.

Moderne Arbeitsmodelle stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, reduzieren Pendelverkehr und erhöhen nachweislich Zufriedenheit und Produktivität. Insbesondere kann auch der ländliche Raum in der Attraktivität gesteigert werden, da weite Pendelstrecken entfallen.

Moderne Arbeitswelt

Wir schaffen moderne Arbeitsbedingungen, die Flexibilität, Familienfreundlichkeit und Nachhaltigkeit vereinen.

- **Ausbau von Volkshochschulen:** Digitale, mehrsprachige und hybride Lehrformate ermöglichen barrierefreien Zugang zu Weiterbildungen.

- **Umschulungsprogramme:** Spezielle Programme fördern den Berufswechsel in Berufsfelder mit Fachkräftemangel, Programme zur Umschulung und Weiterbildung für Arbeitnehmer in von Automatisierung betroffenen Branchen.
- **Maßgeschneiderte Weiterbildungen:** Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen werden durch individuelle Bildungsangebote und Lohnkostenzuschüsse unterstützt.
- **Freier Zugang zu Bildungsmaterialien:** Geförderte Open Educational Resource (OER)-Plattformen ermöglichen freien Zugang zu Lernmaterialien.
- **Dienstleistungs- und Handwerksberufe:** Förderung durch bessere Vergütung und Arbeitsbedingungen.
- **Förderung von informellem Lernen:** Unternehmertum stärker in die schulische Bildung integrieren
- **Digital-analoge Bildungszentren:** Büchereien und Gemeindezentren werden zu modernen Bildungszentren umstrukturiert, die digitale und analoge Lernangebote verbinden und betreute Weiterbildungsmöglichkeiten bieten.
- **Einführung internationaler Lehrpläne:** Durch die Implementierung international anerkannter Lehrpläne soll die Freizügigkeit von Arbeitskräften innerhalb der EU auch für deren Kinder sichergestellt werden.

Lebenslanges Lernen ist essenziell, um den Herausforderungen der modernen Welt gerecht zu werden. Wir alle profitieren von subventionierten Bildungsangeboten, barrierefreiem Zugang und gezielten Weiterbildungen im Bereich des lebenslangen Lernens. Die Anpassung an den technologischen Wandel ist entscheidend, um Arbeitsplätze zu sichern und die soziale Stabilität zu fördern. Eine Aufwertung von Dienstleistungsberufen ist notwendig, um die Attraktivität dieser Berufe zu erhöhen.

Schon heute werden fehlende Fachkräfte ein Risiko für den Wirtschaftsstandort und damit ein Risiko für den Wohlstand. Mit lebenslangen Lernen erhalten wir die Produktivität und Motivation der Erwerbstätigen.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Wir fordern eine grundlegende Neuordnung der Kommunalfinanzierung, die sicherstellt, dass alle Kommunen ihre Aufgaben in den Bereichen Sicherheit, Demokratieförderung und soziale Prävention verlässlich erfüllen können. Die Finanzierung muss bedarfsgerecht, solidarisch und nach dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ erfolgen, um Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse im ganzen Land zu schaffen.

- **Konnexitätsprinzip durchsetzen:** Verabschiedung eines verbindlichen Gesetzes, das sicherstellt, dass jede vom Land oder Bund übertragene Aufgabe vollständig finanziert wird, inklusive realistischer Kostenschätzungen und Mitspracherecht der kommunalen Spitzenverbände.
- **Solidarische Einnahmequellen schaffen:** Anstoßen einer Initiative im Bundesrat zur Reaktivierung der Vermögensteuer und Reform der Erbschaftsteuer mit hohen Freibeträgen, um jene gerecht zu beteiligen, die am meisten von einer sicheren Gesellschaft profitieren. Die Einnahmen fließen in einen Solidaritätsfonds der Länder.
- **Gerechte Steuerbeteiligung verankern:** Initiierung einer Grundgesetzänderung (Art. 106 GG), damit Einnahmen aus spezifischen Konsumsteuern (z.B. Tabaksteuer) zweckgebunden an die Kommunen fließen, die die Folgekosten durch Präventions- und Suchthilfearbeit tragen
- **Kommunen entlasten:** Abschaffung der Pflichtbeiträge zum Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF)
- **Budgets planbar machen:** Frühzeitige und planbare Zusicherung der Landesmittel, so dass Gewerbesteuersätze frühzeitig bekannt gegeben werden können.
- **Zukunftsfeste Investitionen sichern:** Auflage eines mehrjährigen Sondervermögens zur Sanierung und Modernisierung der kommunalen Sicherheitsinfrastruktur, wie Polizeistationen, Justizgebäude und Präventionseinrichtungen.
- **Kontrollmechanismen stärken:** Kommunale Spitzenverbände erhalten Mitspracherecht bei der Bewertung von Kostenfolgen neuer Sicherheitsaufgaben.
- **Bedarfsgerechte Landesfinanzierung etablieren:** Einführung einer zweckgebundenen Landesfinanzierung für Bürgerbeteiligung, Transparenz und Demokratieprojekte, um Teilhabe unabhängig von der Finanzkraft einer Kommune zu garantieren.
- **Einheitliche Standards definieren:** Entwicklung landesweit einheitlicher Standards für digitale Beteiligungsplattformen und Transparenzverfahren, um die Zusammenarbeit zu erleichtern und Ressourcen effizient zu nutzen.
- **Nachbarschaftshilfe:** Verbindliche Regelung der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, auch grenzüberschreitend, um Ressourcen effizient zu nutzen.

Sicherheit, soziale Teilhabe und eine lebendige Demokratie dürfen keine Frage des Geldbeutels oder der Postleitzahl sein. Derzeit tragen die Kommunen oft die Last für Aufgaben, die von Bund oder Land beschlossen werden, und die Folgekosten sozialer Probleme, ohne an den verursachenden Einnahmen beteiligt zu werden. Eine gerechte Finanzierung, bei der starke Schultern mehr tragen und Kosten fair nach dem Verursacherprinzip verteilt werden, ist die Grundlage für handlungsfähige Kommunen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ganzen Land.

DIGITALISIERUNG UND ENTBÜROKRATISIERUNG

Tourismus vereinfachen

Wir fordern eine Entbürokratisierung durch konsequente Digitalisierung im Bereich des Tourismus.

- **Direkte Übertragung der relevanten Informationen nach Bundesmeldegesetz und -Bundesbeherbergungsstatistikitikgesetz:** Schaffung einer Schnittstelle zu direkten digitalen Übertragung
- **Direkte Weiterleitung von Tourismusabgabe/Kurtaxe:** Schaffung einer Schnittstelle zur direkten Weiterleitung über Buchungsportale bzw. Buchungswebsite
- **Tourismus langfristig:** Förderung nachhaltiger Tourismuskonzepte

Rheinland-Pfalz ist auf den Tourismus angewiesen - insbesondere sorgt der Tourismus für Einnahmen im ländlichen Raum. Dabei sollten die Vermieter von Unterkünften nicht mit unnötig komplizierten bürokratischen Verfahren belastet werden.

Verwaltungsbehörden bis 2030 digitalisieren

Wir fordern, dass die gesamte Verwaltung bis 2030 digitalisiert wird, wobei gleichzeitig die Wahlfreiheit zwischen digitalen und analogen Wegen gewahrt bleibt.

- **Verwaltung digitalisieren:** Ausbau zu dienstleistungsorientierten Behörden und konsequente digitale Abwicklung aller Fachverfahren bis zum Jahr 2030.
- **Wahlfreiheit wahren:** Jede Person soll zwischen digitalen und analogen Servicewegen frei wählen können.
- **Reduzierung von Schriftformerfordernissen:** Bereitstellung von sicheren E-Mail Postfächern für die Bevölkerung und Unternehmen

- **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren:** beispielsweise dadurch, dass Prüfungen und Fachverfahren parallel laufen
- **Ausnutzung der Spielräume der Verwaltung:** auf Bürokratie zu verzichten
- **Konsequente Umsetzung des Once-Only Prinzips:** so dass Informationen von der Bevölkerung und Unternehmen nur noch an einer Stelle gepflegt werden müssen
- **Dienstleistungen digital bereitstellen:** Verpflichtung der Kommunen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz, alle Dienstleistungen digital anzubieten
- **barrierefreie digitale Dienste:** Verwaltungsdienste werden inklusiv gestaltet, durch Mehrsprachigkeit, Gebärdensprache, einfacher Sprache und standardisierter Navigation.

Während ein gewisses Maß an Bürokratie für den Erhalt von Umwelt- und Sozialstandards notwendig ist, bieten Mehrfachmeldungen keinen Mehrwert und belasten Bevölkerung, Unternehmen und Behörden. Konsequente Digitalisierung kann so den Fachkräftemangel teilweise kompensieren und den Behördenkontakt angenehmer gestalten. Teilweise wurden Gesetze noch nicht der digitalen Realität angepasst - hier sollten insbesondere die Landesbehörden konsequent ihre Spielräume nutzen und auf nicht zwingend notwendige Dokumente und Nachweise verzichten.

BEST PRACTICES

In Dänemark findet die Kommunikation mit Behörden ausschließlich über ein sicheres Online-Konto statt. Die Informationen sind im dortigen Pendant des Handelsregisters (Det Centrale Virksomhedsregister - CVR) gepflegt - dort können Behörden Informationen abrufen. Die Unternehmen erhalten eine CVR-Nummer zur eindeutigen Identifikation. Auch die Plattform Byg og miljø, über die Bau- und Umweltgenehmgigungen beantragt werden, nutzt die Identifikation über die CVR Nummer[28][29].

Free- und Open-Source Softwarekonsequent fördern

Wir fordern die konsequente Förderung von Free- und Open-Source-Software (FOSS) in der Verwaltung, um Transparenz, Sicherheit und langfristige Unabhängigkeit zu stärken.

- **Einsatz von FOSS:** Vorrangige Nutzung freier Software, um Kosten zu senken, Sicherheit zu erhöhen und technologische Unabhängigkeit zu sichern.

- **Förderung von Eigenentwicklung:** Entwicklung neuer Programme soll vorrangig als Open-Source erfolgen, sofern dies im laufenden Betrieb keine Nachteile bietet.
- **Kooperation mit anderen Ländern:** Gemeinsame Entwicklung und Nutzung von FOSS mit anderen Bundesländern und Nachbarregionen, um Synergien zu nutzen und Standards kompatibel zu halten.

Offene Software ermöglicht es der Bevölkerung, die Funktionsweise staatlicher Anwendungen nachzuvollziehen – ein essentielles Element für Transparenz. Proprietäre Systeme fördern Abhängigkeit und erschweren demokratische Nachvollziehbarkeit. Open Source hingegen stärkt Vertrauen, senkt Kosten und eröffnet Innovationsspielräume.

BEST PRACTICES

In Dänemark findet die Kommunikation mit Behörden ausschließlich über ein sicheres Online-Konto statt. Die Informationen sind im dortigen Pendant des Handelsregisters (Det Centrale Virksomhedsregister - CVR) gepflegt - dort können Behörden Informationen abrufen. Die Unternehmen erhalten eine CVR-Nummer zur eindeutigen Identifikation. Auch die Plattform Byg og miljø, über die Bau- und Umweltgenehmgigungen beantragt werden, nutzt die Identifikation über die CVR Nummer[30][31].

AUSSENWIRTSCHAFT UND LOGISTIK

Resiliente Lieferketten

Wir fordern die Resilienz der Lieferketten zu erhöhen, um die Abhängigkeit von globalen Lieferketten zu verringern, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Krisenfestigkeit zu stärken.

- **Cluster-Politik:** Unterstützung regionaler Industrie- und Technologiecluster (z.B. Chemie, Logistik).
- **Nearshoring/ Reshoring:** Anreize zu Rückverlagerung der Produktion näher an den Absatzmarkt etwa durch Industrieflächen, Energiepreise, Fachkräfteinitiativen.

- **Lieferketten diversifizieren:** um Abhängigkeiten von einem Land oder Anbieter zu vermeiden.
- **Ressourcenverschwendung beenden:** Förderung von Kreislaufwirtschaftsmodellen, die Recycling und Wiederverwendung von Materialien unterstützen.
- **Lokale Unternehmen stärken:** Unternehmertum stärker in die schulische Bildung integrieren.
- **Weiterentwicklung von Landeskrisenstäben und Notfallplänen:** Aufbau strategischer Lagerbestände für kritische Komponenten oder Rohstoffe

Stabile und resiliente Lieferketten sind entscheidend für die wirtschaftliche Sicherheit und verringern die Abhängigkeit von globalen Märkten. Dies hat auch positive ökologische Auswirkungen durch reduzierte Transportemissionen. Unabhängigkeit in den Lieferketten ermöglicht wertebasierten Umgang mit (kriegerischen) Konflikten.

Effiziente Infrastruktur

Wir fordern ein integriertes Konzept aus Innovation, Regulierung, Förderung und Infrastrukturentwicklung

- **Transporte über die Schiene ermöglichen:** Investitionen in die Schieneninfrastruktur zur Förderung des Güterverkehrs auf der Schiene.
- **digitale Plattformen zur besseren Routenplanung** und Bündelung von Fracht, um Leerfahrten zu vermeiden, Effizienz zu steigern und Emissionen zu senken
- **Flottenumrüstung förden:** Entwicklung von Anreizen für Unternehmen, um den Transport auf umweltfreundliche Verkehrsträger umzustellen (Flottenumrüstung)
- **Ausbau multimodaler Güterverkehrszentren:** so kann immer das optimale Transportmittel genutzt werden

Eine nachhaltige Logistik reduziert den CO2-Ausstoß und entlastet die Straßen, was sowohl ökologische als auch soziale Vorteile hat. Zudem resultiert daraus aus wirtschaftlicher Perspektive mehr Effizienz und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit.

AUSBLICK

Stell dir ein Rheinland-Pfalz vor, das Energie aus Sonne und Wind schöpft, wo Pendeln durch Homeoffice reduziert ist, wo Start-ups neue Ideen umsetzen und Städte von lebendiger Kultur geprägt sind. Ein Land voller Chancen, in dem Wohlstand klimaneutral wächst und die Menschen echte Mitgestaltung erleben.

Wenn wir Wirtschaft modern, nachhaltig und gerecht denken, wird Rheinland-Pfalz europaweit zum Vorbild. Lasst uns diesen Wandel mutig gestalten – für eine Zukunft, in der wir alle gewinnen.

KAPITEL 4

UNSERE LEBENS-GRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Klima, Boden, Zukunft

Umwelt und Landwirtschaft im Mittelpunkt einer nachhaltigen Zukunft

Unsere Umwelt steht unter Druck. Böden, Wasser und Luft werden vielerorts übernutzt oder verschmutzt. Nachhaltigkeit – das Gleichgewicht zwischen Umwelt, Wirtschaft und sozialer Verantwortung – ist daher entscheidend für unseren zukünftigen Wohlstand und unsere Lebensqualität.

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss zum zentralen Ziel unseres Handelns werden. Nur wenn wir verantwortungsvoll mit Ressourcen umgehen, sichern wir auch die Zukunft unserer Ernährung, unserer Betriebe und unserer Gemeinschaften.

Landwirtschaft als Schlüssel zur Veränderung

Industrie, Verkehr und unser täglicher Konsum tragen zur Belastung der Umwelt bei – doch die Landwirtschaft steht dabei oft im Mittelpunkt der Diskussion. Sie darf aber nicht zum Sündenbock werden, denn sie ist nicht das Problem, sondern ein wesentlicher Teil der Lösung.

Unsere Landwirtinnen und Landwirte leisten bereits heute einen unverzichtbaren Beitrag: Sie erzeugen gesunde und sichere Lebensmittel, sie pflegen und erhalten unsere Kulturlandschaften und sie entwickeln innovative Wege, um Klima, Boden und Wasser zu schützen.

Mit Wissen, Verantwortung und Freude am Gestalten kann die Landwirtschaft eine führende Rolle beim Wandel hin zu einem klimafreundlichen und nachhaltigen Wirtschaften übernehmen.

KAPITEL 4

Wandel als Chance

Die Herausforderungen des Klimawandels werden unsere Produktionsweisen, unseren Konsum und unser gesamtes Wirtschaften verändern. Doch dieser Wandel bietet Chancen: für Innovationen, für neue Technologien und für ein stärkeres Bewusstsein für den Wert unserer natürlichen Ressourcen.

Wenn Landwirtschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gemeinsam handeln, entsteht ein starkes Fundament für eine nachhaltige Zukunft.

Nachhaltiges Wirtschaften als Leitprinzip

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, Ressourcen so zu nutzen, dass ökologische, ökonomische und soziale Aspekte im Gleichgewicht bleiben. Dieses Prinzip sollte Leitlinie für unser gesamtes Handeln sein – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

Denn nur wenn wir die Funktionsfähigkeit unserer natürlichen Lebensgrundlagen bewahren, sichern wir die Basis für Ernährung, Wohlstand und Lebensqualität – heute und für kommende Generationen.

AGRARWENDE JETZT: NACHHALTIG, FAIR, ÖKOLOGISCHER UND ZUKUNFTSSICHER

Wir fordern eine Agrarwende in Rheinland-Pfalz, die unsere bäuerlichen Betriebe fair entlohnt, regionale Kreisläufe stärkt und Landwirtschaft zum Motor für Artenvielfalt und Klimaschutz macht.

- **Ökologische Landwirtschaft stärken:** Mehr Mittel der EU-Agrarpolitik (GAP) müssen künftig konsequent an konkrete Leistungen für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz geknüpft werden.
- **Agrarwende beschleunigen:** Wir fordern eine Ausweitung der Förderung für den ökologischen Landbau und andere nachhaltige Bewirtschaftungsformen wie Agroforst oder extensive Grünlandnutzung.
- **Regionen stärken:** Gezielter Ausbau regionaler Vermarktungsstrukturen – von Direktvermarktung über regionale Verarbeitungsbetriebe bis zur Gemeinschaftsverpflegung mit heimischen Produkten.
- **Bäuerliche Betriebe absichern:** Eine faire Einkommensperspektive für familiengeführte Betriebe durch gezielte Förderung, Bürokratieabbau und die Bündelung von Vermarktungsmacht.
- **Klimaschädliche Anreize streichen:** Umgehende Abschaffung von Subventionen und Steuervergünstigungen, die umweltschädliches Wirtschaften belohnen.

Die EU-Agrarpolitik (GAP) verteilt jedes Jahr milliardenschwere Fördermittel – auch in Rheinland-Pfalz. Bisher fließt jedoch der Großteil dieser Gelder als flächengebundene Direktzahlungen, ohne klare ökologische und soziale Gegenleistungen.

Dabei steckt genau hier die große Chance: Die „zweite Säule“ der GAP (ELER-Fonds) bietet Möglichkeiten der Gestaltung gezielter Förderprogramme für eine nachhaltigere Landwirtschaft – von Artenschutz, Boden- und Gewässerschutz bis zur Stärkung regionaler Vermarktung und der Stärkung des ländlichen Raumes.

Wir müssen diese Mittel endlich konsequent nutzen, um:
- Beschäftigte in der Landwirtschaft fair für ihre Leistungen im Umwelt- und Klimaschutz zu honorieren,
- den Strukturwandel hin zu mehr Regionalität und Artenvielfalt aktiv zu gestalten,
- und unsere natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern.

Die nächste EU-Förderperiode ab 2028 ist unsere Chance, die Weichen richtig zu stellen – für eine Landwirtschaft, die sich für landwirtschaftlich Beschäftigte, Tiere und die Natur lohnt.

VIELFALT BEWAHREN: ARTENREICHTUM SICHERN, LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Wir fordern eine Biodiversitäts-Offensive, die Beschäftigte in der Landwirtschaft als Partner für Artenschutz fair entlohnt, biologische Vielfalt zur Grundlage aller Landnutzung macht und wissenschaftliche Forschung mit praktischem Handeln verbindet.

- **Forschungslücken schließen:** Einen Landesforschungsfonds zur Erforschung biophysikalischer Prozesse der Biodiversität einrichten, um Grundlagen für wirksame Schutzmaßnahmen zu schaffen.
- **Landwirtschaft Betreibende als Biodiversitäts-Partner fair entlohnen:** Agrarförderung (insbesondere 2. Säule der GAP) konsequent auf die Honorierung konkreter Biodiversitätsleistungen umstellen - von Blühstreifen über Heckenpflege bis zu extensiver Beweidung.
- **Biodiversität in jede Bewirtschaftung integrieren:** Förderung sowohl ökologischer Bewirtschaftung als auch innovativer Technologien für biodiversitätsschonende Bodenbearbeitung, Fruchtfolgen und Stoffkreislaufmanagement.
- **Ökosysteme aktiv wiederherstellen:** Landesprogramm für die Renaturierung von Mooren, Auen und anderen natürlichen Biotopen auflegen und beschleunigt umsetzen.
- **Maßnahmen-Baukasten für die Praxis entwickeln:** Wissenschaftlich fundierte, standortangepasste Biodiversitäts-Maßnahmen (Blühstreifen, Hecken, Biotopvernetzung) flächendeckend verfügbar machen und dokumentieren.

Biodiversität ist mehr als die Summe aller Arten – sie ist das Fundament unseres Lebens. Dieses komplexe Netz aus Tieren, Pflanzen, Mikroorganismen und ihren Lebensräumen reinigt unser Wasser, bestäubt unsere Nutzpflanzen, sichert unsere Ernährung und macht unseren Planeten überhaupt erst bewohnbar.

Doch dieses Fundament bröckelt: Durch intensive Landwirtschaft, Flächenversiegelung und Schadstoffeinträge sterben selbst unscheinbare Kleinstlebewesen – mit fatalen Folgen für ganze Ökosysteme. Jede verlorene Art schwächt das Geflecht des Lebens, von dem auch wir Menschen abhängen.

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist daher kein optionaler Umweltschutz, sondern eine existenzielle Notwendigkeit. Indem wir Biodiversität schützen, sichern wir unsere eigenen Lebensgrundlagen – von sauberem Trinkwasser über stabile Ernten bis zum Schutz vor Klimaextremen.

REGIONALE WERTSCHÖPFUNG: NAH VERSORGT, FAIR PRODUZIERT

Wir machen Rheinland-Pfalz zum Vorreiter für regionale Wertschöpfung, indem wir landwirtschaftlich Beschäftigte, Handwerk und Handel dabei unterstützen, hochwertige Lebensmittel nachhaltig zu produzieren und direkt in unserer Region zu vermarkten.

- **Digitale Vermarktung stärken:** Gezielte Förderung innovativer digitaler Plattformen und Distributionslösungen für regionale Produkte – von Online-Marktplätzen bis zu gemeinsamen Logistiklösungen.
- **Gemeinschaftsgetragene Landwirtschaft fördern:** Gezielte Beratung und Starthilfe für Solidarische Landwirtschaften (SoLaWis) sowie genossenschaftliche Erzeuger-Verbraucher-Netzwerke.
- **Transparente Herkunft schaffen:** Etablierung einer landesweiten Herkunftskennzeichnung "Echt aus Rheinland-Pfalz" und begleitende Verbraucheraufklärung über die Vorteile regionaler Produkte.
- **Öko-Aktionsplan ambitioniert umsetzen:** Weiterentwicklung und ausreichende Finanzierung des Öko-Aktionsplans mit Fokus auf Stärkung regionaler Bio-Wertschöpfungsketten.
- **Regionale Verarbeitungsstrukturen sichern:** Gezielte Unterstützung für kleine und mittlere Mühlen, Molkereien und handwerkliche Verarbeitungsbetriebe durch Modernisierungsförderung und Bürokratieabbau.

Unser Wirtschaften wird zunehmend von anonymen globalen Lieferketten dominiert. Regionale Wirtschaftskreisläufe bieten dagegen entscheidende Vorteile, denn sie

sind das Fundament unserer Versorgungssicherheit. Kurze Wege von der Erzeugung zur Verarbeitung und Vermarktung – ob bei Mühlen, Molkereien oder durch Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) – machen uns unabhängiger von internationalen Krisen und Lieferengpässen.

Sie sind wichtiger Klimaschutz. Regionale Produkte vermeiden nicht nur Transportemissionen, sondern erhalten auch unsere Kulturlandschaft und schonen natürliche Ressourcen.

Sie sind gelebte Heimat. Regionale Wertschöpfung schafft Identifikation, bringt Menschen durch Stadt-Land-Partnerschaften zusammen und gibt uns das gute Gefühl, selbst über unsere wirtschaftliche Zukunft mitbestimmen zu können.

- Unsere Leitprinzipien für Rheinland-Pfalz:
- Wertschöpfung in der Region behalten

- Innovative Vermarktung fördern
- Starke regionale Strukturen sichern

Gemeinsam schaffen wir so nicht nur wirtschaftliche Resilienz, sondern mehr Lebensqualität für alle – in Stadt und Land.

Gemeinsam für Tierwohl: Artgerecht, fair und transparent

Wir fordern eine verbindliche Tierwohl-Offensive, die Landwirt:innen fair entlohnt, Verbraucherinnen transparent informiert und artgerechte Haltung in Rheinland-Pfalz zur Regel macht.

- **Praxistaugliche Tierhaltungsstandards:** Entwicklung tiergerechter Haltungsvorgaben gemeinsam mit Beschäftigten in der Landwirtschaft und wissenschaftliche Arbeitskräfte, die sich in der Praxis umsetzen lassen.
- **Beratung vor Bestrafung:** Amtliche Kontrollen um ein verbindliches Beratungs- und Unterstützungsangebot für Betriebe erweitern, das Verbesserungen aktiv begleitet.
- **Tierwohl fair finanzieren:** Einen verbindlichen Tierwohl-Euro in der Agrarförderung, der landwirtschaftlich Beschäftigte den Mehraufwand für artgerechte Haltung vollständig vergütet.
- **Transparenz für mehr Verbraucherschutz:** Eine verpflichtende, staatliche Tierwohlkennzeichnung für alle Lebensmittel – einfach verständlich und vergleichbar, auch in Kantinen und auf Speisekarten
- **Wahrheit in der Werbung:** Klare und einheitliche Vorgaben für Begriffe wie "artgerecht" oder "glückliche Tiere", die nur bei Einhaltung definierter Standards genutzt werden dürfen.

Die Art, wie wir Nutztiere halten, steht zurecht in der Kritik. Zu oft werden Tiere noch unter Bedingungen gehalten, die ihren arteigenen Bedürfnissen nach Bewegung, Beschäftigung und Sozialkontakt nicht gerecht werden.

Die gesetzlichen Mindeststandards reichen bei Weitem nicht aus, um ein artgerechtes Leben zu ermöglichen – und werden in der Praxis leider oft noch unterschritten. Zwar zeigen Betriebe des ökologischen Landbaus und andere Vorreiter, dass es besser geht, doch flächendeckend fehlt es an wirksamen Anreizen und Kontrollen.

Dabei geht es um eine gemeinsame Verantwortung. Die landwirtschaftlichen Betriebe dürfen mit den Mehrkosten für mehr Tierwohl nicht allein gelassen werden. Wir brauchen daher faire Preise,

eine konsequente Förderung und eine transparente Kennzeichnung, die es Konsumierenden ermöglicht, sich bewusst für mehr Tierwohl zu entscheiden.

Tiere sind keine Sachen, sondern fühlende Mitgeschöpfe. Ein wertschätzender Umgang mit ihnen ist nicht nur ethische Pflicht, sondern auch Ausdruck einer zukunftsfähigen Landwirtschaft, die von der Gesellschaft getragen wird.

Tierschutz als Teil des politischen Selbstverständnisses

Wir fordern ein Rheinland-Pfalz, in dem Tierschutz kein Nischenthema, sondern fester Bestandteil des politischen Selbstverständnisses ist und durch klare Gesetze sowie verlässliche Strukturen das Leiden von Tieren durch Gesetzeslücken, Nachlässigkeit oder Bequemlichkeit wirksam verhindert wird.

- **Heimtierregister:** landeseinheitliche Datenbank oder Pflicht zur Nutzung (z. B. TASSO).
- **Meldeportal für Tierärzt:innen:** digitale Verdachtsmeldungen an Vet-Ämter; klar geregelte Meldepflicht mit Hinweisgeberschutz.
- **Verbot von Ponykarussellen und Ponyreiten::** auf Jahrmärkten (Landes-/ Kommunalflächen).
- **Haltungsanzeige:** von Exoten beim Veterinäramt vor Anschaffung (Gehege, Klima, Fütterung, Nachweise).
- **Verkaufsverbot von Exoten:** auf Messen und Börsen auf Landes-/ Kommunalflächen
- **Auffangstationen für Exoten fördern:** Durch Etablierung von Basis- & Krisenfinanzierungen, Cost-of-Care und Kooperationsnetz Zoos.
- **Landes-Tierschutzfonds und Notfalltopf:** Hilfen im Falle von Beschlagnahmen oder Überbelegung mit Qualitäts- & Datenauflagen.
- **Tierschutzbildung und Gesellschaftsaufklärung:**
  - **Schule**: Tierschutz in Lehrplan aufnehmen im Sozial- oder Biologieunterricht; geprüfte Unterrichtsmaterialien; Fortbildungen.
  - **Kampagnen**: artgerechte Haltung, Kastration, illegaler Handel in Zusammenarbeit mit Tierärzt:innenkammern oder Tierheimen.
  - **Berufsausbildung**: Module für Polizei im Bereich Tierschutzdelikte, Transporte und Wildtierkonflikte, Pädagogik und E-Learning mit Checklisten.

- **Wildtier-Verbot:** in mobilen Zirkussen.
- **Nachzucht nur mit Arterhaltungsziel:** keine „Überpopulationen".
- **Personalaufbau & Fortbildung** in Veterinärämtern.

Tierschutz ist kein Randthema, sondern eine Frage von Gerechtigkeit und Verantwortung. Wie wir mit Tieren umgehen, zeigt, welchen Wert Empathie und Respekt in unserer Gesellschaft wirklich haben. Trotz klarer Gesetze leiden in Rheinland-Pfalz weiterhin Millionen Tiere, durch unzureichende Kontrollen, rechtliche Lücken und fehlende Finanzierung. Wir wissen längst: Tiere sind empfindungsfähig, sie empfinden Schmerz, Freude und Angst. Ein modernes Land muss deshalb Strukturen schaffen, die Leid verhindern, statt es zu verwalten. Tierschutz darf nicht von Ehrenamt und Spenden abhängen, sondern muss staatlich garantiert, überprüfbar und gerecht finanziert sein. Zugleich gilt: Tierschutz ist auch Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz. Die industrielle Tierhaltung verursacht massive ökologische Schäden, während Tierheime und Auffangstationen an den Folgen dieser Systeme zusammenbrechen. Wer Tierwohl stärkt, schützt Böden, Wasser, Artenvielfalt und letztlich uns selbst. Wissen ist der Schlüssel: Frühe Tierschutzbildung, verpflichtende Sachkundenachweise und Aufklärungskampagnen schaffen Bewusstsein, bevor Leid entsteht. Forschung und Praxis belegen, dass Empathie gegenüber Tieren auch Empathie gegenüber Menschen fördert. Tierschutz ist damit Demokratieschulung im besten Sinne. Rheinland-Pfalz kann Vorreiter werden: mit klaren Standards, transparenter Kontrolle, digitaler Nachvollziehbarkeit und einer gerechten Finanzierung. Ein Land, das Tiere schützt, schützt das, was uns menschlich macht.

BEST PRACTICES

Belgien: Kastrations-/Chip-Pflicht (Katzen) in Flandern[32].

Landwirtschaft als Partner für biologische Vielfalt und gesunde Lebensmittel

Wir fordern eine Ökologisierung der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz, die unsere Böden schützt, die Forschung vorantreibt und landwirtschaftlich Beschäftigte zu Partnern für biologische Vielfalt und gesunde Lebensmittel macht.

- **"Living Labs für gesunde Böden" landesweit ausbauen:** Das erfolgreiche Modell aus EU-Projekten wie RECARE auf weitere Regionen und Landnutzungsarten (Weinbau, Ackerbau, Grünland) ausweiten.

- **Rheinland-Pfalz offiziell als "Botschafter-Region" der EU-Bodenmission positionieren:** Die Landesregierung wird aufgefordert, sich offiziell als "Co-Signer" der Mission "A Soil Deal for Europe" zu registrieren und eine europäische Führungsrolle im Bodenschutz zu übernehmen.
- **Ökolandbau fördern:** auf Jahrmärkten (Landes-/ Kommunalflächen).
- **Forschung vorantreiben:** Deutliche und konsequente Gewährung von Mitteln für öffentliche und private Forschung. Sowohl im Bereich biologischer Grundfunktionalitäten des landwirtschaftlichen Systems als auch bei spezifischen Fragestellungen aus den Bereichen Lebensmittel, Bodenbewirtschaftung und Tierhaltung besteht erheblicher Forschungsbedarf.
- **Märkte stärken:** Unterstützung regional verankerter Wertschöpfungs- und Vertriebsmöglichkeiten, substanzielle Verbraucherberatung.

Gesunde Lebensmittel brauchen gesunde Agrarökosysteme. Der Ökolandbau zeigt bereits heute, wie nachhaltiges Wirtschaften erfolgreich umgesetzt werden kann: durch den Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide, den Schutz der Biodiversität und die Förderung lebendiger Böden.

Doch Nachhaltigkeit geht über die Bio-Zertifizierung hinaus. Auch in der konventionellen Landwirtschaft können viele Stellschrauben gedreht werden – etwa durch gezielte Fruchtfolgen, bodenschonende Bearbeitung und den Erhalt von Landschaftselementen.

Letztlich ist es eine Frage der Vernunft: Nur intakte Böden, sauberes Grundwasser und stabile Ökosysteme sichern langfristig unsere Ernährung. Indem wir Nährstoffkreisläufe schließen und systemfremde Schadstoffe vermeiden, investieren wir in die fundamentalste aller Lebensgrundlagen – für uns und kommende Generationen.

WEINBAU

Weinberge naturnah bewirtschaften

Wir fordern, dass naturnah bewirtschaftete Weinberge zur neuen Norm werden, denn sie sind die Grundlage für hochwertige Weine und stabile Ökosysteme.

- **Auf Herbizide verzichten:** Vollständige Umstellung auf mechanische Bodenbearbeitung oder biodiversitätsfördernde Begrünung zur Unkrautkontrolle und Bodenverbesserung.
- **Trester als Dünger wiederverwenden:** Die kompostierten Traubenreste wirken nicht nur als Dünger, sondern vor allem als Bodenverbesserer. Sie erhöhen den Humusgehalt, lockern schwere Böden und verbessern die Wasserspeicherfähigkeit leichter Böden.

- **Lebensräume aktiv fördern:** Gezielte Schaffung von Blühstreifen, Steinmauern und Totholzhaufen als ökologische Nischen für Nützlinge.
- **Agroforstsysteme integrieren:** Förderung der Pflanzung von Bäumen und Sträuchern in Weinbergen zur Steigerung der Biodiversität, Verbesserung des Mikroklimas und des Bodenlebens.
- **Pflanzenschutzmittel reduzieren:** Konsequente Verringerung des Einsatzes chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel und mineralischer Dünger.
- **Präzisionstechnologien ausbauen:** Förderung des Einsatzes abdriftarmer Sprühgeräte (Tunnel-Recycling-Geräte) zur gezielten Applikation und Minimierung von Umweltauswirkungen.
- **Moderne Pflanzenschutzmittel zulassen:** Initiative für die Zulassung von Kaliumphosphonat im Ökoweinbau, um den Kupfereinsatz nachhaltig zu reduzieren.
- **Biologische Stärkungsmittel ermöglichen:** Initiative für die Wiederzulassung von Soda als preiswertes und umweltverträgliches Pflanzenstärkungsmittel.
- **Umbaukosten fair finanzieren:** Gezielte, unbürokratische Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen für kleine und mittlere Weingüter, um Investitionen in biodiversitätsfördernde Maßnahmen (z. B. Begrünung, Agroforst, Herbizidverzicht) zu ermöglichen.

Ein zukunftsfähiger Weinbau ist ökologisch und ökonomisch zugleich. Artenreiche Weinberge sind unsere stärkste Antwort auf die Klimakrise: Sie speichern Wasser in Dürrezeiten, schützen den Boden vor Starkregen und reduzieren durch natürliche Schädlingskontrolle den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Diese resilienten Ökosysteme machen unsere betreibende Person im Weinbau unabhängiger und unsere Betriebe wettbewerbsfähiger. Wir stellen die Weichen für eine Weinbaupolitik, die die Biodiversität als Wirtschaftsfaktor begreift und unsere Kulturlandschaft zukunftssicher macht.

Innovationsförderung für klimaresilienten Weinbau

Wir starten eine Innovationsoffensive, um unsere Winzerinnen und Winzer im Kampf gegen die Klimakrise zu wappnen.

- **Forschungsförderung intensivieren:** Enge Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen wie dem Julius Kühn-Institut (JKI) Geilweilerhof zur beschleunigten Züchtung klimaangepasster, pilzwiderstandsfähiger Rebsorten.
- **PIWI-Rebsorten fördern:** Gezielte Ausbau- und Vermarktungsprogramme für pilzwiderstandsfähige Rebsorten, um Pflanzenschutzmittel um bis zu 90% zu reduzieren und Winzer:innen zu entlasten.

- **Digitalisierung vorantreiben:** Förderung von KI-gestützten Prognosemodellen für Ertrag und Krankheitsdruck sowie den Einsatz von Robotik für präzisen und ressourcenschonenden Anbau.
- **Wassermanagement optimieren:** Gezielter Ausbau nachhaltiger Bewässerungssysteme wie Tröpfchenbewässerung und die Schaffung von Regenwasser-Rückhaltebecken für Trockenperioden.
- **Agri-Photovoltaik ausbauen:** Nutzung von Solaranlagen über Rebflächen zur kombinierten regenerativen Energieerzeugung und Mikroklimaregulierung für die Reben.
- **Vermarktungsinitiativen starten:** Landesweite Kampagnen zur Steigerung der Verbraucher:innenakzeptanz für innovative Weine aus PIWI-Reben und nachhaltigen Anbaumethoden.

Die Klimakrise wird für unsere betreibenden Personen im Weinbau immer spürbarer – von Spätfrösten bis zu Dürreperioden. Innovationen sind deshalb keine Option mehr, sondern die entscheidende Überlebensstrategie. Pilzwiderstandsfähige Rebsorten (PIWIs) senken den Pflanzenschutzmitteleinsatz erheblich, digitale Präzisionstechnologien steigern die Ressourceneffizienz, und nachhaltiges Wassermanagement sichert die Erträge. Diese Investitionen machen unsere Betriebe krisenfester, unabhängiger von Klimaextremen und bewahren den Weinbau als wichtigen Wirtschaftsfaktor und lebendiges Kulturgut. Wer heute in Innovation investiert, sichert die Spitzenweine von morgen – und die Zukunft unserer Weinkultur in Rheinland-Pfalz.

Qualität unserer Weine besser vermarkten: EU-Schutzgemeinschaften als Chance, unsere Weine global zu positionieren

Wir fordern, die EU-Schutzsiegel endlich konsequent als Marketinginstrument einzusetzen, um die einzigartige Qualität unserer Weine weltweit zu vermarkten.

- **Bürokratieabbau vorantreiben:** Einführung standardisierter, digitaler Antragsverfahren für EU-Schutzgemeinschaften, um den Verwaltungsaufwand für Winzerbetriebe massiv zu reduzieren.
- **Genossenschaftliche Anträge fördern:** Gezielte Unterstützung von Winzer:innengemeinschaften bei der gemeinsamen Beantragung von Herkunftssiegeln, um Kosten zu senken und Wissen zu bündeln.
- **Rechtssicherheit garantieren:** Aufbau einer landesweiten Rechtsexpertise zur kostenlosen Unterstützung bei der Ausarbeitung der verbindlichen Produktspezifikationen.
- **Gemeinsame Vermarktungsoffensive starten:** Etablierung einer internationalen Marketing-Plattform, um die geschützten Herkünfte Rheinland-Pfalz' als einheitliches Premium-Qualitätsversprechen zu positionieren.

In einer globalisierten Weinwelt wird die authentische Herkunft zum entscheidenden Qualitätsmerkmal. Dieses Potenzial nutzen wir in Rheinland-Pfalz jedoch noch bei Weitem nicht aus: Während Regionen wie Burgund oder das Piemont mit geschützten Herkunftsbezeichnungen Premiumpreise erzielen, bleiben unsere einzigartigen Lagen international oft unsichtbar. Dabei bieten EU-Schutzsiegel die historische Chance, unsere Weine nachhaltig aufzuwerten und neue Märkte zu erschließen – wenn wir die Hürden gemeinsam überwinden.

Die Herausforderungen sind klar: Viele Winzer:innen scheuen die komplexe Bürokratie, Interessengruppen finden schwer einen Konsens, und Fördermittel verfallen. Genau hier ist die Landesregierung gefordert – mit juristischer Unterstützung, strategischer Führung und der aktiven Vermittlung zwischen den Verbänden. Indem wir große Gebiete wie die Pfalz in kleinere, terroirspezifische Einheiten unterteilen, schaffen wir nicht nur klare Herkunftsprofile – etwa für Riesling aus steilen Schieferlagen oder Spätburgunder aus Kalksteinböden –, sondern auch überzeugende Verkaufsargumente für aufstrebende Märkte.

Gemeinsam können wir unsere regionale Vielfalt von einer internen Herausforderung in unser stärkstes internationales Markenzeichen verwandeln.

BEST PRACTICES

Italien: Das *Consorzio del Brunello di Montalcino* beweist, wie strikte Qualitätsregeln und gemeinsames Marketing eine Region zu einer weltweit begehrten Premiummarke machen. Während die Pfalz als gesamte Großregion (2.400 ha) vermarktet wird, konzentriert sich das Brunello-Konsortium auf kleinste, genau definierte Terroirs (2,4 ha) – und erzielt Spitzenpreise von einigen Hundert Euro pro Flasche[33].

Dieses Vorbild zeigt den Weg für Rheinland-Pfalz: Die Aufteilung großer Gebiete in kleinere, terroirspezifische Schutzgemeinschaften ist der Schlüssel, um einzigartige Lagen gezielt zu vermarkten und höhere Preise zu erzielen. Die Erfolgsfaktoren sind klar: strengste Qualitätsvorgaben, kontrollierte Mengen und eine gemeinsame internationale Vermarktungsstrategie.

WALD

Klimaresiliente Wälder und lebendige Moore aufbauen

Wir starten eine ökologische Transformation für Rheinland-Pfalz: Unsere Wälder und Moore müssen widerstandsfähiger gegen Klimastress werden und zugleich artenreiche Lebensräume bleiben. Dafür braucht es eine konsequente, naturnahe Bewirtschaftung und Renaturierung.

- **Waldumbau beschleunigen:** Förderung vielfältiger Mischwälder durch natürliche Verjüngung und gezielte Pflanzung klimaresilienter, einheimischer Baumarten.
- **Wilde Wälder zulassen:** Ausweisung von nutzungsfreien Naturwäldern auf mindestens 10 % der staatlichen Waldfläche und Erhöhung des Totholzanteils in bewirtschafteten Wäldern.
- **Moore retten:** Einen Aktionsplan zur schnellen Wiedervernässung und Renaturierung von Moorstandorten in Rheinland-Pfalz auflegen.
- **Leistungen fair honorieren:** Wir setzen „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ konsequent um und schaffen einen finanziellen Ausgleich für klima- und artenschützende Maßnahmen der Waldbesitzenden.
- **Nachhaltige Holzwirtschaft stärken:** Verpflichtende Zertifizierung für die öffentliche Beschaffung von Holzprodukten und Förderung von Waldzertifizierungssystemen wie FSC oder Naturland.
- **Transformation finanzieren:** Einen langfristigen, krisensicheren Fonds für den klimaresilienten Waldumbau, die Moorrenaturierung und die Honorierung von Ökosystemleistungen einrichten.

Wälder und Moore sind unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Als effizienteste Kohlenstoffsenken der Natur sind sie unser bester natürlicher Klimaschutz. Gleichzeitig sind sie systemrelevant: als natürliche Wasserspeicher, Schutz vor Erosion und Hochwasser, Hotspots der Artenvielfalt und unser wichtigster Erholungsraum.

Ein geschädigter Wald oder trockengelegtes Moor verliert diese lebenswichtigen Funktionen – und wird zur Quelle neuer Treibhausgase.

Als waldreichstes Bundesland wollen wir in Rheinland-Pfalz Vorreiter werden und unsere Wälder und Moore zu europäischen Leuchttürmen für Klimaresilienz und Artenvielfalt entwickeln. Gemeinsam machen wir unsere Wälder fit für die Zukunft.

Jagd- & Wildtiermanagement tierschutzgerecht gestalten

Wir müssen mit unserem Wildtierbestand fair umgehen.

- **Verbote:** Baujagd, Totschlagfallen, Hundehetze; Schliefenanlagen; Gatterjagd & Event-Jagd.
- **Schonzeiten/Arten:** Jagdverbote auf Arten ohne ökologische Notwendigkeit (z. B. Fuchs, Rabenvögel); keine Hobbyjagd in Schutzgebieten/Nationalparks.
- **Ausbildung:** Pflicht-Fortbildungen (Tierschutz, Ökologie, Ethik).
- **Transparenz:** Digitales Strecken-/Populations-Monitoring, jährlicher Report
- **Alternativen:** Herdenschutz statt Wolfsabschüsse; Prävention statt Quoten.
- **Struktur:** Jagdpacht auf öffentlichen Flächen beenden, behördliches Wildtiermanagement.
- **Wolf/ Luchs:** Kein Jagdrecht; Managementplan; 100 % Herdenschutz-Erstausstattung; schnelle Entschädigungen; Schulungen; transparente Kommunikation.
- **Öffentlichkeit:** Bildung/ Exkursionen; Kooperation mit Landnutzung/ Jagd/ Naturschutz; keine politisch motivierten Abschussfreigaben.

Die Fauna ist ebenfalls Bestandteil unserer Umwelt und verdient es, gut behandelt zu werden

Waldpädagogik als feste Säule in der Bildung verankern

Wir fordern, dass Waldpädagogik als feste Säule in der Bildung von Kitas, Schulen und der Erwachsenenbildung verankert wird – damit jede Generation unser wichtigstes Ökosystem schätzen und schützen lernt.

- **Waldpädagogik als Bildungsstandard etablieren:** Verankerung von Waldpädagogik und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als verpflichtender Bestandteil in Kitas und Schulen, unterstützt durch regelmäßige Exkursionen und praktische Projekte.
- **Lebenslanges Lernen ermöglichen:** Schaffung niedrigschwelliger Waldbildungsangebote für alle Altersgruppen.

- **Fachpersonal stärken:** Aufstockung und angemessene Bezahlung von qualifiziertem forstlichem Fachpersonal für Waldumbau und Waldpädagogik in den Landesforsten.

Die Sensibilisierung der Gesellschaft für die Dringlichkeit des Klima- und Naturschutzes ist eine fundamentale Aufgabe. Nur eine gut informierte und engagierte Bevölkerung wird die notwendigen politischen Maßnahmen mittragen und aktiv mitgestalten.

Die aktuellen Waldzustandsberichte belegen Jahr für Jahr: Den deutschen Wäldern geht es schlecht. Auch in Rheinland-Pfalz zeigt sich dies durch zunehmende Kronenverlichtungen und großflächige Schadflächen. Diese akute Krise unterstreicht, wie dringend wir Kinder und Erwachsene für den Schutz unserer Wälder begeistern müssen.

BEST PRACTICES

Schweiz: Wir wollen innovative Formate wie das Schweizer Simulationsspiel „WaldWege" auch in Rheinland-Pfalz etablieren. Solche Tools vermitteln spielerisch, wie komplexe Entscheidungen im Wald Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft langfristig beeinflussen. Unser Ziel: Vom Klassenzimmer bis zur Berufsschule sollen alle Altersgruppen erleben können, wie nachhaltige Waldwirtschaft in der Praxis funktioniert – und warum sie unser aller Zukunft sichert[34].

KREISLAUFWIRTSCHAFT

Wir fordern, dass Rheinland-Pfalz bis 2035 zur Modellregion für Kreislaufwirtschaft wird, indem wir Abfälle radikal reduzieren, Produktlebensdauern verlängern und Wertstoffe konsequent im Kreislauf führen.

- **Recht auf Reparatur durchsetzen:** Förderung von Reparaturbetrieben und Einführung eines landesweiten Reparaturbonus für Elektrogeräte und Möbel.
- **Öffentliche Beschaffung kreislauffähig machen:** Verbindliche Vorgaben für Behörden, langlebige, reparierbare und recycelte Produkte zu beschaffen.
- **Bauwesen revolutionieren:** Verpflichtende Wiederverwendung von Baumaterialien bei öffentlichen Bauvorhaben.
- **Materialflüsse transparent machen:** Entwicklung einer Landesplattform zur Dokumentation von Materialflüssen und Recyclingfähigkeit.

- **Wertstoffe zurückgewinnen:** Verpflichtende Phosphorrückgewinnung aus Klärschlämmen und Förderung von Technologien zur Wertstoffextraktion.
- **Umsetzung sicherstellen:** Etablierung einer unabhängigen Kontrollinstanz zur Überprüfung der Einhaltung von Wiederverwendungs- und Recyclingvorgaben.
- **Moderne Pflanzenschutzmittel zulassen:** Integration der globalen Nachhaltigkeitsziele und kreislaufwirtschaftlicher Kompetenzen (Design, Reparatur, Logistik) in Lehrpläne und Berufsausbildungen.

Die lineare Wegwerfwirtschaft ist ein Auslaufmodell. Sie belastet nicht nur die Umwelt, sondern ist auch ökonomisch unsinnig: Wir zahlen für die Entsorgung von Abfällen, während wir gleichzeitig teure Rohstoffe importieren. Die Kreislaufwirtschaft beendet diese Verschwendung.

Sie macht uns:

- Krisensicherer: Regionale Stoffkreisläufe schützen uns vor globalen Lieferengpässen.
- Wirtschaftlich stärker: Reparatur und Recycling schaffen zukunftsfeste Jobs im Handwerk und Hightech-Bereich.
- Klimafreundlicher: Die Wiederverwertung von Materialien spart enorme Mengen an Energie.

Gemeinsam schaffen wir ein Rheinland-Pfalz, in dem nichts verschwendet wird – weil unsere Rohstoffe zu wertvoll sind.

BEST PRACTICES

Niederlande: Während andere noch diskutieren, handelt die Initiative „Circulair Friesland“: In digitalen Börsen werden alte Materialien gehandelt, in Repair-Cafés werden Alltagsgegenstände instand gesetzt und kommunale Bauprojekte setzen konsequent recycelte Materialien ein. Das Ergebnis ist nicht nur weniger Müll, sondern eine stärkere regionale Wirtschaft und ein neues Gemeinschaftsgefühl. Diesen Pioniergeist des Machbaren bringen wir nach Rheinland-Pfalz[35].

AUSBLICK

Stell dir ein Rheinland-Pfalz vor, dass nicht nur weltweit für seine Weine bekannt ist, sondern auch als Vorbild für die Bewältigung der Klimakrise im Weinbau gilt. Unsere Vision ist ein Weinbauland, das seine Stärken klug verbindet:

In den klimaresilienten Weinbergen der Pfalz oder an der Mosel gedeihen pilzwiderstandsfähige Rebsorten neben artenreichen Begrünungen – die beste Versicherung gegen Extremwetter. Agri-Photovoltaik über Rebflächen erzeugt sauberen Strom und mildert zugleich Hitzestress für die Reben. Unsere einzigartigen Terroirs sind in EU-geschützten Herkunftsbezeichnungen festgehalten und weltweit als Qualitätsmarke etabliert.

Dahinter steht eine moderne, vernetzte Branche: Winzer:innen nutzen KI-gestützte Prognosen und gemeinschaftlich organisierte Solartechnik, während regionale Vermarktungsinitiativen rheinland-pfälzische Weine gezielt in internationale Märkte tragen. Forschungseinrichtungen wie der Geilweilerhof entwickeln hier die Rebsorten von morgen.

So wird Klimaanpassung zum Wettbewerbsvorteil: Unsere Weine stehen für Qualität, die im Einklang mit der Natur entsteht – und für eine Gemeinschaft, die Herausforderungen gemeinsam löst. Wir schaffen die politischen Rahmenbedingungen, damit dieser Wandel für alle Betriebe möglich wird: mit passgenauer Förderung, entbürokratisierten Anträgen und einer Strategie, die Ökologie und Ökonomie zusammen denkt.

Gemeinsam machen wir Rheinland-Pfalz zur internationalen Referenz für den zukunftssicheren Weinbau – wirtschaftlich stark, ökologisch vorbildlich und kulturell einzigartig.

KAPITEL 5

ENERGIE DER FREIHEIT

Mobilität, Wärme & Strom aus eigener Kraft

Die Energiewende ist mehr als Klimaschutz – sie sichert die Zukunft unseres Landes. Wir schützen unsere Lebensbedingungen, aber auch die Wirtschaftskraft eines wald- und landwirtschaftlich geprägten Landes.

Gleichzeitig macht uns eine dezentrale, erneuerbare Energieversorgung unabhängiger von fossilen Importen und erhöht die Versorgungssicherheit in Zeiten globaler Krisen. Erneuerbare Energien sind die günstigste Form der Energiegewinnung und werden zukünftig dank steigender CO_2-Bepreisung gegenüber fossilen Energieträgern noch attraktiver – für Konsumierende wie für Unternehmen.

Stadtwerke, Betriebe und Genossenschaften werden dank niedriger Investitionskosten zu Energieversorgern. So bleibt der wirtschaftliche Nutzen in der Region, schafft Arbeitsplätze und stärkt die lokale Wertschöpfung. Zudem kann Rheinland-Pfalz mit der Entwicklung von Zukunftstechnologien in der Energiewende einen klaren Wettbewerbsvorteil gewinnen.

Die Energiewende ist nicht nur ein ökologisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Zukunftsprogramm, sondern auch ein Beitrag zur europäischen Resilienz und Souveränität. Jede Kilowattstunde aus regionaler Erzeugung stärkt unsere Unabhängigkeit von autoritären Regimen und macht Rheinland-Pfalz widerstandsfähiger gegenüber geopolitischen Krisen.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Landesklimaschutzgesetz weiterentwickeln

Wir fordern die Weiterentwicklung des Landesklimaschutzgesetzes mit verbindlichen Randbedingungen zur zügigen und vollständigen Landesversorgung aus erneuerbaren Energien.

- **Einsparziele festlegen:** Schaffung verbindlicher, jährlicher CO_2-Reduktionsziele mit regelmäßiger Prüfung und Nachschärfung.
- **Energiebedarf berücksichtigen:** Entwicklung einer ganzheitlichen Planung, die den wachsenden Strombedarf durch Elektromobilität, Wärmepumpen, Speichertechnologien berücksichtigt.
- **Wirtschaft einbinden:** Gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung der landesweiten Klimastrategie mit Akteur:innen aus der Industrie schafft Planungssicherheit, Vertrauen und Verbindlichkeit.
- **Finanzierung sichern:** Entwicklung tragfähiger Finanzierungskonzepte in Kooperation mit Kommunen und Industrie sowie Einforderung von Bundesmitteln, z.B. aus dem Fonds „Infrastruktur und Klimaneutralität".
- **Forschung stärken:** Ausbau von Forschung und Entwicklung vor allem in den besonders herausfordernden Sektoren Wärme und Verkehr.
- **Verwaltung modernisieren:** Ausbau von Forschung und Entwicklung vor allem in den besonders herausfordernden Sektoren Wärme und Verkehr.
- **CO_2-Senken prüfen:** Regelmäßige Prüfung sektorspezifischer Emissionsreduktionsziele unter Berücksichtigung der tatsächlichen Speicherfähigkeit rheinland-pfälzischer Wälder und Moore.

Das 2025 erneuerte Landesklimaschutzgesetz ist ein wichtiger Schritt, doch ohne klare Zwischenziele und überprüfbare Fortschritte droht es, hinter seinen Ambitionen zu bleiben. Der steigende Energiebedarf, der Ausbau von Speichertechnologien und der Umbau industrieller Prozesse erfordern ein koordiniertes Vorgehen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Windenergie schneller und effizienter ausbauen

Wir fordern die Anpassung der Abstandsregeln und die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Windparks für den schnellen und effizienten Ausbau der Windenergie.

- **Abstandsregeln flexibilisieren:** Einführung flexibler Einzelfallprüfungen anstelle starrer Kriterien sowie Verkürzung von Mindestabständen, wo dies rechtlich möglich ist.
- **Flächen gezielt prüfen:** Systematische Überprüfung aller ausgewiesenen Flächen für Windkraft auf ihre tatsächliche Eignung. Streichung untauglicher Gebiete und zügige Neuausweisung geeigneter Flächen zur zuverlässigen Erreichung von mindestens 2 % Landesfläche für Windkraft.
- **Genehmigungen beschleunigen:** Anwendung von Delta-Verfahren bei der Erweiterung bestehender Windparks. Prüfung veränderter Randbedingungen statt vollständiger Neugenehmigungen.

Windenergie treibt die Energiewende voran, doch bürokratische Hürden, starre Abstandsregeln und lange Genehmigungsverfahren bremsen den Ausbau. Die Erweiterung bestehender Windparks könnte schnell zusätzliche Kapazitäten schaffen, scheitert aber oft an veralteten Verfahren. Flexiblere Abstandsregeln und realistische Flächenplanung helfen bei der schnellen Bereitstellung tatsächlich geeigneter Ausbauorte.

Natur- und sozialverträglicher Ausbau von Photovoltaik

Wir fordern die konsequente Erschließung der Raumpotenziale für den natur- und sozialverträglichen Ausbau von Photovoltaik – an Straßenrändern, über Parkplätzen und auf geeigneten landwirtschaftlichen Flächen.

- **Flächen koordinieren:** Etablierung des Landes als Koordinator und Vermittler zwischen Projektentwicklern und besitzhabenden Personen von Flächen zur schnellen Nutzbarmachung von Flächen.
- **Verfahren vereinfachen:** Einführung vereinfachter Verfahren wie direkte Bauleitplanung oder Privilegierung im Außenbereich nach §35 BauGB oder der RED-III-Richtlinie.

- **Kriterien erstellen:** Erarbeitung einheitlicher Kriterien für Eignungsflächen, etwa entlang von Autobahnen, Bahnstrecken oder über Parkplätzen, als Orientierungshilfe für Kommunen und Investoren.
- **Gutachten-Pflichten reduzieren:** Reduzierung von Gutachten-Pflichten bei standardisierten Flächen mit geringerem naturschutzfachlichen Konfliktpotenzial durch Nutzung bereits vorhandener Daten.
- **Flächen veröffentlichen:** Vorprüfung geeigneter Flächen und Veröffentlichung dieser als besondere Potenzialflächen in einer zentralen Datenbank wie dem Energieatlas Rheinland-Pfalz.

Der Ausbau von Photovoltaik wird durch zu wenig für den Ausbau freigegebene Flächen, lange Genehmigungsverfahren und mangelnde Transparenz gebremst. Mit einer aktiven Koordination des Landes lassen sich Flächen effizient erschließen und Konflikte frühzeitig lösen. Vereinfachte Verfahren, klare Kriterien und eine zentrale Datenbank schaffen Rechtssicherheit, senken Planungs- und Investitionsrisiken und verkürzen Genehmigungszeiten. Die Fokussierung auf natur- und sozialverträgliche Flächen ermöglicht den zügigen Ausbau ohne Flächenkonflikte.

Agri-PV : Landwirt:innen gezielt beraten und fördern

Wir fordern die Intensivierung von Beratung und Förderung landwirtschaftlicher Betriebe zur doppelten Flächennutzung mit Agri-Photovoltaik (Agri-PV).

- **Forschung ausbauen:** Ausbau der Forschung zu in Rheinland-Pfalz relevanten Anbauformen und -sorten sowie zur optimalen Gestaltung von PV-Anlagen. Gleichzeitig sollen internationale Forschungsergebnisse gebündelt und in Form praxisnaher Blaupausen für die Landwirtschaft verfügbar gemacht werden.
- **Beratung einrichten:** Einrichtung einer zentralen Beratungs- und Projektorganisation, die interessierte Landwirtschaft Betreibende mit Ertragsanalysen unterstützt, erfolgreiche Praxisbeispiele vermittelt und den Kontakt zu erfahrenen Betrieben herstellt.
- **Projekte fördern:** Förderung von Pilot- und Modellprojekten in verschiedenen Regionen zwecks Demonstration der Kombinationsmöglichkeiten mit verschiedenen Anbauarten und Erhöhung der Akzeptanz bei Betrieben.
- **Förderinstrumente bereitstellen:** Bereitstellung passender Förderinstrumente, die die Investitionsrisiken für Betriebe senken und den Einstieg in Agri-PV erleichtern.

Agri-PV ermöglicht die doppelte Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für Nahrungsmittelproduktion und Stromerzeugung bei geringer Beeinträchtigung des Ackerbaus. PV-Anlagen schützen Böden, verbessern die Regenwassernutzung, bieten Starkwetter-Schutz und

Schatten für Weidetiere. Landwirtschaft Betreibende profitieren von zusätzlichem Einkommen und erhöhter Klimafolgen-Resilienz. Rheinland-Pfalz kann durch gezielte Forschung, praxisnahe Beratung und wirtschaftliche Impulse eine Vorreiterrolle einnehmen und so Energiewende, Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung nachhaltig verbinden.

BEST PRACTICES

Freising: In einem aktuellen Forschungsprojekt werden Ertragsbeeinflussung, Mehraufwände sowie Mikroklima und Bodengesundheit auf einer 2,5 ha großen Versuchsanlage untersucht. Darüber hinaus bringt das Projekt Erkenntnisse zu idealen Konstruktionsarten der PV-Anlagen und Einschränkungen der Haltbarkeit im Agrareinsatz[36].

PV-Pflicht für alle Neubauten

Wir fordern die Einführung einer Photovoltaik-Pflicht für private und gewerbliche Neubauten zwecks Nutzung vorhandener, versiegelter Flächen für die Energiewende.

- **Solarpflicht einführen:** Stufenweise Einführung der Solarpflicht, zunächst für Neubauten von Nichtwohngebäuden und große Parkplätze und anschließend für Wohngebäude sowie bei Dachsanierungen.
- **Belegung festlegen:** Festlegung verbindlicher Mindestbelegungs-Quoten zur Maximierung der Flächennutzung für Photovoltaik.
- **Ausnahmen regeln:** Klare Regelung von Ausnahmen. Technische, denkmalpflegerische oder ökonomische Unzumutbarkeit transparent festlegen zur Schaffung von Planungssicherheit.
- **Öffentliche Gebäude ausstatten:** Verpflichtender PV-Ausbau von Landes- und Kommunalbauten mit hohen Belegungsgraden.

Statt der weiteren Versiegelung von Grünflächen für die Energiewende bieten bereits bebaute Flächen ein großes, oft ungenutztes Potenzial für die Energiewende. Ein zeitlich gestufter Plan räumt ausreichend Vorbereitungsteit für den PV-Ausbau ein. Mindestquoten verhindern ungenutztes Potenzial, klare Ausnahmen schaffen Rechtssicherheit. Öffentliche Gebäude dienen als Vorbild und erhöhen Akzeptanz.

Biomasse-Anlagen erhalten & modernisieren

Wir fordern die Erhaltung und den Umbau von Biomasse-Anlagen als verlässliche, von Sonne und Wind unabhängige erneuerbare Energiequellen.

- **Biogas fördern:** Investitionsförderung für flexibilisierte Biogasanlagen im Bestand oder neu, etwa durch Zuschüsse oder zinsgünstige Kredite. Förderung von Anlagen zwecks gezielter Energieeinspeisung bei hoher Nachfrage oder geringer Wind- und Solarleistung.
- **Energiedörfer entwickeln:** Potenzial- und Standortanalysen zur Identifikation geeigneter Regionen durchführen. Kommunalen, genossenschaftlichen oder privaten Betrieb fördern und Potentiale für lokale Kombination aus zentral organisierter Nah-Wärmeversorgung und Stromerzeugung identifizieren.

Ohne gezielte Förderung stehen viele Biomasse-Anlagen vor wirtschaftlichen Herausforderungen, da die bisher gezahlten Einspeisevergütungen in den kommenden Jahren auslaufen. Sie sichern allerdings die CO_2-neutrale Grundlastversorgung mit Strom und Wärme, auch in Zeiten mit wenig Sonne oder Wind. Daher ist der Erhalt von Biomasse-Anlagen als stabiler Baustein für Klimaschutz, Versorgungssicherheit und lokale Wirtschaftskraft wichtig.

BEST PRACTICES

Umbau zur flexiblen Anlage: Einige Biogas-Anlagen wurden durch den Umbau für flexible Energielieferung trotz reduzierter Gesamtenergieproduktion wesentlich profitabler, da Energie zu Zeiten höherer Preise verkauft wird. Darüber hinaus wird die entstehende Wärme zur Beheizung von Nahwärmenetzen, Schwimmbädern oder sonstigen Gebäuden genutzt[37].

Wasserkraft ausbauen

Wir fordern den Ausbau der Wasserkraft als grundlastfähige Energiequelle zur klimaneutralen Stärkung der Energie-Versorgungssicherheit.

- **Wasserkraftpotential kartieren:** Einführung flexibler Einzelfallprüfungen anstelle starrer Kriterien sowie Verkürzung von Mindestabständen, wo dies rechtlich möglich ist.
- **Investitionen fördern:** Systematische Überprüfung aller ausgewiesenen Flächen für Windkraft auf ihre tatsächliche Eignung. Streichung untauglicher Gebiete und zügige Neuausweisung geeigneter Flächen zur zuverlässigen Erreichung von mindestens 2 % Landesfläche für Windkraft.

Wasserkraft liefert jederzeit verlässliche Energie und unterliegt nicht den Schwankungen von Wind und Sonne. Sie stärkt zugleich die Versorgungssicherheit und verringert die Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern, die häufig aus autokratischen Staaten stammen.

Klimaneutrale Landesverwaltung verbindlich umsetzen

Wir fordern die zeitlich verbindliche Umsetzung der klimaneutralen Landesverwaltung als Vorbild für Klimaschutz und nachhaltiges Handeln.

- **Landesverwaltung umsetzen:** Konkretisierung des bestehenden 4+1-Plans auf Jahresbasis für die kommende Legislaturperiode, inklusive klarer Förder- und Finanzierungspläne und detaillierter Umsetzungsbeschreibungen.
- **Maßnahmen überwachen:** Sicherstellung, dass alle geplanten Umbauten und Maßnahmen zwischen 2027 und 2030 effizient umgesetzt werden, mit klaren Verantwortlichkeiten und regelmäßiger Erfolgskontrolle.
- **Vorbildfunktion nutzen:** Implementierung innovativer Klimaschutzmaßnahmen in Gebäuden, Fuhrpark, Beschaffung und IT der Landesverwaltung, die gleichzeitig Nachvollziehbarkeit für Andere schaffen.

Die Landesverwaltung ist auch ein Signalgeber für Klimaschutz und nachhaltige Transformation. Die konsequente Umsetzung des 4+1-Plans zeigt, dass Klimaneutralität realistisch und planbar ist und sorgt für erhöhte Akzeptanz in der Gesellschaft. Gleichzeitig werden innovative Praktiken mit Vorbildcharakter für Kommunen, Wirtschaft und Privatsektor erprobt. So wird die Verwaltung selbst Teil der Energiewende und des gesellschaftlichen Wandels hin zu mehr Nachhaltigkeit.

CO_2-NEUTRALE VERSORGUNGSSICHERHEIT SCHAFFEN

Ausbau der landesweiten Energieverteilnetze

Wir fordern den Ausbau der landesweiten Energieverteilnetze hin zu leistungsstarken und intelligenten Netzen, die Erzeugung, Speicherung und Verbrauch von Energie optimal miteinander verbinden.

- **Öffentliches Interesse nutzen:** Erklärung des Netzausbaus zur Unternehmung des „überragenden öffentlichen Interesses", um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Enge Abstimmung zwischen Netzbetreibern zur effizienten Planung von Ausbauvorhaben.
- **Netzausbau digitalisieren:** Schnellere und transparentere Genehmigungen durch standardisierte und digitalisierte Verfahren. Aufbau einer digitalen Plattform für Abstimmungsprozesse zwischen allen Beteiligten.
- **Smart Meter einführen:** Ausschließlicher Einsatz von intelligenten Stromzählern im Neubau und rasche Nachrüstung um Bestand zwecks flexibler Laststeuerung.
- **Lastmanagement ausbauen:** Einbeziehung von Energiespeichern in Haus und Auto sowie träge Verbraucher wie Wärmepumpen in die netzdienliche Energiesteuerung.
- **Kommunale Speicher fördern:** Gezielte Unterstützung von Stadtwerken, Energiegenossenschaften und Kommunen beim Aufbau von Quartiersspeichern zur Verbesserung der regionalen Eigenversorgung.
- **Industriespeicher unterstützen:** Förderung von Großspeichern in Betrieben zur Eigenversorgung und Netzstabilisierung.
- **Regionale Potenziale nutzen:** Gezielter Ausbau von Batteriespeichern in Regionen mit besonders hoher Netzbelastung zwecks Ergänzung des Netzausbaus und Vermeidung von Leitungs-Engpässen.

Eine zukunftssichere Energieversorgung gelingt nur mit Verteilnetzen, die weit mehr leisten als die reine Verteilung von Strom. Sie müssen zu bidirektionalen, intelligenten Strukturen ausgebaut werden, die dezentrale Erzeugungs- und Speicheranlagen integrieren, Lasten flexibel steuern und so die Versorgungssicherheit in Zeiten stark schwankender Einspeisung gewährleisten.

BEST PRACTICES

United Kingdom: In einem Pilotprojekt wurde die durch Smart Meter unterstützte Kopplung zwischen dem Akku des Elektroautos mit dem Hausenergie-Verbrauch der Besitzer gekoppelt. Zu Tageszeiten mit Überproduktion von erneuerbarer Energie und niedrigen Preisen wurde das Auto geladen, welches seinen Strom abends an den Haushalt abgab[38].

Langzeitspeicher & Wasserstoff-Infrastruktur ausbauen

Wir fordern die Weiterentwicklung von Langzeitspeichern sowie den Ausbau von Infrastruktur zur Wasserstofferzeugung, -speicherung und -transport, um Erzeugungsflauten bei Wind und Sonne zu überbrücken und Industrien CO_2-neutral zu machen, die nicht vollständig elektrifiziert werden können.

- **Landesstrategie Wasserstoff:** Entwicklung einer Landesstrategie, die Erzeugungs- und Einspeiseeinrichtungen, Verteil-Infrastruktur und Abnehmer verzahnt. Dies schafft Planungs- und Investitionssicherheit. Übergangsweise kann zwecks Entwicklung von Markt und Anwendungen auch nicht klimaneutral erzeugter Wasserstoff berücksichtigt werden.
- **Rahmenbedingungen sichern:** Einforderung verlässlicher Vorgaben vom Bund sowie Nutzung des Klima- und Transformationsfonds zur Förderung laufender und neuer Wasserstoff-Pilotprojekte, so dass Investitionen wirtschaftlich tragfähig werden.
- **Beratung bündeln:** Zusammenführung bestehender Bundesförderprogramme und Bereitstellung einer zentralen Beratungsstelle. Damit können Unternehmen einfacher Fördermöglichkeiten nutzen und die Wirtschaftlichkeit von Projekten verlässlich einschätzen.
- **Langzeitspeicher erforschen:** Förderung der Entwicklung und Erprobung innovativer Technologien wie Druckluftspeicher, Schwungradspeicher, Redox-Flow-Batterien oder Gravitationsspeicher. Ziel ist die Schaffung verlustarmer Speichersysteme, die Dunkelflauten überbrücken und Rheinland-Pfalz als Vorreiter im Bereich der Speichertechnologien positionieren.

Die Versorgungssicherheit einer erneuerbaren Energiewirtschaft erfordert Speichersysteme, die nicht nur kurzfristige Schwankungen ausgleichen, sondern auch längere Phasen mit geringer Einspeisung zuverlässig überbrücken. Wasserstoff spielt dabei eine zentrale Rolle: Er kann

europäischer erneuerbarer Energie erzeugt werden, stärkt damit unsere Energieautonomie, mindert geopolitische Abhängigkeiten und verhindert Finanzflüsse in autoritäre Energieregime.

ENERGIEWENDE ZUM GEWINN FÜR ALLE MACHEN

Ausbau des kommunalen Klimapakts

Wir fordern den Ausbau des Kommunalen Klimapakts (KKP) zu einer umsetzungsstarken Kooperationsplattform zwischen Land und Kommunen.

- **Verbindliche Fahrpläne:** Gemeinsame Entwicklung klarer Transformationspfade, die Land und Kommunen Orientierung geben und einen planbaren Pfad zur CO_2-Neutralität aufzeigen.
- **Kommunen beraten:** Ausbau der Beratungsleistungen durch die Energieagentur RLP. Unterstützung bei der Schulung des Fachpersonals der Energieagentur für lokale Energiewende-Projekte.
- **Finanzierung sichern:** Langfristige Zusage des Landes zum KKP und Einrichtung verlässlicher Finanzierungsinstrumente. Dabei sollen Projekte mit den größten Hebeln für Klimaschutz priorisiert werden.
- **Synergien nutzen:** Bündelung von Maßnahmen in kommunal übergreifenden Programmen und gemeinsame Beschaffung zur Erzielung von Skaleneffekten und Kostenreduzierung.
- **Kommunen einbinden:** Dialog mit noch nicht teilnehmenden Kommunen und aktive Unterstützung beim Einstieg, um ein flächendeckendes Mitwirken am Klimapakt sicherzustellen.

Eine erfolgreiche Energiewende erfordert die enge Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Kommunen. Der KKP sollte als verbindliche Plattform dienen, die Planungssicherheit schafft, Kommunen fachlich und finanziell unterstützt und Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg ermöglicht.

CO_2-Preissteuerung sozial abfedern

Wir fordern die Abfederung der Belastung durch die CO_2-Preissteuerung für finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

- **Sozialen Ausgleich schaffen:** Entwicklung einer Landesstrategie, die Erzeugungs- und Einspeiseeinrichtungen, Verteil-Infrastruktur und Abnehmer verzahnt. Dies schafft Planungs- und Investitionssicherheit. Übergangsweise kann zwecks Entwicklung von Markt und Anwendungen auch nicht klimaneutral erzeugter Wasserstoff berücksichtigt werden.
- **Verantwortliche einbeziehen:** Einforderung verlässlicher Vorgaben vom Bund sowie Nutzung des Klima- und Transformationsfonds zur Förderung laufender und neuer Wasserstoff-Pilotprojekte, so dass Investitionen wirtschaftlich tragfähig werden.
- **Mobilität sichern:** Zusammenführung bestehender Bundesförderprogramme und Bereitstellung einer zentralen Beratungsstelle. Damit können Unternehmen einfacher Fördermöglichkeiten nutzen und die Wirtschaftlichkeit von Projekten verlässlich einschätzen.

Die Bepreisung fossiler Energien durch das europäische Emissionshandelssystem verteuert fossile Brennstoffe und fördert den Umstieg auf erneuerbare Energie. Sie belastet aber einkommensschwache Haushalte besonders stark, da diese einen größeren Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden und oft wenig Einfluss auf die Art der genutzten Energie haben. Ein sozial gerechter Ausgleich ist nötig und fördert die Akzeptanz für den Emissionshandel als Treiber der Energiewende.

Lokale Initiativen und Energiegenossenschaften fördern

Wir fordern die Stärkung landesweiter Organisationen zur Unterstützung von Gemeinden, lokalen Initiativen und Energiegenossenschaften durch Förderung, zentrale Beratung sowie Hilfe bei Regulierung, Ausbau und Betrieb von Solarfeldern und Windparks.

- **Bürgerenergie fördern:** Unterstützung von Energiegenossenschaften beim Aufbau von Solar-, Wind- und Speicherprojekten durch digitale Plattformen, zentrale Beratungsangebote und Best-Practice-Vermittlung.

- **Bevölkerung einbinden:** Einbindung engagierter Bürger:innen als Ansprechpersonen und Multiplikator:innen zur Energiewende oder Projektpaten vor Ort.
- **Umsetzung erleichtern:** Entwicklung einheitlicher Richtlinien für Mieterstrom-Projekte sowie Bereitstellung einfacher, kostengünstiger digitaler Plattformen zur Senkung des Verwaltungsaufwands. Etablierung vereinfachter Betriebs- und Investitionsgrundlagen für Vermieter:innen und Eigentümer:innengemeinschaften.
- **Teilnahme fördern:** Umstellung vom bisherigen Zustimmungs- auf ein Widerspruchsmodell, zur Erhöhung der Mieter:innenbeteiligung.

Die Energiewende bietet neben Klimaschutz zahlreiche Vorteile für die Bürger:innen: Niedrigere Strompreise, Versorgungssicherheit, Stärkung lokaler Infrastruktur und Arbeitsplätze. Diese Vorteile sind aber nicht allen bewusst und es herrschen oft der Energiewende abträgliche Zweifel, die es auszuräumen gilt.

BEST PRACTICES

Rostock: 56 Mieter:innen dreier Wohnhäuser im Brecht-Park beziehen Mieterstrom der dortigen Stadtwerke von auf den Dächern der Wohnhäuser montierten Photovoltaik-Anlagen. An sonnigen Tagen gehen die Überschüsse ins Netz, an dunklen Tagen oder nachts wird der Mieterstrom mit Ökostrom der Stadtwerke ergänzt[39].

Enge Zusammenarbeit mit der Industrie

Wir fordern eine enge Zusammenarbeit mit der Industrie zur Schaffung von Win-win-Situationen auf ihrem Weg zur CO_2-Neutralität.

- **Dialogformate schaffen:** Einrichtung eines Landesenergie- und Klimarats mit Vertretungen aus Industrie, Kommunen, Forschung, Energieversorgungsunternehmen, Landwirtschaft und Bürgerenergie-Initiativen. Aufbau branchenspezifischer Arbeitsgruppen, Erweiterung des kommunalen Klimapakts um regionale Energiewende-Foren.
- **Ziele abstimmen:** Gemeinsame Festlegung von Energiewende-Zielen, bei der die Industrie Bedarfsprognosen liefert, auf deren Grundlage das Land Ausbaupfade für erneuerbare Energien und Speicherinfrastruktur abstimmt.

- **Kooperative Projekte umsetzen:** Vernetzung industrieller Erzeuger:innen und Abnehmender zur Nutzung von Power Purchase Agreements (PPAs), industriellen Abwärmenetzen und H_2-Industrie-Clustern.
- **Konflikte moderieren:** Einrichtung einer Mediationsstelle zur Lösung von Flächenkonflikten zwischen Industrie, Landwirtschaft und der Bevölkerung sowie Entwicklung standardisierter Bewertungsverfahren für Landschafts- und Artenschutzbelange.
- **Innovative Technologien prüfen:** Evaluierung des Einsatzes von Carbon Capture & Storage (CCS) zur Kompensation von ansonsten unvermeidbaren CO_2-Emissionen in Industrieprozessen der Zementherstellung.

Die Energiewende stellt Industrieunternehmen vor langfristige Veränderungen unter Beibehaltungen ihrer Produktions- und Wettbewerbsfähigkeit. Ein enger Dialog zwischen Land und Unternehmen ermöglicht Lösungen, die Unternehmen hinsichtlich Versorgungssicherheit und Energiekosten helfen und das Land der CO_2-Neutralität näher bringen.

WÄRMEWENDE

Landesweite Wärmewende-Strategie mit verbindlichen Vorgaben

Wir fordern die konsequente Umsetzung einer landesweiten Wärmewende-Strategie mit verbindlichen Vorgaben, klaren Förderstrukturen und sozial gerechter Ausgestaltung, um Rheinland-Pfalz bis spätestens 2040 klimaneutral mit Wärme zu versorgen.

- **Kommunale Wärmeplanung verpflichtend umsetzen:** Wärmepläne für alle Kommunen ab 10.000 Einwohner:innen bis spätestens 2028 standardisieren, digital veröffentlichen und regelmäßig fortschreiben. Kommunen sollen durch Leitfäden, Datentools und Fördermittel unterstützt werden.
- **Schlüsseltechnologien fördern:** Wärmenetze, Wärmepumpen, Geothermie, Solarthermie und Abwärmenutzung in Landesprogrammen priorisieren. Dabei sollen kommunale und genossenschaftliche Projekte bevorzugt gefördert werden
- **Sanierungsrate erhöhen:** Verdopplung der energetischen Gebäudesanierung auf mindestens 2 % jährlich. Das Land soll Beratungsstellen stärken, Förderanträge vereinfachen und Pilotprojekte mit serieller Sanierung unterstützen.

- **Bürokratie reduzieren:** Einrichtung eines zentralen digitalen Förder- und Genehmigungsportals für alle Wärmewende-Projekte. Genehmigungsverfahren für Geothermie, Wärmenetze und Großwärmepumpen sollen landesweit vereinheitlicht werden.
- **Fachkräfte sichern:** Landesweite Ausbildungsoffensive im Handwerk, in Energieberatung und technischer Planung. Kooperationen mit Berufsschulen und Kammern, um Wärmewende-Kompetenzen systematisch in Ausbildungspläne zu integrieren.
- **Bürgerenergie stärken:** Ausbau und Förderung lokaler Energiegenossenschaften, die Nahwärmenetze, Quartierslösungen und Wärmepumpen-Projekte tragen. Landesfonds für Bürgerenergie schaffen, um Investitionen zu erleichtern.
- **Soziale Abfederung verankern:** Einführung eines landeseigenen Härtefallfonds für Haushalte mit niedrigen Einkommen. Förderung und Beratung gezielt auf einkommensschwache Eigentümer:innen und Mieter:innen ausrichten.
- **Innovation intensivieren:** Ausbau der Forschung und Pilotprojekte zu Solarthermie, tiefer Geothermie, kalter Nahwärme und Abwärmenutzung. Kooperation mit Hochschulen und regionaler Industrie.

Die Wärmewende ist der zentrale Baustein der Energiewende: Mehr als die Hälfte des Endenergieverbrauchs entfällt auf Wärme, bislang stammen 80 % in Rheinland-Pfalz aus fossilen Quellen. Ohne konsequenten Umbau bleiben Klimaneutralität und Versorgungssicherheit unerreichbar. Gleichzeitig bietet die Wärmewende große Chancen: Sie senkt langfristig Kosten, schafft Arbeitsplätze, stärkt Bürger:innenbeteiligung und macht Rheinland-Pfalz unabhängiger von fossilen Importen. Mit klaren Vorgaben, sozial gerechter Förderung und innovativen Lösungen kann Rheinland-Pfalz zum Vorreiter einer nachhaltigen Wärmeversorgung werden.

Wärme Strategie für mittelgroße Kommunen

Wir fordern die konsequente Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und die Einführung eines einheitlichen digitalen Standards für alle Kommunen ab 10.000 Einwohner:innen.

- **Standards definieren:** Entwicklung eines landesweit einheitlichen Rahmens für Wärmepläne – mit klaren Leitlinien zu Datenerhebung, Szenarien, Bürgerbeteiligung und Fortschreibung. So wird Transparenz und Vergleichbarkeit sichergestellt.
- **Digitale Plattform bereitstellen:** Aufbau einer zentralen Online-Plattform, über die Kommunen Wärmepläne erfassen, Datensätze bündeln und Genehmigungsverfahren digital abwickeln können. Einheitliche Datenformate sollen den Austausch zwischen Land, Energieagentur und Kommunen erleichtern.

- **Beratung stärken:** Einrichtung regionaler Kompetenzzentren bei der Energieagentur RLP, die Kommunen fachlich begleiten, Schulungen anbieten und praxisnahe Musterlösungen für verschiedene Gemeindegrößen bereitstellen.
- **Förderung sichern:** Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel, insbesondere für kleinere und finanzschwache Kommunen, um externe Expertise einzukaufen und Wärmepläne fristgerecht zu erstellen. Förderprogramme sollen langfristig planbar sein.
- **Kooperation fördern:** Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit, damit Gemeinden gemeinsam Wärme- und Infrastrukturstrategien entwickeln können. Gemeinsame Datennutzung und regionale Wärmekonzepte sollen Effizienz und Synergien steigern.

Die kommunale Wärmeplanung ist der Schlüssel für eine effiziente Wärmewende. Erst wenn Kommunen systematisch analysieren, wo Wärmenetze sinnvoll sind und wo dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen eingesetzt werden sollen, können Ressourcen gezielt eingesetzt werden. Einheitliche Standards und digitale Werkzeuge verhindern Doppelarbeit, erhöhen die Transparenz und erleichtern Bürgerbeteiligung. Mit klaren Vorgaben und Unterstützung wird Rheinland-Pfalz Vorreiter bei der Umsetzung der Wärmeplanung und legt die Grundlage für eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2040.

BEST PRACTICES

Saulheim: Die Verbandsgemeinde Saulheim gehört zu den Modellkommunen in Rheinland-Pfalz, die frühzeitig Nahwärmenetze geplant und umgesetzt haben. Das Projekt basiert auf erneuerbaren Quellen und wird von Bürger:innen mitgetragen.[40]

Wärmenetze & Abwärme fördern

Wir fordern die gezielte Förderung von Wärmenetzen, industrieller Abwärmenutzung, Geothermie und Wärmepumpen als Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale Wärmeversorgung.

- **Förderprogramme ausbauen:** Einführung zusätzlicher Landeszuschüsse für den Aufbau und die Erweiterung von Wärmenetzen – insbesondere für kalte Nahwärme, tiefe Geothermie und solare Einspeisung. Förderprogramme sollen auf kommunale und genossenschaftliche Trägerschaften zugeschnitten sein.

- **Abwärmenutzung sichern:** Verpflichtende Integration industrieller und gewerblicher Abwärmequellen in kommunale Wärmepläne. Das Land soll kartierte Potenziale offenlegen und Kooperationen zwischen Industrie, Stadtwerken und Kommunen fördern.
- **Pilotprojekte fördern:** Finanzierung von Demonstrationsanlagen in Kommunen und Wohnquartieren, um innovative Lösungen wie kalte Nahwärme, Großwärmepumpen oder kombinierte Geothermie-Solarthermie-Systeme sichtbar und übertragbar zu machen.
- **Anschlussdichte erhöhen:** Kopplung von Fördermitteln an Gebäudeeigentümer:innen, die an neue oder bestehende Wärmenetze anschließen. Kommunen sollen Informationskampagnen starten, um Anschlussquoten zu steigern und Netzwirtschaftlichkeit zu sichern.
- **Planung vereinfachen:** Einrichtung einer zentralen Fachstelle beim Land, die standardisierte technische Leitfäden und Tools bereitstellt, um Projekte schneller genehmigen und umsetzen zu können.

Wärmepumpen und Wärmenetze sind das Rückgrat einer klimaneutralen Wärmeversorgung. Sie erschließen Umwelt- und Abwärme effizient und senken den Verbrauch fossiler Energien dauerhaft. Während Wärmepumpen dezentrale Lösungen für Wohnquartiere ermöglichen, bieten Wärmenetze in Städten eine planbare und kosteneffiziente Versorgung.

Rheinland-Pfalz verfügt über große Potenziale bei Geothermie, Abwärme und kalter Nahwärme, die bislang kaum genutzt werden. Mit gezielter Landesförderung, technischen Standards und der Koordination durch die Energieagentur RLP kann das Land hier bundesweit Vorreiter werden.

BEST PRACTICES

Mannheim: Am Rhein in Mannheim entsteht eine der größten Flusswasser-Wärmepumpen Europas. Sie nutzt die ganzjährig vorhandene Wärmeenergie des Flusswassers, um Fernwärme für zehntausende Haushalte bereitzustellen. Die Anlage wird von der MVV Energie AG betrieben und soll jährlich rund 10.000 Tonnen CO_2 einsparen. Das Projekt zeigt, wie Abwärmequellen aus der Natur in großem Maßstab erschlossen werden können, um Städte klimaneutral mit Wärme zu versorgen.[41]

Sanierungsrate verdoppeln

Wir fordern die Verdopplung der Sanierungsrate von unter 1 % auf mindestens 2 % jährlich durch niedrigschwellige Beratungsangebote und vereinfachte Förder Zugänge.

- **Beratung ausbauen:** Flächendeckendes Netz kostenloser Erstberatungen für private Haushalte und Eigentümergemeinschaften. Die Energieagentur RLP soll stärker vor Ort präsent sein und digitale Beratungsangebote bereitstellen.
- **Förderung bündeln:** Harmonisierung von Bundes- und Landesförderprogrammen über ein gemeinsames digitales Portal. Einheitliche Förderbedingungen und klare Ansprechpartner erleichtern den Zugang.
- **Modellprojekte initiieren:** Umsetzung von Vorzeige-Sanierungen in Schulen, Rathäusern und kommunalen Wohnquartieren, um innovative Technologien und serielle Sanierungen sichtbar zu machen.
- **Handwerk einbinden:** Kooperation mit Bauwirtschaft und Kammern, um Weiterbildung und Ausbildungskapazitäten gezielt für energetische Sanierungen auszubauen.
- **Monitoring einführen:** Jährliche Veröffentlichung einer Sanierungsbilanz für Rheinland-Pfalz mit Kennzahlen zu Sanierungsquote, Energieeinsparung und Fördermitteln.

Der Gebäudesektor ist einer der größten Verursacher von Treibhausgasen. Ohne eine Verdopplung der Sanierungsrate bleiben die Klimaziele unerreichbar. Energetische Sanierung senkt Heizkosten, steigert Wohnkomfort und stärkt die Unabhängigkeit von fossilen Importen. Sie erhöht die Resilienz gegenüber globalen Energiepreisschocks und schützt so Kommunen und Bürger*innen vor geopolitisch bedingten Krisen. Rheinland-Pfalz kann hier Vorbild werden, wenn Beratung, Förderung und Umsetzung effizient ineinandergreifen

BEST PRACTICES

„Just Transition"-Initiative (Österreich): Mit der Initiative „Fit for Energy Transition" unterstützt Österreich gezielt die Weiterbildung von Installateur:innen, Energieberater:innen und Planer:innen im Bereich erneuerbarer Heiztechnologien. Im Mittelpunkt steht die Schulung zu Planung, Einbau und effizientem Betrieb von Wärmepumpen, die in den kommenden Jahren fossile Heizsysteme ersetzen sollen. Durch praxisnahe Trainings, enge Kooperationen mit Handwerksbetrieben und staatliche Förderungen wird sichergestellt, dass genügend Fachkräfte für den beschleunigten Wärmepumpenausbau zur Verfügung stehen. Das Programm gilt als Blaupause für eine Fachkräfteoffensive in der Wärmewende[42].

Energiegenossenschaften fördern

Wir fordern die Stärkung von Energiegenossenschaften und die gezielte Förderung von Bürgerenergie Projekten, um Kapital, Akzeptanz und Teilhabe zu mobilisieren.

- **Fördertopf einrichten:** Einrichtung eines landeseigenen Förderprogramms mit Zuschüssen für die Gründung, Planung und den Aufbau neuer Energiegenossenschaften sowie für Beteiligungsmodelle bestehender Projekte.
- **Finanzierung erleichtern:** Bereitstellung zinsgünstiger Landesdarlehen und Bürgschaften für Bürgerenergiegesellschaften, um Eigenkapitalhürden zu senken und Investitionen zu erleichtern.
- **Beteiligung fördern:** Einführung steuerlicher Anreize für alle Mitmenschen, die sich an Energiegenossenschaften oder kommunalen Energieprojekten beteiligen, insbesondere bei kleineren Beträgen
- **Best-Practice teilen:** Aufbau eines landesweiten Netzwerks für Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen Energieinitiativen, Kommunen und regionalen Unternehmen.
- **Kommunale Partnerschaften:** Vorrang für Bürgerenergie bei kommunalen Ausschreibungen und Beteiligung an Wärmenetzen oder PV-Projekten auf öffentlicher Infrastruktur.

Bürgerenergie schafft Akzeptanz, mobilisiert privates Kapital und fördert die Teilhabe an der Energiewende. Fast die Hälfte der erneuerbaren Anlagen in Deutschland befindet sich bereits in Bürgerhand. Rheinland-Pfalz kann diese Stärke nutzen, um die Wärmewende als gemeinschaftliches Projekt von unten zu gestalten – wirtschaftlich, demokratisch und regional verankert.

BEST PRACTICES

BürgerEnergie Berlin (BE): Die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin eG zählt über 5.000 Mitglieder und ist eines der größten Bürgerenergieprojekte Deutschlands. Sie investiert in erneuerbare Strom- und Wärmeerzeugung, betreibt eigene Solaranlagen auf Berliner Dächern und beteiligt sich an Projekten zur klimaneutralen Wärmeversorgung. Ziel ist es, Bürger:innen aktiv an der Energiewende teilhaben zu lassen – finanziell wie demokratisch. Jedes Mitglied hat unabhängig von der Einlage eine Stimme, wodurch Transparenz und Mitbestimmung gesichert sind. Das Projekt zeigt, wie Bürgerenergie Akzeptanz für die Wärmewende schafft und privates Kapital für Investitionen mobilisiert[43].

Heizungsumstieg bezahlbar machen

Wir fordern die Ausgestaltung von Förderprogrammen so, dass auch einkommensschwache Haushalte den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme leisten können.

- **Härtefallfonds einrichten:** Einrichtung eines landeseigenen Härtefallfonds zur Unterstützung von Haushalten, die trotz Förderung die Umstellungskosten nicht tragen können.
- **Zuschüsse erhöhen:** Anhebung der Förderquoten für Menschen mit geringem Einkommen und sozialen Einrichtungen. Kombination mit zinsgünstigen Krediten und Tilgungszuschüssen, um finanzielle Hürden abzusenken.
- **Energieberatung sozial verankern:** Ausbau der Kooperation mit Verbraucherzentralen und Sozialverbänden, um gezielte Informations- und Beratungsangebote für einkommensschwache Haushalte bereitzustellen.
- **Mieterschutz ausbauen:** Sicherstellen, dass energetische Sanierungen und Heizungsmodernisierungen nicht zu überhöhten Mieten führen. Das Land soll Modellregelungen für faire Umlagen und Fördern Anreize für Vermietende schaffen.
- **Transparente Kommunikation:** Frühzeitige, klare Information über Fristen, Fördermöglichkeiten und gesetzliche Pflichten, insbesondere für vulnerable Gruppen und ältere Personen mit Grundeigentum.

Bürgerenergie schafft Akzeptanz, mobilisiert privates Kapital und fördert die Teilhabe an der Energiewende. Fast die Hälfte der erneuerbaren Anlagen in Deutschland befindet sich bereits in Bürgerhand. Rheinland-Pfalz kann diese Stärke nutzen, um die Wärmewende als gemeinschaftliches Projekt von unten zu gestalten – wirtschaftlich, demokratisch und regional verankert.

BEST PRACTICES

„MaPrimeRénov" (Frankreich): Frankreich hat 2020 das Förderprogramm MaPrimeRénov eingeführt, das seither landesweit energetische Sanierungen unterstützt. Besonders einkommensschwache Haushalte profitieren, da sie Zuschüsse von bis zu 90 % der Investitionen für Dämmmaßnahmen, Heizungstausch oder den Einbau von Wärmepumpen erhalten. Das Programm ist bewusst unbürokratisch angelegt: Anträge können vollständig online gestellt werden, und die Förderung wird direkt an die Haushalte ausgezahlt[44].

GEOTHERMIE

Geothermie als grundlastfähige und klimaneutrale Wärmequelle

Wir fordern den massiven Ausbau der oberflächennahen und tiefen Geothermie in Rheinland-Pfalz durch klare gesetzliche Vorgaben, Investitionssicherheit und Akzeptanz Maßnahmen, um eine grundlastfähige und klimaneutrale Wärmequelle zu erschließen.

- **Oberflächennahe Geothermie verbreiten:** Förderung von Erdwärmepumpen und Sondenfeldern in Neubauten und Quartierslösungen. Kombination mit Photovoltaik und bestehenden Wärmepumpen Förderprogrammen, um Synergien zu nutzen und Eigenversorgung zu stärken.
- **Tiefe Geothermie für Wärmenetze:** Erschließung tiefer Geothermie in Mittelzentren wie Trier, Koblenz und Kaiserslautern. Landesförderung für Machbarkeitsstudien, Explorationsbohrungen und die Einrichtung eines Landes-Risikofonds, der Investoren absichert.
- **Genehmigungen beschleunigen:** Einführung eines „One-Stop-Shop"-Verfahrens für Geothermieprojekte mit maximaler Verfahrensdauer von ein bis zwei Jahren. Aufbau spezialisierter Teams in den Genehmigungsbehörden mit geothermischen Fachwissen.
- **Geologische Daten bereitstellen:** Regelmäßiges landesweites Screening zur Ermittlung geeigneter Standorte. Die Ergebnisse sollen offen zugänglich sein und in kommunale Wärmeplanungen einfließen.
- **Wärmeplanung verknüpfen:** Verpflichtende Prüfung der Geothermiepotenziale in allen kommunalen Wärmeplänen, unterstützt durch technische Leitfäden und Schulungen der Energieagentur RLP.
- **Akzeptanz erhöhen:** Umfassende Bürgerbeteiligung, transparente Kommunikation seismischer Risiken, Monitoring und Veröffentlichung von Ergebnissen. Erfolgsbeispiele wie Insheim oder Bruchsal aktiv kommunizieren.
- **Energie von der Bevölkerung einbinden:** Förderung von Energiegenossenschaften und kommunalen Beteiligungsmodellen, damit die Bevölkerung von regionalen Geothermieprojekten direkt profitieren.

Geothermie ist eine der wenigen erneuerbaren Energien, die unabhängig von Wetter und Tageszeit eine kontinuierliche, grundlastfähige Wärmeversorgung bietet. Oberflächennahe Geothermie eignet sich besonders für Neubauten, tiefe Geothermie kann ganze Stadtteile mit stabilen Wärmepreisen versorgen. Rheinland-Pfalz liegt in einer geologisch günstigen Region, doch bislang hemmen

lange Genehmigungsverfahren und fehlende Investitionssicherheit den Ausbau. Mit klaren Vorgaben, einem Landes-Risikofonds und transparenter Bürgerbeteiligung kann Geothermie zu einer tragenden Säule der Wärmewende werden.

Ausbau oberflächennaher Geothermie durch Erdwärmepumpen und Sondenfelder

Wir fordern den massiven Ausbau oberflächennaher Geothermie durch Erdwärmepumpen und Sondenfelder, insbesondere in Neubau- und Quartierslösungen.

- **Verpflichtende Prüfung:** Einführung einer verbindlichen Pflicht zur Prüfung oberflächennaher Geothermie bei größeren Neubau- und Quartiersprojekten. Ergebnisse sollen in die kommunale Wärmeplanung und Baugenehmigung einfließen.
- **Förderprogramme koppeln:** Kombination von Förderungen für Geothermie, Wärmepumpen und Photovoltaik, um integrierte Energiekonzepte wirtschaftlicher zu machen und Synergien zu fördern.
- **Kommunale Beratung und Musterprojekte fördern:** Ausbau der Beratungsangebote der Energieagentur RLP und Förderung von Demonstrationsprojekten in Kommunen, die als Blaupause für künftige Bauvorhaben dienen.

Bereits 15–20 % der Neubauten nutzen heute oberflächennahe Geothermie. Sie ist effizient, platzsparend und in der Bevölkerung breit akzeptiert, da sie nahezu unsichtbar arbeitet. Als stabile, lokal verfügbare Wärmequelle kann sie die Wärmewende entscheidend beschleunigen – besonders in Kombination mit Wärmepumpen und Photovoltaik.

Systematischer Ausbau von Geothermie in Stadtzentren

Wir fordern den systematischen Ausbau tiefer Geothermie in Mittelzentren wie Trier, Koblenz und Kaiserslautern, um ganze Stadtteile über Fernwärmenetze mit erneuerbarer Wärme zu versorgen.

- **Machbarkeitsstudien und Explorationsbohrungen fördern:** Bereitstellung gezielter Landesmittel für Standortanalysen, seismische Untersuchungen und erste Bohrungen in geologisch

geeigneten Regionen. Ergebnisse sollen transparent veröffentlicht und in Wärmeplanungen integriert werden.

- **Landes-Risikofonds einführen:** Einrichtung eines Fonds, der Explorations- und Bohrungsrisiken absichert, um Investitionen privater und kommunaler Akteure zu erleichtern. So wird Vertrauen in die Wirtschaftlichkeit tiefer Geothermie geschaffen.
- **Verpflichtende Prüfung in Wärmeplänen:** Tiefe Geothermie Potenziale müssen verbindlich in der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt werden – mit klaren Kriterien für Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und technisches Risiko.

Tiefe Geothermie liefert enorme Energiemengen pro Standort, sichert stabile Wärmepreise und macht Kommunen unabhängiger von fossilen Energieimporten. Durch gezielte Förderung, Risikoteilung und klare Planungsprozesse kann Rheinland-Pfalz das vorhandene geologische Potenzial nutzen und eine stabile, klimaneutrale Fernwärmebasis schaffen.

Landesweite One-Stop-Lösung für Geothermie-Genehmigungen

Wir fordern die Einführung eines landesweiten „One-Stop-Shop"-Verfahrens, das Berg- und Wasserrecht für Geothermieprojekte effizient bündelt und Genehmigungen innerhalb von maximal 1–2 Jahren sicherstellt.

- **Zentrale Anlaufstelle schaffen:** Aufbau einer landesweiten Geothermie-Koordinationsstelle, die Anträge bündelt, Genehmigungsprozesse begleitet und Behörden berät. Diese Stelle soll Schnittstelle zwischen Land, Kommunen und Projektträgern sein.
- **Digitale Antragsplattform einführen:** Entwicklung eines einheitlichen Online-Portals, das berg- und wasserrechtliche Verfahren integriert, standardisierte Formulare bereitstellt und den Verfahrensfortschritt transparent abbildet.
- **Fachwissen in Behörden stärken:** Schulung und Spezialisierung von Verwaltungsmitarbeitenden in relevanten Fachbehörden, um Verfahren fachgerecht, rechtssicher und zügig bearbeiten zu können.

Lange und komplexe Genehmigungsverfahren bremsen derzeit viele Geothermieprojekte in Rheinland-Pfalz. Ein zentrales, digitalisiertes Verfahren mit klaren Fristen schafft Transparenz, beschleunigt Investitionen und reduziert bürokratische Hürden. So kann das Land geologische Potenziale schneller nutzbar machen und seine Rolle als Geothermie-Vorreiter stärken.

BEST PRACTICES

Dänemark: Das Portal „Byg & Miljø“ ist ein Zentrales Genehmigungsportal für Bau- und Energieprojekte, mit massiver Verkürzung der Bearbeitungszeiten[45].

Geologisches Screening und öffentliche Datenplattform

Wir fordern ein regelmäßiges, landesweites geologisches Screening und die Veröffentlichung aller relevanten Daten in einer offenen Online-Datenbank.

- **Geologische Karten regelmäßig aktualisieren:** Durchführung landesweiter Screenings in mehrjährigen Intervallen, um Daten zu geothermischen Potenzialen, Gesteinsformationen und Grundwasserleitern aktuell zu halten.
- **Offene Datenplattform schaffen:** Veröffentlichung von Bohr-, Test- und Temperaturdaten in einer frei zugänglichen Online-Datenbank. Standardisierte Datensätze sollen Vergleichbarkeit und Nachnutzung ermöglichen.
- **Kooperation mit Forschung und Hochschulen:** Enge Zusammenarbeit mit geologischen Instituten, Universitäten und der Energieagentur RLP, um Datenauswertung, Modellierung und Wissenstransfer zu fördern.

Frühe Transparenz über geologische Potenziale reduziert Risiken, erleichtert Investitionen und schafft Vertrauen. Offene Daten stärken kommunale Planung, ermöglichen Forschung und fördern Innovation – ein zentraler Schritt zu einer modernen, datenbasierten Energiepolitik in Rheinland-Pfalz.

BEST PRACTICES

Bayern: Das Bayerische Landesamt für Umwelt[46] betreibt seit 2012 einen digitalen Geothermie-Atlas mit offenen Bohrdaten und Potenzialkarten. Kommunen und Unternehmen können frühzeitig geeignete Standorte identifizieren und Planungen beschleunigen. Der Atlas ist Vorbild für transparente Datenbereitstellung in der Wärmewende.

Transparente Kommunikation über seismische Risiken

Wir fordern eine transparente Kommunikation über seismische Risiken sowie die verbindliche Einbindung von Bürger:innen bei allen Geothermieprojekten.

- **Öffentliches seismisches Monitoring bereitstellen:** Veröffentlichung sämtlicher seismischer Messdaten in Echtzeit auf einer landesweiten Online-Plattform. Begleitende Erläuterungen sollen Risiken einordnen und Vertrauen schaffen.
- **Frühzeitige Infoveranstaltungen und Bürgerforen:** Regelmäßige Informations- und Dialogformate in betroffenen Regionen – bereits vor Projektbeginn. Kommunen und Betreiber sollen gemeinsam Fragen beantworten und Beteiligungsmöglichkeiten vorstellen.
- **Beteiligungsmodelle ausbauen:** Förderung von Energiegenossenschaften und Bürgerfonds, über die Bewohnenden sich finanziell an Geothermieprojekten beteiligen können.

Sorgen vor induzierten Erdbeben oder Umweltrisiken hemmen viele Geothermieprojekte. Transparenz, Monitoring und aktive Beteiligung schaffen Vertrauen, stärken Akzeptanz und ermöglichen eine verlässliche, gesellschaftlich getragene Nutzung der Geothermie in Rheinland-Pfalz.

VERKEHR

Landesweites harmonisiertes Verkehrssystem

Wir fordern ein landesweit harmonisiertes Verkehrssystem mit einheitlichem Tarif-, Buchungs- und Informationsmodell für Rheinland-Pfalz.

- **Einheitstarif einführen:** Einführung eines landesweit einheitlichen Basistarifs („RLP-Tarif“) über alle Verkehrsverbünde hinweg. Dieser Tarif soll Fahrten über Kreisgrenzen hinweg ohne zusätzliche Tickets ermöglichen und Bahn, Bus, On-Demand-Verkehre sowie Sharing-Angebote integrieren. Grundlage ist eine transparente, digitale Preisstruktur nach Entfernung oder Zeit.

- **Gemeinsame Mobilitätsplattform schaffen:** Aufbau einer landesweiten digitalen Plattform mit Buchungs- und Bezahlfunktion für alle Verkehrsträger. Sie soll als zentrale App (analog zu „Wien-Mobil“) dienen, über die Nutzer ÖPNV, Carsharing, Leihräder und andere Dienste einfach kombinieren und abrechnen können.

- **Fahrpläne und Daten harmonisieren:** Abstimmung von Fahrplänen zwischen Bahn, Bus und Rufbussystemen nach dem Vorbild des „Deutschlandtakts“. Verpflichtende Bereitstellung und Vernetzung von Echtzeitdaten für Anschlüsse, Störungen und Auslastungen über eine landesweite Datendrehscheibe.

- **Standards vereinheitlichen:** Einführung landesweiter Mindeststandards für Barrierefreiheit, Fahrradmitnahme, Sauberkeit, Kundeninformation und Pünktlichkeit. Fördermittel und Konzessionen sollen künftig an die Einhaltung dieser Qualitätsstandards geknüpft werden.

- **Soziale und ökologische Tarife ausbauen:** Landesweit gültige Sozial-, Jugend- und Klimatickets schaffen, die über alle Verbünde hinweg gelten. Das Land unterstützt die Einführung durch klare Förderkulissen und digitale Zugänge.

- **Gemeinsame Beschaffung organisieren:** Koordination der Fahrzeugbeschaffung (E-Busse, Wasserstoffzüge) und Ladeinfrastruktur auf Landesebene, um Kostenvorteile durch Großbestellungen zu erzielen. Eine zentrale Vergabeplattform für Kommunen reduziert Bürokratie und steigert die Effizienz.

Der öffentliche Personennahverkehr in Rheinland-Pfalz ist heute stark zersplittert. Unterschiedliche Verkehrsverbünde, Ticketmodelle und Fahrpläne erschweren den Zugang und senken die Attraktivität des ÖPNV. Ein modernes, klimafreundliches Mobilitätssystem muss dagegen einfach, verlässlich und überall zugänglich sein. Durch einheitliche Tarife, digitale Plattformen, abgestimmte Takte und gemeinsame Standards entsteht ein nahtloses Verkehrserlebnis für alle Bürger:innen. So wird nachhaltige Mobilität nicht nur klimafreundlich, sondern auch komfortabel, bezahlbar und zukunftsfähig.

Einheitlicher Verkehrstarif & Mobility-as-a-Service in Finland – Whim & Tuup / Act on Transport Services - Durch gesetzliche Vorgaben müssen alle Mobilitätsanbieter Daten offenlegen; Nutzer bekommen mit Whim und Tuup Zugriff auf viele Verkehrsmittel über eine App, kombiniert mit Abonnements oder Pay-as-you-go.

Vernetzte, gemeinschaftliche Mobilitätslösungen

Wir fordern die Digitalisierung und Flexibilisierung des ländlichen Verkehrs durch intelligente, gemeinschaftliche und vernetzte Mobilitätslösungen.

- **Mobilität digital vernetzen:** Entwicklung einer landesweiten App zur Vernetzung von Pendlern, Fahrgemeinschaften und spontanen Mitfahrgelegenheiten. Die Plattform bündelt Fahrtan-

gebote in Echtzeit, ist mit bestehenden ÖPNV-Apps kompatibel und bietet Anreize für regelmäßige Nutzung – etwa durch Bonusprogramme oder Integration mit Jobtickets.

- **Gemeinsame Nutzung fördern:** Förderung kommunaler oder genossenschaftlicher Car-, Bike- und E-Scooter-Sharing-Modelle. Ein einheitliches Buchungssystem und die Integration in eine landesweite Mobilitätsplattform erhöhen die Nutzung. So kann der motorisierte Individualverkehr reduziert und die Anbindung kleiner Gemeinden verbessert werden.

- **Innovation vor Ort testen:** Einrichtung regionaler „Mobilitätslabore", die Kommunen, Start-ups, Forschung und Verkehrsunternehmen vernetzen. Hier sollen neue Mobilitätsformen – etwa autonome Shuttles oder Sharing-Hubs – praxisnah getestet und erfolgreiche Modelle für eine landesweite Umsetzung vorbereitet werden.

Im ländlichen Raum ist Mobilität oft ein Standortnachteil: zu seltene Verbindungen, lange Wege und hohe Kosten schränken Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung ein. Durch digitale, autonome und gemeinschaftliche Mobilitätskonzepte kann Rheinland-Pfalz diese Lücke schließen und gleichzeitig Emissionen senken. Wenn Mitfahrgelegenheiten, Rufbusse und Sharing-Angebote miteinander verknüpft werden, entstehen neue Verbindungen, die flexibel, klimafreundlich und kostengünstig sind. Das Land kann diese Entwicklung durch Förderung, Standardisierung und gezielte Pilotprojekte aktiv gestalten.

BEST PRACTICES

Tampere, Finnland[47]: Autonome Shuttles verbinden Wohngebiete im finnischen Tampere mit ÖPNV-Haltestellen. Das Pilotprojekt zeigte Akzeptanz; es konnten bereits wichtige Erfahrungen zu Integration und Betriebszeiten gesammelt werden.

AUSBLICK

Wenn wir all diese Maßnahmen umsetzen, schaffen wir ein Land, das in vielerlei Hinsicht lebenswerter, sicherer und zukunftsfester ist. Energie wird für alle bezahlbar und berechenbar, weil wir Strom dort erzeugen, wo er gebraucht wird – auf unseren Dächern, in unseren Gemeinden, in Bürgerhand. Mieter:innen profitieren von sinkenden Nebenkosten und einer modernen, klimafreundlichen Infrastruktur. Mobilität wird einfacher, sauberer und günstiger: Mit einem starken öffentlichen Nahverkehr, neuen Sharing-Angeboten und Ladepunkten für E-Mobilität, die überall verfügbar sind. Gleichzeitig sichern wir Arbeitsplätze und schaffen neue – in Handwerk, Forschung und Industrie.

KAPITEL 6

UNSERE STÄDTE UND DÖRFER

Lebenswert, Bezahlbar, Klimafest

Wohnen ist die Grundlage für ein gutes Leben – egal ob in unseren Städten oder im ländlichen Raum. Rheinland-Pfalz ist geprägt von seiner Vielfalt: lebendige Städte, traditionsreiche Weinregionen, kleine Gemeinden im Hunsrück, im Westerwald und in der Eifel. Doch überall wächst der Druck. In Städten explodieren die Mieten, während auf dem Land ganze Dörfer durch Abwanderung gefährdet sind.

Volt macht sich stark für ein Rheinland-Pfalz, in dem Wohnen für alle Menschen bezahlbar bleibt und Stadtentwicklung wie Dorfentwicklung Hand in Hand gehen: nachhaltig, sozial und zukunftsfähig. Wir wollen eine Wohnungspolitik, die Menschen Sicherheit gibt, egal ob sie in einem urbanen Ballungsraum wie Mainz, Ludwigshafen oder Koblenz oder in einem kleineren Ort zuhause sind.

BEZAHLBARER WOHNRAUM

Kommunalen Wohnungsbau stärken

Wir fordern eine aktive Wohnungspolitik, die kommunalen Wohnungsbau stärkt und Mieten bezahlbar hält – sowohl in Städten als auch in ländlichen Gemeinden.

- **Kommunaler Wohnungsbestand ausbauen:** Erhöhung des kommunalen Bestands langfristig von derzeit 3,4 % auf 15 %, um den Markt sozialer zu gestalten.
- **Wohnungsbaugesellschaften in Landkreisen:** Landkreisen wird ermöglicht, eigene oder gemeinsame Gesellschaften für Wohnungsbau zu gründen, um auch kleinere Gemeinden bei Bauprojekten zu unterstützen.
- **Sozialwohnungen sichern:** Der drastische Rückgang von 77.000 Sozialwohnungen (2008) auf prognostizierte nur noch 8.146 im Jahr 2042 muss gestoppt und umgekehrt werden.
- **Ländlichen Raum berücksichtigen:** Entwicklung von speziellen Förderprogrammen für Bauprojekte in kleinen Gemeinden, um Leerstand zu reduzieren und Ortskerne attraktiv zu halten.
- **Forschung stärken:** Ausbau von Forschung und Entwicklung vor allem in den besonders herausfordernden Sektoren Wärme und Verkehr.
- **Verwaltung modernisieren:** Ausbau von Forschung und Entwicklung vor allem in den besonders herausfordernden Sektoren Wärme und Verkehr.
- **Mietkaufangebote fördern:** So ist Vermögensaufbau auch bei schlechten Voraussetzungen auf dem Kreditmarkt möglich

Wohnraum ist ein Grundrecht. Steigende Mieten in Städten belasten Haushalte, im ländlichen Raum führt fehlende Neubaupolitik hingegen oft zu Leerstand und Abwanderung. Mit einer sozial gerechten und landesweiten Wohnungspolitik schaffen wir eine Balance zwischen beiden Realitäten.

BEST PRACTICES

Wien[48] zeigt durch den massiven kommunalen Wohnungsbau, wie Mieten langfristig bezahlbar gehalten werden können.

Wohngenossenschaften fördern

Wir fordern die gezielte Förderung von Wohnungsgenossenschaften, die nicht nur bezahlbaren Wohnraum bieten, sondern auch Solidarität und Mitgestaltung ermöglichen – in Städten ebenso wie im ländlichen Bereich.

- **Genossenschaften stärken:** Veröffentlichung sämtlicher seismischer Messdaten in Echtzeit auf einer landesweiten Online-Plattform. Begleitende Erläuterungen sollen Risiken einordnen und Vertrauen schaffen.
- **Beratungsstelle „Genossenschaften“:** Regelmäßige Informations- und Dialogformate in betroffenen Regionen – bereits vor Projektbeginn. Kommunen und Betreiber sollen gemeinsam Fragen beantworten und Beteiligungsmöglichkeiten vorstellen.
- **Mehrgenerationenhäuser fördern:** Förderung von Energiegenossenschaften und Bürgerfonds, über die Bewohnenden sich finanziell an Geothermieprojekten beteiligen können.
- **Obdachlosigkeit bekämpfen mit Housing First:** Implementierung von "Housing First"-Ansätzen in Kooperation mit Wohnungsgenossenschaften, um obdachlosen Menschen direkten Zugang zu stabilem Wohnraum zu ermöglichen, begleitet von unterstützenden sozialen Dienstleistungen.

Genossenschaften sichern Wohnungen demokratisch, verhindern Spekulation und stärken Nachbarschaften. Auf dem Land fördern sie auch den sozialen Zusammenhalt und verhindern, dass Ortskerne veröden. Wohnungstausch lässt sich genossenschaftlich organisiert ebenfalls einfacher gestalten.

BEST PRACTICES

Schweden[49] bietet mit seinen Wohnungsgenossenschaften, die fast ein Viertel des Wohnungsmarktes ausmachen, ein erfolgreiches Modell für bezahlbaren Wohnraum für mittlere Einkommen.

BAUEN UND WOHNEN

Bauantragsverfahren vereinfachen

Wir wollen Bauantragsverfahren vereinfachen und vorhandene Ressourcen sinnvoll nutzen.

- **Bauanträge vereinfachen:** Einführung standardisierter Verfahren für Bauanträge und Typengenehmigungen.
- **Wohnraum bedarfsgerecht verteilen:** Erprobung neuer Konzepte wie "Wohnungstausch" organisiert über Wohnungsbaugesellschaften fördern
- **Umnutzung vor Neubau:** Vereinfachung der Umnutzung leerstehender Gewerbeimmobilien in Wohnraum
- **Vereinfachung des klimafreundlichen Bauens:** Überarbeitung der Landesbauordnung, so dass Maßnahmen zum klimafreundlichen Bauen vereinfacht werden, beispielsweise Überarbeitung der Stellplatzverordnung oder Verpflichtung zur Regenwassersammlung

Eine Beschleunigung der Genehmigungsprozesse fördert den sozialen Wohnungsbau und trägt zur Bekämpfung von Wohnungsnot bei. Dies hat positive soziale Auswirkungen und unterstützt gleichzeitig die Bauwirtschaft.

Bauen und Wohnen: Faire Steuern und Förderung von Wohneigentum

Wir wollen ein Steuersystem, das Wohneigentum erleichtert und Nachhaltigkeit belohnt.

- **Grundsteuer als Bodensteuer:** Gestaltung zur Minimierung von Flächenversiegelung.
- **Wohneigentum fördern:** Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 % für selbstgenutzten Erstwohnsitz bis 500.000€
- **Unternehmen fair besteuern:** Wegfall von Steuerbefreiungen für Firmen, Erhöhung auf Immobilien über 500.000€

Soziale Gerechtigkeit entsteht auch über faire Steuern: die Bevölkerung wird entlastet, während der Ressourcenverbrauch gerecht bepreist wird.

NACHHALTIGKEIT UND KLIMARESILIENZ

Nachhaltige Gesamtstrategie

Wir fordern eine Gesamtstrategie, die Städte klimagerecht macht und Dörfer lebendig erhält. Stadtentwicklung und Dorfentwicklung müssen gleichberechtigt gedacht werden.

- **Nachhaltige Innenstädte:** Umnutzung leerstehender Flächen, Förderung von Kultur & Begegnung, Ausbau von Grünflächen
- **Inklusive Städte:** konsequente Umsetzung der feministischen Stadtplanung, die die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt
- **Digitale und vernetzte Dörfer:** Ausbau von schnellem Internet, Smart-City-Ansätze ins Dorf bringen, digitale Bürger:innenbeteiligung
- **Klimafreundliche Baupolitik:** Förderung energieeffizienter Sanierungen, Bau mit nachhaltigen Materialien, Entsiegelung von Flächen
- **Einführung einer verbindlichen Netto-Null-Versiegelung:** Neue Flächen dürfen nur dann versiegelt werden, wenn an anderer Stelle gleichwertige Flächen renaturiert werden.
- **Lebendige Ortskerne:** Förderprogramme zur Sanierung alter Häuser, Unterstützung für Dorfläden und kleinere Gewerbe und CoWorking Spaces, Stärkung öffentlicher Plätze
- **Smart Stores ohne Personal:** verkürzen Wegezeiten und schaffen Einkaufsmöglichkeiten
- **Dorf Bibliotheken als aktiver Begegnungs- und Lernort im Ortskern:** Bereitstellung von Medien, (3D)Druckern, Möglichkeiten zum Erlernen von Handwerk, etc. nach dem Vorbild der Oodi-Bibliothek in Helsinki
- **Kinder im Dorf halten:** Erhalt von Schulen im ländlichen Raum
- **Tierschutz mitdenken:** Urbanes Taubenmanagement durch betreute Schläge, Eiertausch, Kooperation mit NGOs.
- **Wilde Fauna & Flora im städtischen Raum mitdenken:** Kastrationspflicht für Katzen zum Schutz von Reptilien und Vögeln, Beratung für naturnahe Gärten zur Verfügung stellen

Während in Ballungsräumen Überlastung droht, kämpfen ländliche Regionen mit Leerstand. Eine ausgewogene Politik kann beide Herausforderungen zugleich lösen: durch nachhaltige Mobilität, klimafreundliche Bauweise und Dorfkernsanierung.

BEST PRACTICES

Freiburg[50] und Kopenhagen[51] zeigen erfolgreiche klimafreundliche Stadtplanung.
Helsinki[52] In der Oodi-Bibliothek in Helsinki kann praktisch alles genutzt werden: vom Buch bis zur Nähmaschine.

KLIMANEUTRALE KOMMUNEN

Klimaneutrale Kommunen sind notwendig. Gleichzeitig bietet eine klimaneutrale Umgestaltung auch Chancen, die Kommunen insgesamt lebenswerter zu gestalten und die Kosten zu senken. Wir fordern daher, dass sich alle Kommunen konsequent auf den Weg zur Klimaneutralität machen.

- **Mit gutem Beispiel voran gehen:** Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude zur langfristigen Entlastung der kommunalen Budgets
- **Klimaneutral fahren:** Elektrifizierung der kommunalen Flotten
- **Klimaneutral heizen:** Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung
- **Verkehrsinfrastruktur fair verteilen:** konsequente Umsetzung der Verkehrswende in den Kommunen
- **nachhaltig Bauen:** Förderung von nachhaltigen Baustoffen wie Holz, Lehm und Recyclate.
- **Klimafreundlich bauen:** Finanzielle Unterstützung für klimaneutrale Maßnahmen im Neubau und bei Sanierungen.

Zur Erreichung der Klimaneutralität müssen THG-Emissionen überall vermieden werden. Die Kommunen schaffen Rahmenbedingungen, in denen wir uns alle bewegen und unseren Alltag gestalten, so dass sie einen großen Einfluss auf unsere Alltagsentscheidungen, beispielsweise die Wahl des Verkehrsmittels haben. Neben der Klimaneutralität ergeben sich auch Chancen, die Städte und Gemeinden insgesamt lebenswerter zu gestalten.

BEST PRACTICES

Paris zeigt, wie sich die Lebensqualität vor Ort durch konsequente Ausrichtung verbessert. Hier wurden gezielt Parkplätze in Grünflächen umgewandelt und dem Radverkehr mehr Raum zur Verfügung gestellt. Der Anteil der mit dem Fahrrad zurück gelegten Strecken übersteigt den des Autos.

KLIMAFOLGENANPASSUNG DER KOMMUNEN: AUF KLIMATISCHE VERÄNDERUNGEN EINSTELLEN

Die Wissenschaft ist sich zunehmend darüber einig, dass das Zeitfenster zur Erreichung des 1,5 °C Ziels bereits geschlossen ist und bereits heute erleben wir Vorboten der klimatischen Änderung. Wir fordern daher die Kommunen auf, sich auf die klimatischen Veränderungen einzustellen und entsprechende Vorsorge zu betreiben.

- **Bebauungspläne anpassen:** Verpflichtung der Kommunen, ihre Bebauungspläne hinsichtlich Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu überprüfen: Beispiele sind Abstandsgebote, Bauhöhenbegrenzungen, Verbot von Schottergärten
- **Städtisches Wassermanagement verbessern:** Umsetzung des Konzepts Schwammstadt, wo immer möglich
- **Wasser als wichtige Ressource betrachten:** Überprüfung der Entwässerungssatzungen, ob diese die Regenwassernutzung fördern
- **Auf Hitzeperioden einstellen:** Erstellung von Hitzeschutzplänen
- **Katastrophenvorsorge ergänzen:** Erstellung von Katastrophenvorsorge Plänen in enger Abstimmung mit dem Katastrophenschutz des Landes und den Nachbargemeinden. In Grenzregionen auch über Landesgrenzen hinweg

Da insbesondere lange Hitzeperioden zunehmen und sich Dürre und Starkregenereignisse verstärkt ereignen werden, müssen Hitzeschutz und die Nutzung Wasserressourcen im kommunalen Kontext verstärkt beachtet werden.

KULTUR

Wir machen Kultur zur verbindlichen öffentlichen Aufgabe.

- **Kulturelle Grundsicherung:** Kulturförderung auf Vorkrisenniveau absichern – unabhängig von der Kassenlage.
- **Vielfalt schützen:** Anerkennung von Clubs und Live-Musik-Spielstätten als Kulturstätten, Förderung von Subkultur
- **Einführung des Kulturpasses in RLP:** da die Förderung des Bundes entfällt. Rheinland-Pfalz soll sich hierzu insbesondere mit der Region Grand-Est und Luxemburg abstimmen - Kultur verbindet und baut Grenzen ab
- **Kultur über Grenzen hinweg:** Rheinland-Pfalz soll sich gezielt für grenzüberschreitende Kulturevents einsetzen, um den europäischen Gedanken zu fördern.

Kultur ist keine „freiwillige Leistung", sondern Grundpfeiler von Demokratie, Teilhabe und Identität. Kultur verbindet über Grenzen hinweg.

AUSBLICK

Stell dir vor, Rheinland-Pfalz wird zu einem Ort, an dem Wohnen nicht von Sorge geprägt ist, sondern Sicherheit gibt – unabhängig davon, ob du in einer Stadtwohnung, einem Dorfhaus oder in einem genossenschaftlichen Mehrgenerationenprojekt lebst. Die Städte sind grün, nachhaltig und sozial durchmischt. Und die Dörfer? Sie leben wieder auf: schnelles Internet, belebte Ortskerne, sichere Arbeits- und Wohnmöglichkeiten vor Ort.

Für dich bedeutet das: faire Mietpreise in allen Regionen, ein attraktives Wohnumfeld, kurze Wege zu Bildung und Kultur sowie die Sicherheit, dass auch deine Kinder dort gerne leben möchten, wo du heute zuhause bist.

Ein attraktiver Wohnort lebt auch von der Sicherheit, Zugang zu einer guten gesundheitlichen Versorgung zu haben. Im nächsten Kapitel beschäftigen wir uns damit, wie wir die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz aufstellen und gewährleisten wollen.

KAPITEL 7

GESUNDHEIT NEU DENKEN

Digital, Gerecht, Für Alle Erreichbar

In einem Gesundheitssystem, das vielerorts unter Druck steht – mit überlasteten Fachkräften, langen Wartezeiten und Versorgungslücken in ländlichen Regionen – braucht es einen strukturellen Wandel. Noch immer entscheidet die soziale Lage über den Zugang zu medizinischer Hilfe, während Prävention und Früherkennung zu selten systematisch gefördert werden. Gleichzeitig steigen die Kosten für spätere Behandlungen, die durch frühzeitige Maßnahmen oft vermeidbar wären.

Volt setzt deshalb auf eine vorausschauende und gerechte Gesundheitsvision, die Prävention als Schlüssel versteht: Gesundheit beginnt nicht erst in der Klinik, sondern im Alltag – in der Schule, im Quartier, in der Familie. Unser Programm setzt genau dort an, wo die Herausforderungen am größten sind: Es schließt Versorgungslücken, stärkt die Früherkennung und macht Prävention für alle zugänglich. Mit klaren Maßnahmen, innovativen Ansätzen und einem konsequenten Fokus auf Gerechtigkeit schaffen wir Strukturen, die wirken – vor Ort, digital und inklusiv.

Ob durch barrierefreie Gesundheitszentren, schulische Prophylaxe-Teams oder interdisziplinäre Fortbildungen: Unser Ansatz verbindet Praxisnähe mit Systemverantwortung. Wir entlasten Fachkräfte, stärken vulnerable Gruppen und nutzen digitale Lösungen, um Pflege und Prävention zukunftsfähig und ressourcenschonend zu gestalten. Internationale Best Practices wie die staatlich geförderte Telemedizin in Frankreich oder das flächendeckend umgesetzte KATRETTER[53]-System in Berlin bestätigen unseren Kurs – und zeigen, dass kluge Investitionen in Prävention langfristig Kosten senken und Versorgung verbessern.

Volt versteht Gesundheit als gesellschaftliche Aufgabe und als Investition in Lebensqualität, Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit. Ein solidarisches Gesundheitssystem schützt nicht nur den Einzelnen – es stärkt die Gesellschaft als Ganzes.

VERSORGUNG UND DIGITALISIERUNG

Telemedizin und bestehende Strukturen ausbauen

Wir wollen die Telemedizin in Rheinland-Pfalz gezielt stärken.

- **Zugang sicherstellen & Infrastruktur ausbauen:** Flächendeckender Ausbau digitaler Infrastruktur in ländlichen Regionen. Förderung von Endgeräten und sicheren Plattformen für Patient:innen und Praxen
- **Regelversorgung & Erstattung sichern:** Aufnahme telemedizinischer Leistungen in die Regelversorgung. Klare Abrechnungsmodelle und Vergütung für digitale Konsultationen
- **Anwendungsbereiche ausweiten:** Integration telemedizinischer Angebote in Psychotherapie, Nachsorge und Prävention. Förderung interdisziplinärer digitaler Zusammenarbeit
- **Kompetenz & Vertrauen stärken:** Schulungen für medizinisches Personal zu digitalen Tools und Datenschutz. Aufklärungskampagnen für Patient:innen zur Nutzung und Sicherheit
- **Evaluation & Teilhabe ermöglichen:** Regelmäßige Evaluation der Wirksamkeit, Nutzerzufriedenheit und Barrierefreiheit und Akzeptanz telemedizinischer Angebote. Beteiligung von Patient:innen und Fachkräften an Weiterentwicklung.

Telemedizin bietet enorme Chancen für eine gerechtere und effizientere Gesundheitsversorgung – insbesondere in strukturschwachen Regionen und bei begrenzten Ressourcen. Sie ermöglicht niedrigschwellige Zugänge, entlastet Praxen und verbessert die Kontinuität der Versorgung. Damit diese Potenziale voll ausgeschöpft werden können, braucht es klare politische Rahmenbedingungen, gezielte Investitionen und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz.

BEST PRACTICES

Frankreich[54] schließt mit telemedizinischen Diagnose-Kabinen Versorgungslücken auf dem Land, während **Finnland** mit der nationalen digitalen Gesundheitsakte „Kanta“ eine lückenlose und bürgerzentrierte Behandlung ermöglicht .

Verantwortungsvoller Einsatz von KI im Gesundheitswesen

Rheinland-Pfalz soll Modellregion für den verantwortungsvollen Einsatz von KI im Gesundheitswesen werden. Wir fordern einen umfassenden Rahmen, der durch verbindliche Regeln, gezielte Förderung und die Stärkung von Fachkräften und Patientenrechten sicherstellt, dass KI stets dem Wohl des Menschen dient.

- **Verbindliche Standards schaffen:** Durch ein Landeskompetenzzentrum, eine verpflichtende Prüfung auf Fairness und Diskriminierungsfreiheit sowie die Einbindung von Ethikgremien und Patientenvertretungen.
- **Sinnvolle Anwendungen fördern:** Gezielte Pilotprojekte in Bereichen wie Diagnostik (z. B. Bildgebung), Notaufnahmen, individualisierte Therapien und Bürokratieabbau, um die Versorgung zu verbessern und Fachkräfte zu entlasten.
- **Fachkompetenz aufbauen:** Durch die Verankerung von KI-Themen in der Aus- und Weiterbildung aller medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Berufe.
- **Patientenrechte stärken:** Durch ein Recht auf Transparenz und Widerspruch, strengsten Datenschutz und eine:n Landesbeauftragte:n als unabhängige Anlaufstelle für Patient:innen.
- **Nachhaltige Finanzierung sichern:** Durch einen Mix aus öffentlichen Fördermitteln und streng regulierten öffentlich-privaten Partnerschaften, bei denen der Schutz von Patientendaten oberste Priorität hat.

KI bietet immense Chancen für die Medizin, birgt aber auch Risiken wie Diskriminierung und Datenmissbrauch. Unser ganzheitlicher Ansatz ist wertvoll, da er diese Risiken durch klare Regeln, gezielte Förderung und eine Stärkung der menschlichen Kompetenz und Selbstbestimmung minimiert. So stellen wir sicher, dass die Technologie Vertrauen schafft und als sicheres Werkzeug zum Wohle aller eingesetzt wird.

Krankenhausversorgung sichern

Wir wollen die Krankenhausversorgung in Rheinland-Pfalz sichern und zukunftsfähig gestalten – sozial gerecht, flächendeckend und gemeinwohlorientiert.

- **Reform aktiv und sozialverträglich umsetzen:** Landeskrankenhausplanung an Versorgungsbedarfen und Gemeinwohl ausrichten. Einstufung der Kliniken nach Versorgungslevel (1–3) mit Fokus auf verlässlicher Grundversorgung auch im ländlichen Raum. Reformschritte transparent kommunizieren und sozial flankieren.
- **Grundversorgung absichern – flächendeckend:** Erhalt wohnortnaher Grundversorgung durch Mindeststandards und gezielte Investitionen in digitale Infrastruktur & Kooperation mit Telemedizin, besonders in Level-1-Regionen. Sicherstellung von Notfallversorgung und Geburtshilfe in der Fläche. Unterstützung interkommunaler Klinik Netzwerke, um Leistungen gezielt zu bündeln und Fachkräfte zu halten.
- **Personal stärken & Entlastung schaffen:** Bessere Arbeitsbedingungen und verbindliche Personalbemessung. Förderung multiprofessioneller Teams und Weiterbildung. Beteiligung der Beschäftigten an der regionalen Versorgungsplanung
- **Transparenz, Qualität & Gemeinwohlorientierung:** Gemeinwohl Kriterien in Finanzierung und Planung verankern. Öffentliche Kontrolle und Beteiligung stärken

Die Krankenhausversorgung steht unter Druck[55]: Fachkräftemangel, Investitionsstau und ökonomischer Wettbewerb gefährden die flächendeckende Versorgung. Eine gemeinwohlorientierte Reform ist notwendig, um Krankenhäuser als zentrale Säulen der Daseinsvorsorge zu erhalten. Dabei muss das Land seiner Verantwortung gerecht werden – durch Planung, Finanzierung und soziale Absicherung der Reformprozesse.

BEST PRACTICES

Dänemark[56] zeigt, wie eine strategische Krankenhausreform gelingen kann: Spezialisierte Behandlungen wurden in wenigen, hochmodernen und spezialisierten Krankenhäusern zentralisiert. Gleichzeitig wurde die primäre Gesundheitsversorgung durch Hausärzt:innen und kommunale Gesundheitszentren gestärkt, um eine wohnortnahe Grundversorgung sicherzustellen

Notärztliche Versorgung modernisieren

Wir wollen die notärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz zukunftsfest machen – durch faire Arbeitsbedingungen, gezielte Nachwuchsförderung und eine bessere regionale Planung.

- **Faire Bedingungen für Notärztinnen schaffen:** Arbeitszeitgesetz im Rettungsdienst strukturell überarbeiten, nicht punktuell aufweichen. Tarifautonomie respektieren, aber Rahmenbedingungen für faire Vergütung stärken. Psychosoziale Unterstützung für Personen im notärztlichen Dienst ausbauen
- **Notarztsysteme reformieren:** Missbrauch des Notarztsystems (z. B. als Fahrdienst) analysieren und eindämmen. KATRETTER[57]-System bekannter machen und gezielt ausweiten. Bildungsfreistellung für Ersthelfer:innen ermöglichen
- **Nachwuchs sichern:** Stipendienprogramme & finanzierte Weiterbildungen für angehende Personen im notärztlichen Dienst. Attraktive Kombimodelle mit Klinik oder Praxis, um Notarztdienste beruflich integrierbar zu machen. Imagekampagne für Notfallmedizin mit Fokus auf Bedeutung, Teamwork & Wirkung
- **Regionale Versorgungsplanung verbessern:** Erhebung & Monitoring der Notarztversorgung, Planung mit verbindlichen Standards. Beteiligung der Kommunen und Rettungsdienste an der Planung stärken

Die notärztliche Versorgung steht unter Druck[58]: Personal fehlt, Strukturen sind überlastet, und vielerorts ist der Rettungsdienst unterfinanziert. Gleichzeitig wird das System teils zweckentfremdet – etwa durch unnötige Transporte zwischen Einrichtungen. Um die Versorgung zu sichern, braucht es eine strukturelle Reform, die sowohl die Arbeitsrealität der notärztlichen Fachkräfte als auch die Bedarfe der Bevölkerung ernst nimmt. Dazu gehören faire Bedingungen, gezielte Nachwuchsförderung und eine bessere regionale Planung. Ergänzend können niedrigschwellige Systeme wie KATRETTER helfen, Versorgungslücken zu schließen – wenn sie bekannt und unterstützt sind.

BEST PRACTICES

Berlin[59] setzt bereits das KATRETTER-System flächendeckend um, um Ersthelfer:innen schneller zu aktivieren. In Kombination mit Bildungsfreistellung und öffentlicher Kommunikation kann dieses Modell Leben retten.

Pflege gerecht gestalten

Wir wollen die Pflege generationenübergreifend stärken – durch bessere Bedingungen für Pflegekräfte, gezielte Unterstützung für Angehörige und eine verlässliche Versorgung für Jung und Alt.

- **Pflege für ältere Menschen sichern & verbessern:** Förderung von quartiersnahen, flexiblen Pflegeformen, z. B. ambulante Wohngemeinschaften, Tagespflege, Nachbarschaftsmodelle. Case Management als Regelleistung: koordinierende Fachkräfte für Pflegebedarfe, Anträge, Organisation. Demenzfreundliche Kommunen fördern, inkl. Schulung von Pflegepersonal, Behörden & Nachbarschaften. Geriatrische Versorgung ausbauen: multiprofessionell, inklusiv, wohnortnah
- **Kinder- und Jugendpflege stärken:** Frühkindliche Pflegeangebote und spezialisierte Einrichtungen ausbauen. Qualifikation und Anerkennung von Fachkräften in der Kinderpflege verbessern. Übergänge zwischen Jugendhilfe und Pflege strukturieren
- **Pflegende Angehörige entlasten:** Ausbau von Pflegezeit- und Entlastungsangeboten, auch für jüngere Angehörige. Einführung eines landesweiten Pflege-Infoportals mit Lotsenfunktion. Angebote für jugendliche pflegende Angehörige (z. B. in Familien mit erkrankten Eltern oder Geschwistern): Schule Unterstützung, psychosoziale Begleitung, Freizeitprogramme
- **Pflegekräfte stärken & binden:** Faire Bezahlung, flexible Arbeitszeiten & Supervision für Pflegekräfte in allen Settings. Förderung von berufsbegleitender Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten. Digitalisierung sinnvoll einsetzen, um Zeit für Pflege statt Bürokratie zu schaffen. Stärkung der generalistischen Pflegeausbildung mit Spezialisierungsmodulen (z. B. für Kinderpflege oder Palliativpflege)

Pflege betrifft alle Generationen – vom frühgeborenen Kind bis zur hochaltrigen Person. Doch das System ist überlastet[60]: Pflegekräfte verlassen den Beruf, Angehörige stoßen an ihre Grenzen, und regionale Unterschiede gefährden die Versorgung. Eine generationengerechte Pflegereform muss die Bedürfnisse aller Beteiligten in den Blick nehmen. Sie braucht verlässliche Strukturen, gute Arbeitsbedingungen und gezielte Unterstützung für pflegende Angehörige. Nur so bleibt Pflege menschlich, gerecht und zukunftsfähig.

BEST PRACTICES

Die **Niederlande**[61] zeigen, wie Pflege generationenübergreifend gedacht werden kann: mit integrierten Versorgungszentren, digitaler Unterstützung und starker Einbindung von Angehörigen.

GESUNDHEIT FÜR ALLE

Gesundheit - diskriminierungsfrei, barrierearm und vielfältig

Wir wollen eine diskriminierungsfreie, barrierearme und vielfältige Gesundheitsversorgung für alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Identität oder Aufenthaltsstatus.

- **Vielfalt in Ausbildung & Fortbildung verankern:** Verbindliche Inhalte zu sexueller, geschlechtlicher und kultureller Vielfalt in medizinischen und pflegerischen Ausbildungen. Fortbildungen für bestehendes Personal zu intersektionaler Diskriminierung und kultursensibler Versorgung. Sensibilisierung für korrekte Ansprache – auch vor amtlicher Namensänderung und bei Mehrbettzimmern Belegung.
- **Zugang zu spezifischer Versorgung verbessern:** Sichtbarkeit von queerfreundlichen, kultursensiblen und kindgerechten Angeboten erhöhen. Ausbau von Angeboten für ältere Menschen, Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen. Förderung von ärztlichen Fachpersonal mit interkultureller und queersensibler Kompetenz.
- **Psychische Gesundheit stärken:** Ausbau niedrigschwelliger psychotherapeutischer Angebote für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und LGBTQIA+ Personen. Förderung von Peer-Angeboten und kultursensiblen Selbsthilfegruppen. Schutzräume für vulnerable Gruppen in psychischen Krisen schaffen.
- **Forschung & Datenbasis verbessern:** Diversität in medizinischer Forschung sicherstellen – über junge, weiße Männer hinaus. Studien zu Gesundheitsbedarfen von Frauen, Kindern, älteren Menschen und ethnischen Minderheiten fördern. Beteiligung betroffener Gruppen an Forschung und Evaluation ermöglichen.
- **Versorgungssicherheit für Geflüchtete und Papierlose:** Einführung einer Gesundheitskarte für alle – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Ausbau kultursensibler und trauma-sensibler Versorgungsangebote. Flächendeckende Finanzierung professioneller Dolmetschdienste. Verbesserung der medizinischen Versorgung in Gemeinschaftsunterkünften. Sicherstellung des Zugangs zu Prävention und psychischer Gesundheit.

Gesundheit ist ein Menschenrecht – doch viele erleben in der Versorgung Diskriminierung, Unsichtbarkeit oder strukturelle Hürden. Frauen, Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, LGBTQIA+ Personen und Geflüchtete werden oft nicht ausreichend berücksichtigt. Eine gerechte Gesundheitsversorgung muss Vielfalt anerkennen, spezifische Bedarfe berücksichtigen und diskriminierungsfreie Zugänge schaffen – in der Stadt wie auf dem Land, in der Praxis wie im Krankenhaus.

Wohnortnahe Geburtshilfe sichern

- **Geburtsstationen erhalten und stärken:** Keine weiteren Schließungen ohne gleichwertige Alternativen. Landesweite Planung mit Mindeststandards für Erreichbarkeit (30 Minuten) und Qualität.
- **Hebammenversorgung ausbauen:** Faire Bezahlung & Dienstplan Sicherheit für angestellte Hebammen. Förderung hebammengeleiteter Einrichtungen (Geburtshäuser, Beleghebammensysteme). Landeszuschüsse für Hebammen in eigener Praxis, besonders in unterversorgten Regionen. Finanzierung von Geburtshilfe-Teams, die auch aufsuchend arbeiten (z. B. in Regionen ohne Klinik)
- **Versorgungslücken schließen:** Aufbau von interkommunalen Geburtshilfe-Zentren, getragen von Landkreisen + Land. Mobile Angebote und Kooperationen zwischen Kliniken stärken.
- **Wahlfreiheit garantieren:** Selbstbestimmte Geburtsorte ermöglichen – Klinik, Geburtshaus oder Zuhause. Kulturell sensible Geburtsbegleitung fördern, z. B. durch Dolmetscherdienste, Peer-Begleitung & interkulturelle Schulungen.

Immer mehr Geburtsstationen schließen [62] – mit gravierenden Folgen für Sicherheit, Erreichbarkeit und Selbstbestimmung. Besonders in ländlichen Regionen geraten Familien unter Druck. Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Geburtshilfe ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss politisch abgesichert werden – mit starken Hebammen, verlässlicher Infrastruktur und echter Wahlfreiheit.

BEST PRACTICES

Skandinavische Länder[63] setzen auf regionale Geburtshilfe Zentren mit integrierter Hebammenversorgung – wohnortnah, sicher und familienfreundlich

Zahngesundheit, Augenheilkunde und HNO-Behandlung sicherstellen

Wir wollen gemeinsam eine gerechte, präventive und barrierefreie Gesundheitsversorgung in den Bereichen Zahngesundheit, Augenheilkunde und HNO sicherstellen – unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Einschränkungen.

- **Versorgungslücken gezielt schließen:** Regionale Gesundheitszentren fördern, um wohnortnahe Versorgung sicherzustellen. Mobile Praxen und Anreizsysteme für Fachkräfte im ländlichen Raum etablieren. Augenärztliche und HNO-Versorgung in strukturschwachen Regionen ausbauen. Kooperation zwischen Fachärzt:innen und Hausärzt:innen stärken. Telemedizinische Angebote für HNO und Augenheilkunde ausweiten.
- **Früherkennung & Prophylaxe für alle gewährleisten:** Medizinische Prophylaxe für Kinder und sozial benachteiligte Gruppen z.b Ausbau schulischer Prophylaxe-Teams, fördern, kommunale Aufklärungsprogramme zur Gesundheit und Prävention fördern.
- **Fachübergreifende Schulungen & Barrierefreiheit:** Interdisziplinäre Fortbildungen für medizinisches Personal zu inklusiver Versorgung. Gesundheitsinformationen in leichter Sprache und barrierefreien Formaten bereitstellen. Digitale Angebote screenreader-kompatibel und inklusiv entwickeln.

Eine gerechte Gesundheitsversorgung darf keine Frage des Geldes oder Wohnorts sein. Zahngesundheit, gutes Sehen und funktionierende Sinnesorgane sind Grundvoraussetzungen für Teilhabe, Bildung und Lebensqualität. Prävention spart langfristig Kosten und verbessert die Lebensbedingungen besonders für vulnerable Gruppen.

BEST PRACTICES

Die **Niederlande**[64] zeigen, wie ein Gesundheitssystem effizienter und gerechter funktioniert. Durch die Kombination eines einheitlichen, sozial ausgeglichenen Versicherungssystems mit einer auf wenige, dafür hochspezialisierte Kliniken ausgerichteten Krankenhauslandschaft erzielt das Land eine höhere Versorgungsqualität bei gleichzeitig geringeren Kosten.

MENTALE GESUNDHEIT & PRÄVENTION

Psychische Hilfe erreichbar machen

Wir wollen psychische Hilfe für alle zeitnah und unabhängig vom Wohnort oder Einkommen erreichbar machen.

- **Versorgung ausbauen & Strukturreform voranbringen:** Kassensitze in zusammenarbeit mit den KV für Psychotherapie um 50 % bis 2030 erhöhen – prioritär in unterversorgten Regionen. Wartezeiten begrenzen: max. 6 Wochen bis Erstgespräch, max. 3 Monate bis Behandlungsbeginn. Bürokratische Hürden abbauen – Fürsorge statt Verwaltung
- **Niedrigschwellige Angebote fördern & Innovation ermöglichen:** Erste Anlaufstellen ausbauen: Mental Health Cafés, Gruppenangebote, offene Beratungstage. Gesundheitsfachkräfte an Kitas, Schulen und Universitäten stärken. Psychoedukation fördern: Kampagnen & kostenfreie Materialien in Alltagseinrichtungen. DiGAs niedrigschwelliger zugänglich machen – z. B. über Krankenkassen oder kommunale Kooperationen.
- **Fachkräfte sichern & befähigen:** Faire Vergütung für psychotherapeutisches Fachpersonal in der Ausbildung (PiA) – orientiert an Reformmodellen wie Hamburg. Studienplätze für Psychotherapie in RLP ausbauen. Landesstipendien für angehende Therapierende mit Bindung an unterversorgte Regionen. Anerkennungsberatung für Fachkräfte aus EU-Staaten stärken
- **Übergangsregelung nach PsychThG 2020 verlängern und rechtlich absichern:** Nachqualifikationen für klassische Studiengänge. Zugang für quereinsteigende Personen. Transparente Anerkennungsverfahren für eingeschriebene Studierende
- **Kommunikation & Aufklärung stärken:** Offensive Bewerbung von Hilfsangeboten – digital und analog. Aufbau einer landesweiten Onlineplattform mit geprüften Infos, Selbsttests und lokalen Wegweisern
- **Diagnostik & Spezialisierung verbessern:** Spezialisierte Diagnostikzentren für ADHS, Autismus und komplexe Störungsbilder in allen Regionen. Finanzierung von Diagnostik auch ohne anschließende Therapie sicherstellen. Multiprofessionelle Teams fördern – besonders für Kinder und Jugendliche

Lange Wartezeiten und fehlende Angebote gefährden die psychische Gesundheit und erschweren rechtzeitige Unterstützung. Frühzeitige Hilfe kann Chronifizierungen verhindern und das Gesundheitssystem nachhaltig entlasten. Der Fachkräftemangel wird durch unfaire Ausbildungsbedingungen und bürokratische Hürden zusätzlich verschärft. Internationale Modelle zeigen, dass niedrigschwellige, digital gestützte und multiprofessionelle Versorgungsansätze wirksam sind. Eine fundierte Diagnostik ist dabei kein Luxus, sondern die Voraussetzung für passgenaue Hilfe.

BEST PRACTICES

In **Sachsen**[65] zeigt sich vorbildliche Nachwuchsförderung in der Psychotherapie: Die Kassenärztliche Vereinigung unterstützt seit 2024 psychotherapeutisches Fachpersonal in Weiterbildung[66] mit 2.700€ monatlich (ab 2025: 2.900€) für Vollzeitstellen. Diese direkte finanzielle Unterstützung sichert nicht nur faire Gehälter für den Fachkräftenachwuchs, sondern stärkt auch die psychotherapeutische Versorgung im Bundesland.

Flächendeckende Schmerzmedizin, Palliativ- und Hospizversorgung

Wir fordern den flächendeckenden Ausbau und die strukturelle Verankerung von Schmerzmedizin, Palliativ- und Hospizversorgung als feste Säule des Gesundheitssystems.

- **Schmerzmedizin verankern:** Wir bauen spezialisierte Schmerzambulanzen in jedem Versorgungsbezirk auf, schaffen Anreize für die Weiterbildung von Personen im ärztlichen Dienst und integrieren die Schmerzmedizin fest in die Versorgungsplanung und interdisziplinäre Netzwerke.
- **Flächendeckende Palliativversorgung sichern:** Wir bauen das Netz der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV) aus, fördern mobile Dienste im ländlichen Raum, verankern Palliativkompetenz in Pflegeheimen und richten eine landesweite Notfall-Palliativnummer ein.
- **Hospizarbeit aufwerten:** Wir stellen die Finanzierung von stationären und ambulanten Hospizdiensten sicher, fördern gezielt das Ehrenamt, bringen das Thema Sterbebegleitung in die Bildung und bauen die Landesförderung für Kinderhospizarbeit und Angebote für junge Erwachsene aus.
- **Angehörige unterstützen:** Wir richten Palliativlots:innen als zentrale Ansprechpartner für Familien ein, bauen Selbsthilfe- und Schulungsangebote in jedem Landkreis auf und verankern die Trauerbegleitung als kommunale Pflichtaufgabe.
- **Bildung und Aufklärung fördern:** Wir integrieren Palliativwissen und die Auseinandersetzung mit Sterben und Tod fest in die schulische und berufliche Bildung, insbesondere in den Bereichen Pflege, Medizin und Soziales, um die gesellschaftliche Kultur zu verändern.

Ein würdiges Lebensende und ein Leben ohne unnötige Schmerzen sind Grundrechte, die nicht vom Wohnort oder Geldbeutel abhängen dürfen. Viele Menschen mit chronischen Schmerzen oder am Lebensende fühlen sich allein gelassen, während ihre Angehörigen überfordert sind. Eine flächendeckende und professionelle Schmerz-, Palliativ- und Hospizversorgung entlastet nicht nur das

Gesundheitssystem, sondern ist vor allem ein Gebot der Mitmenschlichkeit und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Von reaktiver Behandlung zur Public Health Strategie

Wir fordern einen Paradigmenwechsel: von der reaktiven Behandlung von Krankheiten hin zu einer Public-Health-Strategie, die Gesundheit in allen Lebensbereichen systematisch fördert.

- **Public Health verankern:** Wir bauen ein Landesinstitut für Public Health auf, führen eine verbindliche Gesundheitsfolgenabschätzung (GFA) für Gesetzesvorhaben ein und erstellen einen landesweiten Public-Health-Masterplan für zentrale Gesundheitsziele.
- **Kommunale Förderung ausbauen:** Wir verstetigen die Landesförderung für Gesundheitsregionen, bauen kommunale Präventionsketten auf und stärken die Gesundheitsämter als koordinierende Drehscheiben mit Gesundheitslots:innen in den Quartieren.
- **Gesundheit im Bildungssystem stärken:** Wir führen verbindliche Gesundheitskonzepte für Kitas und Schulen ein, etablieren ein Schulfach "Lebenskompetenz" mit Modulen zur Ernährung und mentaler Gesundheit und bauen Schulpsychologie sowie Schulsozialarbeit aus.
- **Psychische Gesundheit fördern:** Wir starten eine Präventionsoffensive für psychische Gesundheit durch Aufklärung und niedrigschwellige Zugänge, fördern "Mental Health First Aid"-Schulungen und integrieren psychische Gesundheitsförderung in die Stadtteilarbeit.
- **Gesunde Arbeitsplätze sichern:** Wir fördern gesundheitsförderliche Arbeitsplätze durch Anti-Stress-Konzepte und Ergonomieberatung und schaffen Anreize für Unternehmen und Verwaltungen durch Förderprogramme und Boni.
- **Zielgerichtete Prävention schaffen:** Wir entwickeln spezifische und barrierefreie Programme für vulnerable Gruppen wie Alleinerziehende, Menschen im Rentenalter oder Geflüchtete und verankern die Gesundheitsförderung auch in der Wohnungs- und Straffälligenhilfe.
- **Moderne Gesundheitskommunikation nutzen:** Wir bauen eine landesweite Plattform für verständliche Gesundheitsinformationen auf und fördern digitale Apps sowie partizipative Social-Media-Kampagnen zur Gesundheitsförderung.

Eine moderne Gesundheitspolitik darf sich nicht auf die Behandlung von Krankheiten beschränken. Da unsere Gesundheit maßgeblich von unseren Lebensverhältnissen – vom Stadtteil über den Arbeitsplatz bis zur Schule – geprägt wird, ist Prävention die Grundlage für ein gerechtes und nachhaltiges Gesundheitssystem. Ein strukturierter Public-Health-Ansatz bekämpft soziale Ungleichheit und ermöglicht allen Menschen in Rheinland-Pfalz ein gesünderes Leben.

Wirksame Suchtprävention

Wir wollen eine wirksame Suchtprävention, die früh ansetzt, strukturelle Risiken erkennt und besonders Kinder und Jugendliche schützt. Ob Zucker, Alkohol, Nikotin oder Cannabis – Sucht ist kein individuelles Versagen, sondern oft Folge fehlender Aufklärung, irreführender Werbung und mangelnder Schutzräume. Prävention muss Alltag werden: in Schule, Kommune und im öffentlichen Raum.

- **Aufklärung & Bildung stärken:** Landesweite Kampagnen zu Zucker, Alkohol, Nikotin und Cannabis – inkl. versteckter Risiken und Werbestrategien. Verbindliche Ernährungs- und Suchtprävention in Schulen und Kitas (Projektwochen, digitale Lernmodule, Lebenskompetenzfach). Schulungen für pädagogisches Personal zu Konsumverhalten und Werbebotschaften
- **Kinder und Jugendliche gezielt schützen:** Werbeverbote für Süßwaren, Alkohol, Vapes und Cannabis in und um Bildungseinrichtungen (z.B. über Bannmeile). Keine Sponsoring-Partnerschaften mit Süßwaren-, Alkohol- oder Vape-Herstellern. Landesförderung nur für Vereine ohne Junkfood- oder Alkoholwerbung. Einführung eines Kinder-Suchtindex zur Bewertung öffentlicher Werbeflächen
- **Öffentliche Räume und Verkaufsstellen regulieren:** Rauchverbot in Außengastronomie, Spielplätzen, Haltestellen, Schulhöfen – inkl. Vapes und Cannabis. Zuckerarme Standards für Kantinen in Schulen, Krankenhäusern und Behörden. Wettbewerbe für suchtpräventive Kommunen und Einrichtungen über
- **Landesweite Ausschreibungen,** bei denen Städte, Gemeinden oder Organisationen ausgezeichnet werden, die besonders wirksame und innovative Strategien zur Suchtprävention umsetzen.
- **Digitale Prävention & Ausstieg fördern:** Aufbau eines digitalen Beratungsportals mit Selbsttests, Chatberatung und lokalen Hilfsangeboten. Cannabisprävention: evidenzbasierte Aufklärung statt Panikmache
- **Forschung & Monitoring ausbauen:** Landesmonitoring zu Konsumtrends, Werbewirkung und Krankheitsfolgen (Zucker, Alkohol, Nikotin, Cannabis). Pilotkommunen zur strukturellen Prävention fördern. Kooperation mit Hochschulen, Krankenkassen und ÖGD zur Evaluation von Maßnahmen. Beteiligung an Bundesratsinitiativen für Werbebeschränkungen, Zuckersteuer, Alkohol Regulierung und Produktkennzeichnung

Zucker, Alkohol und Nikotin sind tief im Alltag verankert – insbesondere Kinder und Jugendliche werden durch Werbung und alltäglichen Konsum früh geprägt. Eine frühzeitige Prävention ist entscheidend, um spätere Therapie Bedarfe zu vermeiden und langfristig Kosten im Gesundheitssystem zu senken. Öffentliche Räume und Bildungseinrichtungen müssen als Schutzräume gestaltet werden, die gesundheitsfördernd wirken und Risiken minimieren. Die Landespolitik hat

dabei eine zentrale Steuerungsfunktion: Durch gezielte Förderlogik, klare gesetzliche Rahmenbedingungen und wirksames Monitoring kann sie suchtpräventive Strukturen nachhaltig stärken.

BEST PRACTICES

Portugal[67] zeigt mit seiner 2017 eingeführten Steuer auf zuckerhaltige Getränke einen effektiven Ansatz zur Suchtprävention und Bekämpfung von Übergewicht. Die Maßnahme hat zwei bemerkenswerte Effekte erzielt: Zum einen reduzierten viele Hersteller den Zuckergehalt in ihren Produkten erheblich, zum anderen sank der Verkauf zuckerhaltiger Getränke insgesamt. Dies ist besonders bedeutsam, da Portugal zuvor eine der höchsten Raten an Übergewicht bei Kindern in Europa verzeichnete und 80,1 Prozent der 6- bis 8-Jährigen regelmäßig zuckerhaltige Getränke konsumierten. Die Steuer wirkt gezielt bei gefährdeten Bevölkerungsgruppen, indem sie gesündere Alternativen wie Wasser attraktiver macht. Ähnliche Erfolge wurden bereits in Chile und Großbritannien beobachtet, was die Wirksamkeit dieser präventiven Steuerungsmaßnahme im Kampf gegen zuckerbedingte Gesundheitsprobleme unterstreicht.

Klimaschutz als Gesundheitsschutz verstehen

Wir fordern eine ganzheitliche Gesundheitspolitik, die Klimaschutz als Gesundheitsschutz versteht und die physische wie psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zur obersten Priorität erklärt.

- **Kinder- & Jugendmedizin ausbauen:** Wir schaffen ein landesweites Netz an kinderärztlichen Versorgungszentren, führen eine Versorgungsgarantie (Kinderarzt/ -ärztin in 30 Min. erreichbar) ein und geben Anreize für ärztliches Fachpersonal in ländlichen Räumen.
- **Landesweiten Hitzeschutzplan umsetzen:** Wir entwickeln einen verbindlichen Hitze Aktionsplan, verpflichten Kommunen zur Erstellung von Hitzeschutz Konzepten und bauen die Infrastruktur wie Kühlräume, Verschattung und Trinkwasserbrunnen aus.
- **Klimaresiliente Gesundheitsversorgung schaffen:** Wir fördern klimafreundliche Krankenhäuser und Praxen, etablieren Notfallpläne für Extremwetter und verankern eine "Green Health"-Strategie als Pflichtziel bei der Landesförderung.

- **Neue Krankheitsrisiken bekämpfen:** Wir bauen Frühwarnsysteme für klimawandelbedingte Krankheiten (z.B. Dengue, West-Nil-Virus) auf und integrieren das Thema in die Fort- und Weiterbildung von medizinischem Personal.
- **Kinder- & Jugendpsychotherapie stärken:** Wir starten ein Soforthilfeprogramm für mehr Kassensitze und Akutplätze, bauen schulische Teams aus psychologischen Fachkräften auf und fördert Peer-to-Peer-Ansätze sowie digitale Erste-Hilfe-Plattformen.
- **Psychische Klimafolgen adressieren:** Wir bauen eine klima-psychologische Versorgung, besonders für junge Menschen, auf und finanzieren Therapie- und Beratungsangebote für Betroffene von Klimakatastrophen wie dem Hochwasser 2021.
- **Schulgesundheit und Gesundheitskompetenz fördern:** Wir führen Schulgesundheitsfachkräfte an allen Schulen ein, stärken gesundheitsbezogene Lerninhalte (von Körperwissen bis Mental Health) und sichern den Zugang zu gesunder Schulverpflegung.
- **Gesunde Umwelt schaffen:** Wir setzen eine aktive Luftreinhaltepolitik in belasteten Städten um, weiten Luftmessstationen (besonders an Schulen & Spielplätzen) aus und starten Aufklärungskampagnen zur Luftbelastung.
- **Umwelt- und soziale Gerechtigkeit umsetzen:** Wir erfassen Umweltbelastungen in benachteiligten Stadtteilen, bauen dort umweltmedizinische Beratungsstellen auf und bieten aufsuchende Gesundheitsberatung in armutsgefährdeten Sozialräumen.
- **Inklusion und Versorgung sichern:** Wir fördern inklusive Gesundheitsangebote für behinderte, neurodivergente, queere und geflüchtete Kinder und stellen kostenloses Mittagessen für Kinder in finanziell belasteten Familien bereit.
- **Beteiligung und Empowerment stärken:** Wir schaffen ein landesweites Jugendgesundheitsforum und beteiligen junge Menschen an der Gestaltung von Versorgungsräumen, Kampagnen und Angeboten.

Die Klimakrise ist die größte Gesundheitsgefahr des 21. Jahrhunderts. Hitzewellen, Luftverschmutzung und psychische Belastungen bedrohen uns alle, insbesondere aber vulnerable Gruppen. Gleichzeitig hat jedes Kind in Rheinland-Pfalz das Recht auf ein gesundes Leben – körperlich, psychisch und sozial. Gesundheit beginnt nicht erst in der Klinik, sondern im Alltag, auf dem Pausenhof und in der Familie. Unsere Politik basiert auf der Überzeugung, dass Gesundheitsschutz keine Frage des Wohnorts oder Einkommens sein darf und dass die Strukturen endlich mitwachsen müssen, um diesem doppelten Anspruch gerecht zu werden.

AUSBLICK

Stell dir vor, du hast Zugang zu einem Gesundheitssystem, das nicht nur Krankheiten behandelt, sondern dich auch dabei unterstützt, gesund zu bleiben. Durch Prävention und Schutz vor Gesundheitsrisiken wie Sucht und Klimafolgen reduziert sich dein Krankheitsrisiko. Gesundheit ist inklusiv und für alle Menschen unserer Gesellschaft zugänglich, sowohl finanziell als auch wohnortnah.

Ergänzt durch moderne, digitale Angebote und verbesserte Versorgungsstrukturen lebst du in einem Gesundheitssystem, das den einzelnen Menschen im Blick hat und damit die Gesellschaft stärkt. Das Gesundheitssystem begleitet dich in jeder Phase, bedürfnisorientiert und individuell und bietet dir bis zum Ende eine würdevolle Behandlung.

KAPITEL 8

DEMOKRATIE IM MODERNEN ZEITALTER

Mitreden, Mitentscheiden, Mitgestalten

Viele Menschen in unserem Land wollen sich von der Politik mehr mitgenommen fühlen, sich mehr beteiligen, ihre Meinung einbringen und mitgestalten. Wir haben die Chance neue Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen und bestehende Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen, auszubauen. Um gut mitarbeiten zu können, brauchen wir gute Informationen. Sowohl von staatlicher Seite, als auch von Medien, die uns alle gut informieren. Wir haben die Chance, uns in großen und kleinen Gemeinschaften auszutauschen, um unser Land gemeinsam voranzubringen.

MEDIEN

Medienvielfalt sicherstellen

Wir fordern eine Sicherstellung der Medienvielfalt in Rheinland-Pfalz, sodass nicht wenige große Akteure die Meinungshoheit über wichtige Themen haben.

- **Kartellrecht verschärfen:** Bei Übernahmen von Medienunternehmen sollten strengere Regeln gelten.
- **Bürger:innen-Medien:** Ergänzend zu den bestehenden offenen Fernsehkanälen sollte erwogen werden, neue lokale Radiosender zu starten, die nicht kommerziell sind und in denen die Bevölkerung ihre eigenen Themen einbringen und sich weiterbilden können. Ebenso sollen bestehende offene Fernsehkanäle besser finanziert werden.
- **Gründungsförderung für neue lokale Medien:** Auch neue kommerzielle Lokalradios können für Vielfalt sorgen und sollten in ihrer Anfangszeit unterstützt werden, beispielsweise durch Übernahme der Kosten für Agenturmeldungen.

Vielfalt ist wichtig. Deshalb sollte ein starkes Kartellrecht dafür sorgen, dass die Meinungsvielfalt nicht unter Medienübernahmen leidt. Neue Medien können zudem für mehr Meinungsvielfalt sorgen. Dafür sollten neue kommerzielle Medien gefördert werden und bestehende und neue nichtkommerzielle Medien ausreichende Mittel haben.

Medien stärker auf Information und Bildung ausrichten

Wir fordern eine stärkere Ausrichtung des Südwestrundfunks auf Information und dass private und soziale Medien stärker einem Bildungsauftrag nachkommen müssen.

- **Informationsauftrag stärken:** Der Südwestrundfunk sollte mehr in Information investieren und dafür bei den Begleitwellen einsparen, beispielsweise weniger Außenwerbung für SWR3 schalten.
- **Stärkung von SWR Aktuell:** Das multimediale Informationsangebot SWR Aktuell sollte gestärkt werden. Alternativ könnte nach dem Vorbild der ARD-Infonacht geprüft werden, ein bundesweites ARD-Informationsradio mit regionalen Fenstern einzuführen.

- **Bildung in privaten Medien:** Private und soziale Medien sollen verpflichtet werden, Bildungsinhalte in ihrem Programm bzw. ihrem Internetangebot bereitzustellen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird durch die Bevölkerung finanziert und sollte als Dienstleister da sein, um den Menschen die Landespolitik nahe zu bringen. Deshalb sollten die finanziellen Mittel vor allem für die Information vorhanden sein. Private und soziale Medien sollten darüber hinaus einen gewissen Teil an Bildungsinhalten bereitstellen. So entsteht ein Gegenangebot zu Verschwörungserzählungen und radikalen Ansichten.

BEST PRACTICES

MDR Aktuell: Das Informationsangebot des Mitteldeutschen Rundfunks bietet auch am Wochenende viele aktuelle Programme und hat darüber hinaus die Rubrik "Hörer machen Programm"[68], für die Menschen Themen einreichen können, denen der MDR nachgeht.

TRANSPARENZ

Lobbyregister einführen

Wir fordern die Schaffung eine öffentlich zugänglichen und aktuell gehaltenen Datenbank für den Landtag in Rheinland-Pfalz, analog des bereits vorhandenen Lobbyregisters des Bundestags.

- **Aufbau der Datenbank:** Zusätzlich zu den allgemeinen Angaben der lobbyierenden Personen und Gruppen ist dort abweichend zum Bundestagsregister nachzuhalten, wer mit wem kommuniziert (auf Landesseite bis zur Ebene der Referierenden, da hier die meisten Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden), zu welchen Themen Lobbyarbeit erfolgt und welches Ziel verfolgt wird.
- **Einführung einer Kontrollinstanz:** Schaffung einer gesetzlichen Regelung sowie einer dezidierten Kontrollinstanz. Die Erfahrung auf Bundesebene zeigt, dass ohne entsprechende Strafbelegung und Kontrolle die Interessenvertretungen Ihrer Verpflichtung zur zeitnahen und konkreten Bekanntgabe der Informationen nur unzureichend nachkommen.

Auch im Landtag von Rheinland-Pfalz beeinflussen Lobbyist:innen von Industrie, Kirchen und Interessensvertretungen die Gesetzgebung.

Volt ist der Überzeugung, dass alle Bürger:innen des Landes das Recht haben, sich darüber informieren zu können, wer Einfluss auf unsere gewählten Politiker:innen nimmt.

Bisher wird in unserem Land nur einmal jährlich ein rudimentäres Lobbyregister im Staatsanzeiger veröffentlicht, das folgende Informationen beinhaltet: Name und Sitz der Lobbyvereinigung; Zusammensetzung von Vorstand und Geschäftsführung; Interessenbereich; Mitgliederzahl; Namen der Verbandsvertretenden; Anschrift der Geschäftsstelle am Sitz des Landtags.

Dabei bleibt offen, an welchen Gesetzesvorlagen die jeweiligen Interessenvertretungen mitgewirkt haben und mit welchen Mitgliedern oder Beauftragten des Landtags kommuniziert wurde, was nicht ausreichend ist.

BEST PRACTICES

Lobbyregister in Kanada[69]: Kanada hat als eines der wenigen Länder weltweit ein funktionierendes Vorgehen eingeführt. Grundlage dazu ist der „Lobbying Act" in der aktuellen Version von 2015.

BÜRGERBETEILIGUNG

Einbindung der Bevölkerung stärken

Wir fordern die Schaffung wissenschaftlich begleiteter Bürger:innenforen und die Einrichtung einer Online-Plattform beim Petitionsausschuss des Landtages. Zudem fordern wir die Senkung der Hürden, um Volksbegehren zu erleichtern.

- **Aufbau von Bürger:innen-Foren:** Wissenschaftlich begleitete Bürger:innen-Foren nach dem irischen Modell können helfen, die Demokratie in Rheinland-Pfalz zu stärken. Bei wichtigen Entscheidungen wie z. B. bei Großprojekten, Maßnahmen des Klimawandels, der Gesundheits- oder Bildungspolitik, sollten Bürger:innen und Fachpersonen in einem strukturierten Prozess gehört werden, dessen Ergebnisse dann in die Gesetzgebung und Umsetzung in RLP einfließen können.
- **Einrichtung einer Petitionsplattform:** Eine Online-Plattform beim Petitionsausschuss des Landtags soll die Einbringung und Unterzeichnung von Petitionen erleichtern.
- **Besserer Informationsaustausch:** Das Amt der/des Bürger:innenbeauftragten soll für die Landesregierung in regelmäßigen Abständen einen öffentlichen Bericht über die vorgeschlagenen Themen erstellen. Das Amt ist mit den dafür benötigten Ressourcen auszustatten.

- **Reduzierung der Unterschriftenzahl:** Anstatt 300.000 Unterschriften sollten 100.000 ausreichen.
- **Verlängerung der Sammelfrist:** Die Zeit zur Sammlung der Unterschriften soll von zwei auf sechs Monate verlängert werden.

Es gibt in Rheinland-Pfalz bereits ein Informations- und Beteiligungsportal des Landtags, das aber vor allem dazu dient Fragen zu stellen und ein Beteiligungsportal des Landes, das bisher auf einer Seite des Landes Sachsen betrieben wird. Bürger:innenforen und eine Online-Plattform beim Petitionsausschuss können die Möglichkeiten der Beteiligung stark erhöhen und politisch interessierten Bürger:innen mehr Möglichkeiten bieten, sich außerhalb von Wahlen aktiv einzubringen. Bei den Volksabstimmungen liegt die Hürde mit 300.000 Unterschriften bei rund 10 % der wahlberechtigten Bevölkerung.

BEST PRACTICES

Bürger:innenversammlungen in Irland[70]: In Irland können seit Jahren ausgeloste Bürger:innen Themen diskutieren und der Regierung Empfehlungen geben.

Jugendparlamente und Migrationsbeiräte

Wir fordern eine flächendeckende Einführung von Jugendparlamenten mit Initiativrecht und wollen Migrationsbeiräte bekannter machen. Zudem sollte das Informationsportal des Landtags übersichtlicher werden.

- **Flächendeckende Jugendparlamente:** Einführung von Jugendparlamenten in Kommunen, in denen es noch keine gibt. Zudem sollten Jugendparlamente ein Initiativrecht im Stadt-/Gemeinderat oder Kreistag haben.
- **Migrationsbeiräte bekannter machen:** Um die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu steigern, sollte die Bekanntheit der Migrationsbeiräte erhöht werden.
- **"OPAL" übersichtlicher gestalten:** Das Informationsportal "OPAL" des Landtags, auf dem Drucksachen des Landtags und die Gesetzgebung nachvollzogen werden können, sollte - analog zum Portal des Bundestags - übersichtlicher gestaltet werden.
- **Landtagssitzungen in Gebärdensprache:** Die Videos der Landtagssitzungen in Gebärdensprache sollten zeitnah bereitgestellt werden.

Jugendparlamente gibt es nicht flächendeckend in Rheinland-Pfalz. Dabei ist es wichtig, dass Jugendliche Demokratie praktisch erlernen können. Die Wahlbeteiligung bei der Wahl der Migrationsbeiräte ist zudem vergleichsweise niedrig, weshalb deren Bekanntheit erhöht werden sollte. Der Landtag sollte die Sitzungsaufzeichnungen in der Gebärdensprache schneller bereitstellen, sodass mehr Menschen zeitnah aktuelle politische Themen erfahren können.

BEST PRACTICES

Jugendparlament Kaiserslautern[71]**:** In Kaiserslautern wählen die Schüler:innen in ihrer Schule ihre:n Vertreter:in für das Jugendparlament. Das Jugendparlament hat das Initiativrecht im Stadtrat Kaiserslautern.

"DIP" des Bundestags[72]**:** Das Informationsportal des Bundestags "DIP" stellt Drucksachen und Gesetzgebungsprozesse übersichtlich bereit.

BÜRGER:INNENBUDGET EINFÜHREN

Einbindung der Bevölkerung stärken

Wir fordern, die gesetzliche Verankerung eines Budgets auf kommunaler Ebene, über welches die jeweilige Bevölkerung eigene Projekte umsetzen kann.

- **Einführung Bürger:innenbudget:** Die Kommunen werden verpflichtet, 1-3€ pro Bürger:in im Haushalt für Projekte bereitzustellen, welche von den Bürger:innen vorgeschlagen und bestimmt werden können.
- **Rahmenbedingungen für Projektideen:** Die Rahmenbedingungen sehen dabei vor, dass die einzureichenden Projekte unter anderem Zukunftsorientiert, Gemeinnützigkeit, Nachhaltig und gesamtgesellschaftlich relevant sind.

Durch die Bürger:innenbudgets soll die Bevölkerung einen direkten Einfluss auf die Entwicklung ihrer Gemeinde haben und so die direkte Demokratie leben können. Außerdem können so Projekte ohne ideologische oder politisch strategische Hintergründe umgesetzt werden, was die Entwicklung der Gemeinde mehr in die Hände derjenigen legt, die in der Gemeinde leben.

BEST PRACTICES

In mehreren deutschen Gemeinden wie z.B. **Köln**[73] oder **Wuppertal**[74] wurden bereits erfolgreich Bürger:innenbudgets eingeführt, was zu einer stärkeren Bevölkerungsbeteiligung in der Entwicklungsplanung der jeweiligen Gemeinde geführt hat.

WAHLRECHTSREFORM

Wir fordern eine Wahlrechtsreform, die das Mindestalter zur aktiven Teilnahme an der Landtagswahl auf 16 Jahre senkt, dass auch Personen, die nicht wählen gehen, im Landtag repräsentiert sind und die 5-%-Hürde abgeschafft wird.

- **Senkung des Wahlalters:** Menschen sollten das aktive Wahlrecht für den Landtag in Rheinland-Pfalz bereits ab 16 Jahren erhalten.
- **Geloste Gruppe im Landtag:** Der Anteil der Nichtwählenden an der wahlberechtigten Bevölkerung soll durch eine Gruppe geloster Volksvertretungen im Landtag vertreten werden.
- **Senkung der 5%-Hürde auf 3%:** Wählende von Parteien, die unter 5% der Stimmen holen, sind keine Nichtwählenden und wären damit auch von gelosten Vertreter*innen nicht repräsentiert. Um mehr Stimmen zu berücksichtigen, sollte die 5%-Hürde auf 3% gesenkt werden.
- **Einführung einer Ersatzstimme:** Die Ersatzstimme wird dann aktiv, wenn die gewählte Partei wegen Unterschreitens der 3%-Hürde nicht in den Landtag einzieht. Dadurch wird die eigene Stimme dennoch berücksichtigt, insofern die mit der Ersatzstimme gewählte Partei in den Landtag einzieht.

Die Sitzverteilung im Landtag spiegelt derzeit nicht das gesamte Wahlergebnis wider. Stimmanteile von Parteien unter 5 % und Personen, die nicht wählen, werden derzeit nicht durch Vertretungen im Landtag repräsentiert, stattdessen erhalten Parteien über 5 % ggf. mehr Sitze. In mehreren Bundesländern, unter anderem in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, dürfen die Jugendlichen bereits ab 16 Jahren an der Landtagswahl teilnehmen.

TRANSPARENZGESETZ 2.0

Wir fordern die Reform des Landestranzparenzgesetzes von 2014

- **Geltungsbereich auf alle öffentlichen Institutionen ausdehnen:** Das bestehende Transparenzgesetz beschränkt sich derzeit lediglich auf die Landesebene der Verwaltung in Rheinland-Pfalz.
- **Umgestaltung der Transparenzplattform:** Durch die grundlegende Umgestaltung der bestehenden Transparenzplattform wird der Zugang zu relevanten Informationen vereinfacht und für alle Digital Skill Sets gleich.
- **Implementierung eines Large Language Models:** Durch die Implementierung eines KI-basierten Assistenten wird die Suche nach Antworten deutlich vereinfacht.
- **Veröffentlichung einfacher Protokolle:** Die Veröffentlichung übersichtlicher Protokolle erleichtert die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungsgrundlagen.

Ein essenzieller Grundstein für die Demokratie ist die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen. Mit dem Transparenzgesetz 2.0 wird sichergestellt, dass alle vorhandenen Informationen für jede und jeden in Rheinland-Pfalz einfach, schnell und verständlich zugänglich sind.

AUSBLICK

Stelle dir vor, dass wir gemeinsam über die Zukunft unseres Landes entscheiden – und zwar nicht nur bei Wahlen.

Wir können uns über wichtige Themen austauschen, zu denen die Meinung jedes Menschen gehört und über die wir alle informiert sind, was gut funktioniert und was nicht.

Gemeinsam reden wir über Projekte vor unserer Haustür und finden gute Kompromisse.

KAPITEL 9

SICHERHEIT MIT AUGENMAß

Souverän, Menschlich, Stark

Während Kriminalität und Desinformation in digitalen Schattenwelten global agieren, droht unser Staat in analogen Strukturen gefangen zu bleiben. Diese Kluft ist mehr als ein technisches Defizit – sie ist eine Gefahr für unser Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat. Unsere Antwort ist daher keine bloße Modernisierung, sondern eine grundlegende Erneuerung des staatlichen Versprechens: Ein Staat, der seine Bevölkerung schützt, ihr auf Augenhöhe begegnet und ihre Freiheit aktiv verteidigt.

Es ist Zeit für einen Staat, der nicht nur verwaltet, sondern vorausschauend schützt, transparent handelt und den Dialog mit seiner Bevölkerung als seine wichtigste Aufgabe begreift.

DIGITALISIERUNG

Sicherheitsbehörden digital transformieren

Wir fordern eine umfassende digitale Transformation der Sicherheitsbehörden mit standardisierten Plattformen, nachhaltiger Finanzierung durch Vermögens- und Erbschaftsteuer sowie eine Landesstrategie zur Fachkräftesicherung.

- **Digitale Infrastruktur:** Aufbau eines einheitlichen digitalen Portals für alle sicherheitsrelevanten Verwaltungsvorgänge nach dem "Once Only"-Prinzip, sodass die Bürger:innen ihre Daten nur einmal erfassen müssen. Die Plattformen werden auf Open-Source-Basis entwickelt, um Interoperabilität und Barrierefreiheit zu gewährleisten.
- **Kompetenzzentren:** Einrichtung regionaler digitaler Kompetenzzentren, die kleine und mittlere Kommunen bei IT-Sicherheit, Datenmanagement und digitaler Kommunikation unterstützen. Diese Zentren bieten Schulungen, technischen Support und Best-Practice-Austausch.
- **Fachkräftestrategie:** Ausbau von Studienplätzen und Ausbildungskapazitäten für Polizei, Justiz und Verwaltung. Entwicklung von Quereinstiegsprogrammen mit schnelleren Anerkennungsverfahren für Berufserfahrene. Schaffung moderner Arbeitsplätze mit flexiblen Arbeitszeiten und klaren Karriereperspektiven. Gezielte Ansprache unterrepräsentierter Gruppen für mehr Vielfalt in Sicherheitsbehörden.

Moderne Kriminalität agiert digital und grenzüberschreitend - unsere Sicherheitsbehörden müssen technologisch mithalten können. Gleichzeitig darf die Sicherheit der Bevölkerung nicht von kommunalen Haushaltslagen abhängen. Wer am meisten von einer sicheren Gesellschaft profitiert, sollte auch einen gerechten Beitrag leisten. Die Vermögens- und Erbschaftsteuer waren bereits in Zeiten des Wirtschaftswunders tragende Säulen unserer Sicherheitsinfrastruktur. Ohne qualifiziertes Personal und moderne Ausstattung kann keine effektive Sicherheitsarbeit geleistet werden.

BEST PRACTICES

Estland[75] zeigt mit seiner digitalen Verwaltung, wie effizient Behördengänge online abgewickelt werden können. Finnland beweist, dass eine gut finanzierte und ausgestattete Polizei zu den höchsten Vertrauenswerten in Europa führt. Die **Niederlande** machen vor, wie durch gezielte Diversitätsprogramme die Polizei die Gesellschaft besser widerspiegeln kann.

Umfassende Strategie für digitale Sicherheit

Wir fordern eine umfassende Strategie für digitale Sicherheit, die unsere digitale Souveränität schützt, die Bevölkerung sowie die Wirtschaft vor Cyberangriffen bewahrt und unsere Gesellschaft widerstandsfähig gegen Desinformation und hybride Bedrohungen macht.

- **Verzicht auf Überwachungssoftware:** Wir stoppen die Beschaffung intransparenter Software wie Palantir[76][77] für Behörden in Rheinland-Pfalz, um Datenschutz und digitale Grundrechte zu wahren. Die Abhängigkeit von nicht prüfbaren Systemen aus Drittstaaten wird beendet.
- **Europäische IT-Souveränität:** Wir fördern den Aufbau einer IT-Infrastruktur für Behörden, die auf quelloffenen oder zumindest vollständig auditierbaren Lösungen basiert, im EU-Rechtsrahmen betrieben wird, interoperabel ist und die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern vermeidet.
- **Digitale Souveränität in der Verwaltung stärken:** Rheinland-Pfalz setzt sich aktiv dafür ein, die Abhängigkeit von US-Firmen im Verwaltungsbereich zu reduzieren. Stattdessen wird die bevorzugte Nutzung europäischer Anbieter und insbesondere von Open-Source-Software forciert.
- **Unabhängige Kontrolle:** Einrichtung eines Beirats aus Zivilgesellschaft, Datenschutz und Wissenschaft zur Begleitung der IT-Entwicklung mit jährlichen Transparenzberichten.
- **Zentrale Anlaufstelle für Cybersicherheit:** Der Landesdatenschutz- und Informationsfreiheitsbeauftragte (LfDI) wird zur zentralen Beratungsstelle für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) ausgebaut, um diese beim Aufbau präventiver Schutzmaßnahmen zu unterstützen.
- **Zentrale Ermittlungsstrukturen:** Bündelung der bestehenden Ermittlungsressourcen auf Landesebene, um spezialisierte Strukturen zu schaffen.
- **Überregionale Kooperation:** Enge Abstimmung zwischen den Bundesländern, damit Täter:innen nicht von zersplitterten Zuständigkeiten profitieren können.
- **Spezialisierte Teams:** Aufbau spezialisierter Ermittlungsgruppen, die neue Technologien und Ermittlungsansätze gezielt für den Kampf gegen Cybercrime nutzen.
- **Proaktive Präventionsangebote:** Direkter Austausch des LfDI mit Unternehmen durch Aufklärung, Workshops und Schutzkonzepte, die konkrete Sicherheitsmaßnahmen umsetzbar machen.
- **Taskforce gegen Desinformation:** Wir richten eine landeseigene, rechtsstaatlich verankerte

Taskforce ein, die Desinformation und hybriden Bedrohungen entgegenwirkt, transparente Berichte vorlegt und ein Schnellhilfe-Team für Behörden, Schulen und Vereine bereitstellt.

- **Gesellschaftliche Resilienz fördern:** Wir stärken "Dritte Orte" wie Jugendhäuser, Bibliotheken und Vereine, um sozialen Zusammenhalt zu schaffen und Menschen vor dem Abrutschen in Echokammern zu bewahren.
- **Medienkompetenz stärken:** Wir integrieren Medienkompetenz fest in den Schulunterricht und bieten Fortbildungen für Lehrkräfte sowie niederschwellige Angebote für die Bevölkerung an, um das Erkennen von Falschinformationen und Manipulation zu schulen.
- **Stärkung des Landesdatenschutzbeauftragten:** Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung, damit Aufgaben gemäß DSGVO und Landesdatenschutzgesetz in angemessener Zeit erfüllt werden können.
- **Informationsfreiheit sichern:** Ausbau der Kompetenzen des/ der Landesbeauftragten, damit Bürger:innen Einblick in relevante Verwaltungsprozesse und -entscheidungen erhalten.
- **Recht auf Transparenz:** Einführung klarer Verfahren für Bürger:innen, Einsicht in öffentliche Daten zu erhalten, ohne unnötige bürokratische Hürden.

Digitale Bedrohungen sind vielfältig und gefährden unsere Demokratie, Wirtschaft und Privatsphäre. Die Abhängigkeit von US-Konzernen wie Palantir gefährdet die digitale Souveränität und Grundrechte der Bürger:innen[78]. Die intransparente Software des Trump-nahen Unternehmens ist weder prüfbar noch kontrollierbar. Gleichzeitig bedrohen Cyberangriffe die Existenz kleiner und mittelständischer Unternehmen, während Desinformationskampagnen gezielt gesellschaftliche Spaltung fördern und das Vertrauen in demokratische Institutionen schwächen. Ein umfassender Ansatz, der technische Sicherheit, demokratische Kontrolle, wirtschaftlichen Schutz und gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit verbindet, ist daher unerlässlich.

BEST PRACTICES

Länder wie **Schweden**[79] haben bereits vergleichbare Einrichtungen zur Bekämpfung von Desinformation und hybriden Bedrohungen etabliert, die als Vorbild für die Taskforce in Rheinland-Pfalz dienen können. **Hessen** dient zudem mit seinem Innovation Hub 110[80] als Vorbild für die gemeinsame Entwicklung und Nutzung kompatibler IT-Tools für Sicherheitsbehörden, was die Grundlage für eine moderne und souveräne IT-Infrastruktur schafft.

WEHRHAFTE DEMOKRATIE

Schutz vor Gewalt gegen Frauen und lebenswerte öffentliche Räume

Wir fordern umfassende Sicherheit für alle Bürger:innen. Dies erreichen wir, indem wir transparente Verfahren schaffen und die Perspektiven der Betroffenen konsequent in den Mittelpunkt stellen – sei es bei der Gestaltung öffentlicher Räume oder beim Schutz vor häuslicher Gewalt[84], von der insbesondere Frauen betroffen sind.

- **Gemeinsame Planung vor Ort:** Wir führen Bürger:innendialoge, Workshops und Begehungen mit diversen Bevölkerungsgruppen durch, um Angsträume zu identifizieren und gemeinsam Lösungen für sichere und einladende Plätze zu entwickeln.
- **Digitale Planungswerkstatt:** Wir schaffen eine zentrale, barrierefreie Online-Plattform, auf der Bürger:innen Planungsentwürfe für öffentliche Räume einsehen, kommentieren und eigene Vorschläge einbringen können.
- **Transparente Planungsverfahren:** Alle Schritte bei der Umgestaltung öffentlicher Räume – von der ersten Idee bis zur finalen Entscheidung – werden online einsehbar und in klarer Sprache begründet.
- **Bedarfsgerechte Ausstattung:** Basierend auf dem Feedback setzen wir Maßnahmen wie bewegungsabhängige Beleuchtung und eine übersichtliche Gestaltung um, die das Sicherheitsgefühl nachweislich erhöhen.
- **Verlässliche Ansprechpartner:innen:** Regelmäßige Präsenz von Polizei und Ordnungsdiensten an sensiblen Orten schafft ein spürbares Sicherheitsgefühl und sorgt für schnelle Hilfe.
- **Elektronische Fußfessel einführen:** Implementierung der elektronischen Fußfessel für Gefährder bei häuslicher Gewalt[81] und Stalking nach spanischem Modell, wie bereits in Schleswig-Holstein[82] verabschiedet. Das System definiert Schutzradien um Wohnung, Arbeitsplatz oder Kita und alarmiert bei Annäherung automatisch Betroffene und Polizei.
- **Transparente Schutzverfahren:** Richterliche Anordnungen zur elektronischen Überwachung erfolgen nach klaren, öffentlich einsehbaren Kriterien mit regelmäßiger Gefährdungsprüfung und unabhängiger Datenschutzaufsicht.
- **Unterstützungsstrukturen ausbauen:** Wir sichern die dauerhafte, verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern[83] und erweitern das Angebot um Krisenwohnungen, Beratung, Traumahilfe und Kinderbetreuung.

- **Kontinuierliche Verbesserung:** Wir befragen Bürger:innen regelmäßig zur Wahrnehmung der Sicherheit im öffentlichen Raum sowie zur Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen, um diese laufend zu optimieren.

Sicherheit ist ein Grundrecht – im öffentlichen Raum wie im privaten Leben. Jedoch fühlen sich viele Menschen, insbesondere Frauen und marginalisierte Communities, oft unsicher oder sind direkter Gewalt ausgesetzt. Unser Ansatz ist daher ganzheitlich: Indem wir die Betroffenen zu Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelt machen, schaffen wir nicht nur einladende und sicherere Plätze für alle, sondern implementieren auch wirksame Mechanismen, die Täter:innen in die Verantwortung nehmen und Opfer konsequent schützen. Dieser transparente und partizipative Ansatz stärkt das Vertrauen in staatliches Handeln und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

BEST PRACTICES

In **Spanien**[85] gab es unter den fast 13.000 mit elektronischer Fußfessel überwachten Fällen von Gewalt gegen Frauen in den vergangenen 13 Jahren keine Femizide mehr. Das System verbindet technische Überwachung mit transparenten Verfahren und Betroffenenbeteiligung.

Transparenz, unabhängige Kontrollen und aktiven Dialog stärken

Wir fordern einen grundlegend erneuerten Staat, der auf Transparenz, unabhängiger Kontrolle und aktivem Dialog basiert. Staatliches Handeln muss durch verständliche Verfahren, konsequente Digitalisierung und eine neue Kultur mit Nähe zur Bevölkerung für alle Menschen nachvollziehbar und zugänglich sein. Dies stärkt das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen und schützt die Rechte aller Bürger:innen.

- **Unabhängige Kontrolle:** Wir richten eine beim Justizministerium angesiedelte, unabhängige Stelle für mutmaßliche Polizeigewalt ein, die mit eigener Leitung und klaren Befugnissen eine objektive Aufklärung gewährleistet.
- **Nachvollziehbare Einsätze:** Wir führen Kontrollquittungen ein, die auf Wunsch Anlass und Rechtsgrundlage dokumentieren, und bauen den Einsatz von Bodycams aus, die auf Zuruf von Betroffenen eingeschaltet werden müssen.

- **Lückenlose Dokumentation:** Flächendeckende Dokumentationspflichten für Behördenkontakte und Videoaufzeichnungen von Einsatzfahrten schaffen durchgängige Nachvollziehbarkeit.
- **Verständliche Kommunikation:** Die Verwaltung wird zur Nutzung von klarer und einfacher Sprache in allen Dokumenten verpflichtet. Komplexe Sachverhalte und der Verwaltungsrechtsweg müssen leicht zugänglich in Schulen, Rathäusern und online erklärt werden.
- **Digitale Beteiligung von Bürger:innen:** Wir errichten eine landeseinheitliche, barrierefreie und mehrsprachige digitale Beteiligungsplattform, die mit den Systemen anderer Bundesländer kompatibel ist und eine unkomplizierte, strukturierte Teilhabe ermöglicht.
- **Durchgängige Digitalisierung:** Durch die konsequente Nutzung von Schnittstellen schaffen wir medienbruchfreie Prozesse und ermöglichen eine vereinfachte digitale Akteneinsicht, sodass Verwaltung, Politik und Bürger:innen nahtlos zusammenarbeiten können.
- **Garantierter Datenschutz:** Alle digitalen Angebote werden nach dem Prinzip "Privacy by Design" entwickelt. Die Datenspeicherung erfolgt ausschließlich im EU-Rechtsraum, zudem sind klare Löschfristen und regelmäßige Datenschutz-Folgenabschätzungen verpflichtend.
- **Aktiver Dialog und Begegnung:** Wir etablieren regelmäßige Bürger:innendialoge sowie Besuche von Polizei und Verwaltung in Schulen, Betrieben und Vereinen. Mobile Beteiligungsformate bringen den Staat aktiv zu den Menschen.
- **Qualifizierung und Vielfalt:** Verbindliche Verankerung von Deeskalation, Antidiskriminierung, Sensibilisierung und Supervision in der Polizeiausbildung sowie die Förderung von vielfältigem Personal, um die Kompetenz und Glaubwürdigkeit nach innen und außen zu stärken. Zusätzlich wird Streifenarbeit soziologisch begleitet und Führungskräfte werden darin geschult, Fehlverhalten zu erkennen und abzustellen.
- **Curriculare Verankerung:** Integration von verpflichtenden Modulen zur Bevölkerungskommunikation, Transparenz und digitaler Partizipation in Verwaltungs- und Rechtsstudiengänge.
- **Praxisbezug stärken:** Einführung von Pflichtpraktika in Bürger:innenbüros und Partizipationsprojekten während der Ausbildung, um den direkten Kontakt zu der Bevölkerung zu fördern.
- **Interdisziplinäre Ansätze:** Förderung der Zusammenarbeit mit den Kommunikations- und Sozialwissenschaften, um eine ganzheitliche und moderne Ausbildung sicherzustellen.
- **Moderne Inhalte:** Etablierung von Themen wie digitale Beteiligung, Social-Media-Kommunikation und neue Partizipationsformen als Pflichtinhalte in der Aus- und Weiterbildung.
- **Konstruktive Fehlerkultur:** Wir schaffen eine landesweite, anonyme Meldestelle nach CIRS-Vorbild (Critical Incident Reporting System), die es Mitarbeitenden ermöglicht, Fehler ohne Angst vor Repressalien zu melden und so das System aktiv zu verbessern.
- **Transparenzberichte:** Regelmäßige Veröffentlichung von Transparenzberichten über gemeldete Vorfälle und ergriffene Maßnahmen.

- **Attraktiver öffentlicher Dienst:** Wir schaffen attraktive Rahmenbedingungen durch eine bessere Vergütung, flexible Arbeitsmodelle und bedarfsgerechte Stellen, um die Qualität zu sichern und Serviceeinheiten für den direkten Kontakt zur Bevölkerung zu stärken.

Vertrauen ist die Währung eines funktionierenden Rechtsstaats. Dieses Vertrauen entsteht, wenn staatliches Handeln transparent, verständlich und zugänglich ist. Demokratie lebt vom Dialog: Nur wenn die Bevölkerung nachvollziehen kann, wie Entscheidungen getroffen werden, und sie niedrigschwellig an Prozessen teilhaben können, wächst die Akzeptanz für demokratische Institutionen und der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gestärkt. Eine moderne, bevölkerungsnahe Verwaltungskultur, die auf einer neuen Fehlerkultur und konsequenter Qualifizierung basiert, ist dafür die entscheidende Voraussetzung. Dokumentierte Verfahren und unabhängige Kontrollen stärken dabei nicht nur die Rechte der Bürger:innen, sondern schützen auch die Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst vor unberechtigten Vorwürfen. Ein transparenter, dialogorientierter und digitaler Staat ist daher keine Zusatzleistung, sondern eine demokratische Grundpflicht.

Wehrhafte Demokratie: Engagement schützen, Korruption bekämpfen

Wir fordern eine umfassende Stärkung unserer Demokratie. Dies erreichen wir durch den Schutz engagierter Bürger:innen vor missbräuchlichen Klagen, konsequente Korruptionsbekämpfung und die Modernisierung der Orte, an denen Demokratie gelebt und erlebt wird.

- **Anti-SLAPP-Gesetz:** Einleitung einer Bundesratsinitiative für ein Gesetz zum Schutz vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP). Dieses soll eine frühe Zulässigkeitsprüfung (Early Dismissal), eine Kostenumkehr bei nachgewiesenem Missbrauch und klare Kriterien zur Identifizierung von SLAPP-Klagen enthalten.
- **Fortbildungen für Justiz:** Etablierung von Fortbildungen für Justiz und Verwaltung, um SLAPP-Muster und Einschüchterungsstrategien frühzeitig zu erkennen und darauf reagieren zu können.
- **SLAPP-Monitoring:** Veröffentlichung eines jährlichen Berichts über Umfang, betroffene Branchen und Ergebnisse von SLAPP-Verfahren, um Transparenz zu schaffen und Problemfelder zu identifizieren.
- **Beratungsstrukturen schaffen:** Einrichtung niederschwelliger Ansprechstellen für Kommunen sowie die Bereitstellung von Leitfäden für öffentliche Einrichtungen zum Umgang mit Einschüchterungsversuchen.

- **Koordinierungsgruppe stärken:** Bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Koordinierungsgruppe Korruptionsbekämpfung, um Bestechlichkeit und Selbstbereicherung in der Landespolitik effektiv zu verfolgen.
- **Öffentlichkeitsarbeit intensivieren:** Durchführung von Aufklärungskampagnen über Korruptionsrisiken und Meldewege, damit Bürger:innen und Mitarbeitende Missstände erkennen und sich sicher melden können.
- **Transparenzregister einführen:** Einführung eines öffentlichen und leicht zugänglichen Registers für Nebentätigkeiten und Interessenverflechtungen von Mandatstragenden zur Stärkung der Nachvollziehbarkeit.
- **Whistleblower-Schutz ausbauen:** Etablierung anonymer und sicherer Meldekanäle sowie die Gewährleistung eines umfassenden rechtlichen Schutzes für Hinweisgebenden.
- **Modernisierungsprogramm starten:** Auflegen eines Programms zur Sanierung von Rathäusern, Bürger:innenbüros und Begegnungsstätten, das barrierefreie Zugänge schafft und moderne Technik sicherstellt.
- **Digitale Ausstattung gewährleisten:** Alle Orte der Bürger:innenbeteiligung erhalten eine moderne digitale Infrastruktur, um hybride Veranstaltungen zu ermöglichen und somit die Reichweite zu erhöhen.
- **Mobile Lösungen anbieten:** Einführung aufsuchender Bürger:innenbeteiligung durch mobile Büros, um auch Menschen in strukturschwachen oder unterversorgten Gebieten zu erreichen.
- **Multifunktionale Räume schaffen:** Förderung der Schaffung flexibler Räume, die für verschiedene Beteiligungsformate – von der Podiumsdiskussion bis zum Workshop – genutzt werden können.

Eine lebendige Demokratie und ein funktionierender Rechtsstaat gründen auf dem Vertrauen der Bevölkerung und ihrer aktiven Teilhabe. Dieses Vertrauen wird untergraben, wenn Lobbyinteressen schwerer wiegen als das Gemeinwohl und Korruption die Politik lähmt. Gleichzeitig braucht eine freie und plurale Öffentlichkeit Menschen, die Missstände aufdecken können, ohne ruinöse Einschüchterungsklagen fürchten zu müssen.

Schließlich benötigt Demokratie moderne, barrierefreie und einladende Orte der Begegnung, an denen alle Bürger:innen niederschwellig teilhaben können und sich willkommen fühlen. Nur durch die konsequente Bekämpfung von Missbrauch, die Schaffung von Transparenz und die Investition in unsere demokratische Infrastruktur stellen wir sicher, dass Argumente zählen – nicht das größere Budget oder undurchsichtige Netzwerke.

Bekämpfung von Finanzkriminalität und Steuerhinterziehung

Neben anderen Kriminalitätsformen stehen die Themen Finanzkriminalität und Steuerhinterziehung aktuell wenig im Fokus. Je nach Quelle entgehen dem deutschen Staat und damit anteilig dem Bundesland Rheinland-Pfalz dreistellige Milliardenbeträge.

- **Bekämpfung von Geldwäsche:** Rheinland-Pfalz soll sich für eine Angebotspflicht elektronischer Zahlungsmittel einsetzen, um Barzahlungen zu reduzieren. Betriebsprüfungen sollten risikoorientiert in Branchen mit hohen Barzahlungsvolumina durchgeführt werden.
- **Ausstattung der zuständigen Behörden:** die zuständigen Behörden (Gewerbeaufsichtsämter, Finanzverwaltung, Landeskriminalamt) müssen mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Das Personal muss ausreichend geschult werden.
- **Zusammenarbeit der zuständigen Behörden:** alle beteiligten Behörden müssen an eine Schnittstelle zum digitalen Informationsaustausch angebunden sein
- **Steuervermeidung eingrenzen:** typische Steuervermeidungsmodelle schwerpunktmäßig prüfen. Einsatz im Bundesrat, dass legale Steuervermeidungsmodelle abgeschafft werden
- **Konsequente Einforderung nicht gezahlter Steuern:** beispielsweise aus Steuerhinterziehun

Durch Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuerschlupflöcher entgeht dem deutschen Staat je nach Schätzung ein dreistelliger Milliardenbetrag. Dieses Geld fehlt anteilig auch in Rheinland-Pfalz und steht damit nicht für Verteidigung, Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz zur Verfügung.

Freizügigkeit und Schengen-Raum

Wir fordern die sofortige Beendigung der anlasslosen Grenzkontrollen und die Stärkung des Schengen-Systems durch gemeinsame europäische Lösungen.

- **Grenzkontrollen beenden:** Einwirken über den Bundesrat auf die Beendigung der Grenzkontrollen durch die Bundespolizei, da keine verwaltungsgerichtlich bestätigte Notlage vorliegt[86].

- **Gemeinsame Fahndung verstärken:** Ausbau gemeinsamer Fahndungs- und Informationssysteme auf europäischer Ebene statt nationaler Alleingänge.
- **Schwerpunkt-Ermittlungen:** Konzentration der Ressourcen auf gezielte Ermittlungen gegen Schleuserkriminalität statt flächendeckende Kontrollen.
- **Kommunale Integration:** Verstärkung der kommunalen Integrationsarbeit als nachhaltige Alternative zu Grenzkontrollen.

Die aktuellen Grenzkontrollen kosten mindestens 80,5 Millionen Euro[87], binden wichtige Polizeikräfte und schaden der Wirtschaft in Grenzregionen. Der Nutzen ist fraglich, da der Rückgang der Asylzahlen zeitlich mit dem Fall des Assad-Regimes zusammenfällt[88]. Schengen ermöglicht freies Pendeln, Familienbesuche, stabile Lieferketten und Tourismus – Vorteile, die durch nationale Alleingänge gefährdet werden.

AUSBLICK

Stell dir vor, du lebst in einem Rheinland-Pfalz, in dem Sicherheit und Freiheit keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille sind. Du bewegst dich frei und unbesorgt im öffentlichen Raum, weil du weißt, dass der Staat konsequent gegen Gewalt vorgeht. Du vertraust darauf, dass deine Daten im Netz geschützt sind und die Polizei für deine Rechte eintritt. Behördenhandeln ist transparent, Entscheidungen sind nachvollziehbar und der Rechtsstaat funktioniert nicht nur auf dem Papier, sondern in deinem Alltag.

Dieses Fundament aus Sicherheit, Vertrauen und Freiheit haben wir in diesem Kapitel gelegt. Es ist die Basis für eine Gesellschaft, die nach vorne blicken kann. Denn erst wenn die Sorge um die eigene Sicherheit und die Grundrechte in den Hintergrund tritt, werden die Köpfe und Herzen frei für die entscheidende Zukunftsfrage: Wie schaffen wir die besten Chancen für die nächste Generation?

VERWEISE

Kontext und Hintergründe:

[1] Salminen, J. (2017). Early Childhood Education and Care System in Finland. Nauki O Wychowaniu. Studia Interdyscyplinarne, 5(2), 135–154. https://doi.org/10.18778/2450-4491.05.09

[2] Beispielsweise das "English as additional language" Programm der Provinz Alberta https://www.lear

[3] https://www.berlin.de/willkommenszentrum/familie/schule/

[4] https://www.lehrer-news.de/blog-posts/inklusion-weltweit-von-diesen-landern-konnen-wir-etwas-lernen

[5] https://www.kas.de/de/laenderberichte-mal-anders/detail/-/content/bildungszugang-fuer-menschen-mit-behinderungen-in-kanada

[6] https://www.news4teachers.de/2025/04/podcast-mehr-schulautonomie-fuer-bessere-bildung-was-deutschland-von-italien-lernen-kann/

[7] okm.fi (2025): Finnish education system - OKM - Ministry of Education and Culture, Finland

[8] next.go.jp (2019): https://www.mext.go.jp/en/policy/education/overview/index.htm

[9] academic.oup.com (2020): https://academic.oup.com/sleep/article/43/6/zsz307/5678526

[10] helene-lange-schule.de: https://www.helene-lange-schule.de/raeume/

[11] https://www.smv.bayern.de/

[12] https://www.aula.de/

[13] https://www.deutschlandfunkkultur.de/digitalisierung-schule-100.html

[14] https://www.eib.org/de/essays/finland-education-school-design

[15] formation-continue.be: https://www.formation-continue.be/aides-la-formation/conge-education-paye

[16] canada.ca (2025): https://www.canada.ca/en/employment-social-development/services/funding/foreign-credential-recognition.html

[17] wifi.at: https://www.wifi.at/artikel/224-foerderungen

[18] bfi.admin.ch: https://www.sbfi.admin.ch/de/ergaenzungspruefung-passerelle

[19] nextcloud.com: https://nextcloud.com/de/blog/press_releases/digital-sovereignty-index-finnland-auf-platz-1-vor-deutschland-und-den-niederlanden/#:~:text=Digital%20Sovereignty%20Index:%20Finnland%20auf%20Platz%201,*%20Nextcloud%20ver-%C3%B6ffentlicht%20erstmals%20Digital%20Sovereignty%20Index.

[20] wifi.at: https://www.wifi.at/artikel/224-foerderungen

[21] archivio.pubblica.istruzione.it: https://archivio.pubblica.istruzione.it/news/1999/dpr275_99.shtml#:~:text=L'autonomia%20del-le%20istituzioni%20scolastiche,alla%20domanda%20delle%20famiglie%20e

[22] hhu.de: https://www.hhu.de/news/leitlinien-zu-unbefristeten-stellen-in-der-wissenschaft, https://www.hhu.de/fileadmin/redaktion/ZUV/Justitiariat/Amtliche_Bekanntmachungen/2024/AB_31_240809.pdf

[23] juno.hhu.de: https://www.juno.hhu.de/workshops-und-veranstaltungen/duesseldorfer-weg

[24] https://www.interregeurope.eu/good-practices/co-investment-fund-ii

[25] https://www.eipa.eu/publications/briefing/the-role-of-innovation-labs-in-the-public-sector-concepts-and-conditions-for-successful-transformation/

[26] https://www.eif.org/what_we_do/resources/ERP_EIF_Co-investment_Growth_Facility/

[27] https://www.bayern-innovativ.de/#c46845

[28] https://www.pendlerinfo.org/pendlerinfo/de/Leben_und_arbeiten_in_Daenemark/Verwaltung/CVR_CPR.php

[29] https://danishbusinessauthority.dk/

VERWEISE

[30] https://www.pendlerinfo.org/pendlerinfo/de/Leben_und_arbeiten_in_Daenemark/Verwaltung/CVR_CPR.php

[31] https://danishbusinessauthority.dk/

[32] https://www.vrt.be/vrtnws/de/2018/04/01/kastrationspflichtfuerkatzeninflandern-1-3172388/

[33] https://www.superiore.de/brunello/

[34] https://leafic.ch/waldwege/

[35] https://circulairfriesland.frl/en/?noredirect=en-US

[36] https://www.hef.tum.de/hef/aktuelles/nachrichten/article/tum-nimmt-forschungsanlage-fuer-agri-photovoltaik-in-betrieb/

[37] https://biogas.fnr.de/service/presse/presse/aktuelle-nachricht/biogas-speicherkraftwerke-flexibler-strom-und-kommunale-waerme-aus-heimischen-rohstoffen#:~:text=In%20einer%20Best%2DPractice%20Videoreihe%20stellt%20die%20FNR,hat%20eine%20installierte%20Leistung%20von%202%2C6%20Megawatt

[38] https://www.gov.uk/government/publications/electric-vehicle-smart-charging-improving-consumer-understanding-and-awareness

[39] https://www.swrag.de/aktuelles/presse/presse-2023/mieterstrommodell

[40] https://www.energieatlas.rlp.de/earp/praxisbeispiele/projektsteckbriefe/projekt-steckbriefe/anzeigen/kommune/261

[41] https://www.mvv.de/ueber-uns/unternehmensgruppe/mvv-umwelt/aktuelle-projekte/flusswaermepumpen/flusswaermepumpe-1

[42] https://www.bmluk.gv.at/themen/klima-und-umwelt/nachhaltigkeit/green-economy-und-green-finance/just-transition/aktionsplan.html?utm_source=chatgpt.com

[43] https://www.buerger-energie-berlin.de/

[44] https://www.maprimerenov.gouv.fr/prweb/PRAuth/app/AIDES/BPNVwCpLW8TKW49zoQZpAw*/!STANDARD

[45] https://www.bygogmiljoe.dk/

[46] https://www.lfu.bayern.de/geologie/geothermie/geothermie_tief/geothermie_atlas/index.htm

[47] https://www.tamperelainen.fi/paikalliset/8602328

[48] https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/04/berlin-mieterverein-sieht-kommunalen-wohnbau-in-wien-als-vorbild.html

[49] https://shelterforce.org/2024/10/25/swedens-housing-co-ops-offer-a-model-for-moderate-income-housing/

[50] HTTPs://www.umfis.de/nachhaltige-stadtentwicklung-in-freiburg/

[51] https://www.timber-pioneer.de/kopenhagen-zu-86-prozent-klimaneutral/

[52] https://www.timber-pioneer.de/kopenhagen-zu-86-prozent-klimaneutral/

[53] https://www.berliner-feuerwehr.de/ihre-sicherheit/praevention/katretter

[54] https://www.heise.de/news/Frankreich-Telemedizinische-Boxen-sollen-Versorgungsluecken-schliessen-10650921.html

[55] aerzteblatt.de (2025): http://aerzteblatt.de/news/sorge-um-krankenhausversorgung-in-rheinland-pfalz-5d890dcb-8285-4cf5-8973-31fabb6cbb83

[56] taz.de (2025): https://taz.de/Krankenhaus-Reform-in-Daenemark-Oekonom-erklaert-was-Deutschland-davon-lernen-kann/!6112605/

[57] https://www.berliner-feuerwehr.de/ihre-sicherheit/praevention/katretter/

[58] swr.de (2024): https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/situation-notfallpraxen-notaufnahmen-aerztlicher-bereitschaftsdienst-rheinland-pfalz-100.html

[59] berliner-feuerwehr.de (2025): https://www.berliner-feuerwehr.de/ihre-sicherheit/praevention/katretter/

[60] swr (2025): https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/mainz/ambulante-pflege-in-rlp-ein-mitarbeiter-aus-der-region-mainz-erzaehlt-100.html

[61] vitaseni.de (2024): https://vitaseni.de/innovative-pflegemodelle-weltweit-was-deutschland-von-den-niederlanden-lernen-kann/

VERWEISE

[62] swr (2025): https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/kreisssaal-geburtsstation-wo-kann-ich-in-rlp-noch-entbinden-100.html

[63] Deutscher Bundestag (Wissenschaftliche Dienste - 2021): https://www.bundestag.de/resource/blob/844764/ac656a16f259978b379e41f649f39865/WD-9-012-21-pdf-data.pdf

[64] handelsblatt (2025): https://www.handelsblatt.com/politik/gesundheitsversorgung-pauschaler-kassenbeitrag-weniger-kliniken-vorbild-niederlande/100070242.html

[65] aerztezeitung.de (2023): https://www.aerztezeitung.de/Politik/Bundesrat-fordert-finanzielle-Foerderung-der-psychotherapeutischen-Weiterbildung-443343.html

[66] opk-magazin.de (2025): https://opk-magazin.de/sachsen-im-blick/kassenaerztliche-vereinigung-sachsen-foerdert-fachpsychotherapeutische-weiterbildung-durch-gehaltszuschuss/

[67] aponet.de (2025): https://www.aponet.de/artikel/zuckersteuer-in-portugal-zeigt-wirkung-9337

[68] https://www.mdr.de/mdr-aktuell-nachrichtenradio/kontakt/hoerer-machen-programm/hoerer-machen-programm-rueckblick-100.html

[69] https://en.wikipedia.org/wiki/Lobbying_Act_(Canada)

[70] https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/shortcut-3-kleines-land-grosse-innovation-buergerversammlung-in-irland

[71] https://www.kaiserslautern.de/buerger_rathaus_politik/politik/beiraete_und_vertretungen/jugendvertretung/index.html.de

[72] https://dip.bundestag.de/%C3%BCber-dip

[73] https://www.bpb.de/themen/stadt-land/buergerhaushalt/513872/koeln/

[74] https://talbeteiligung.de/projektuebersichtsseite/buergerinnenbudget-2025#/

[75] Frost & Sullivan Institute (2025): https://frostandsullivaninstitute.org/why-estonia-is-europes-digital-powerhouse-a-study-in-e-governance-transformation/

[76] Meyer-Fünffinger, Arne (2025): Mehrere Bundesländer gegen Einsatz von US-Analyse-Software Palantir, tagesschau.de, https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/palantir-polizei-behoerden-analysesoftware-100.html.

[77] Göpfert, Angela (2025): Trump und Peter Thiels Palantir: eine gefährliche Allianz?, tagesschau.de, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/palantir-trump-thiel-ki-aktie-daten-100.html; Meyer-Fünffinger, Arne (2025): Mehrere Bundesländer gegen Einsatz von US-Analyse-Software Palantir, tagesschau.de, https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/palantir-polizei-behoerden-analysesoftware-100.html.

[78] Legal Tribune Online (LTO) (2025): Verfassungsbeschwerde gegen umstrittene Polizei-Software, lto.de, https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/gff-verfassungsbeschwerde-gegen-palantir-bayern-polizei-ueberwachung.

[79] Frankreichs Generalsekretariat für Verteidigung und Nationale Sicherheit (Service de vigilance et protection contre les ingérences numériques étrangères) (2022), Composantes - Service de vigilance et protection contre les ingérences numériques étrangères, https://www.sgdsn.gouv.fr/notre-organisation/composantes/service-de-vigilance-et-protection-contre-les-ingerences-numeriques; Schwedens Behörde für psychologische Verteidigung (Myndigheten för psykologiskt försvar) (2024), Vårt uppdrag, https://mpf.se/om-oss/vart-uppdrag.

[80] Polizei Hessen (2021): INNOVATION HUB 110, https://www.polizei.hessen.de/die-polizei/ausstattung-technik/innovation-hub-110/.

[81] Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Straftaten gegen Frauen und Mädchen steigen in allen Bereichen – Fast jeden Tag ein Femizid in Deutschland, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/241119_PM_BLB_Straftaten_gegen_Frauen.html?nn=27906.

[82] Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Straftaten gegen Frauen und Mädchen steigen in allen Bereichen – Fast jeden Tag ein Femizid in Deutschland, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/241119_PM_BLB_Straftaten_gegen_Frauen.html?nn=27906.

[83] NDR/Christina Harland (2023): Frauenhäuser: Überbelegt und unterfinanziert, tagesschau.de, https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/frauenhaeuser-deutschland-100.html.

[84] Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Straftaten gegen Frauen und Mädchen steigen in allen Bereichen – Fast jeden Tag ein Femizid in Deutschland, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/241119_PM_BLB_Straftaten_gegen_

VERWEISE

Frauen.html?nn=27906.

[85] Goebel, Katja/WDR (2025): Schützen Fußfesseln für Täter Frauen vor Gewalt?, 1.wdr.de, https://www1.wdr.de/nachrichten/fussfessel-gewalt-frauen-100.html.

[86] Verwaltungsgericht Berlin (2025): Beschluss vom 02.06.2025, Aktenzeichen 6 L 191/25.

[87] ARD/Markwald, Nicole (2025): Grenzkontrollen kosteten bislang mehr als 80 Millionen Euro, tagesschau.de, https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/grenzkontrollen-kosten-millionen-100.html.

[88] ARD/Schmid, Kathrin (2025): Starker Rückgang bei Asylanträgen in Europäischer Union, tagesschau.de, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/asylantraege-eu-gesunken-100.html.